

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Wochensonderausgabe. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die schlaggehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereine- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleins Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 26. April 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Auf Befehl des Kaisers.

Aus Wien wird uns vom 24. cr. geschrieben:
 Mit Hilfe Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph wird der Streik der ungarischen Eisenbahner besiegt werden. Nachdem sich die Streitenden in wahrhaft bewundernswürdiger Kraft wieder von der zweifelhaften Milde der ungarischen Regierung verlocken lassen wollten, noch von der zweifelhaften Brutalität des Grafen Tisza einschüchtern ließen, hat die ungarische Staatsgewalt zu einer ebenso unerhörten wie ungeheuerlichen Gewaltthat gegriffen: es wurden einfach alle Eisenbahner, die sich in militärischem Dienstverhältnis befinden, zur „Fähne“ einberufen und zur Dienstleistung bei den ungarischen Staatsbahnen „befohlen“. Man wird in Europa die Weisheit dieses Oesterreich-Ungarn billigerweise anstammern müssen, dessen Befehle so vortrefflich eingerichtet sind, daß schon im Jahre 1899 — so alt ist das geltende Wehrgesetz — die Möglichkeit eines Eisenbahnerstreiks vorhergesehen und die nötige „Abhilfe“ vorbereitet wurde. Aber das Erstaunen wäre wenig am Plage, denn jener kaiserliche „Befehl“, der von dem ungarischen Hofbeamten gezeichnet ist und also von der Regierung zu verantworten sein wird, ist nicht weniger als ein Rechtsbruch schlimmster Art. Wenn derartige einseitige Verfügungen möglich sind, so müßte man ihn in Disziplinaruntersuchung ziehen; in diesem Staate der Schlampererei schweigt aber die Kritik völlig, wenn die Gewaltthat als „Befehl“ des Kaisers auftritt, dem man offenbar die geheimnisvolle Verechtigung zuschreibt, zu verordnen was er mag und zu verfügen was er will. Damit im Auslande kein Mißverständnis entstehe und man nicht etwa meine, daß es die Befehle in Oesterreich gestatten, streikende Staatsbürger unter die militärische Fuchtel zu stellen, so muß die Rechtslage deutlich auseinandergesetzt werden.
 Es ist auch in Oesterreich-Ungarn so wie in der ganzen Welt: daß das Verhältnis des Bürgers zur militärischen Dienstpflicht durch Befehle bestimmt wird. Die sagenhafte Kommando-gewalt, vor welcher der Spießbürger so eifrig erschrocken zurückweicht — namentlich wenn sie ihm in dem Kasernenausdruck „Befehl“ entgegentritt — hat mit der Frage, welche militärischen Lasten den Staatsbürgern obliegen, gar nichts zu thun; darüber kann der Kaiser „Befehle“ nur erlassen, insofern ihn das Gesetz dazu ermächtigt. Das Befehlsrecht des „allerhöchsten Kriegsherrn“ ist da gar nichts anderes als die Befehls-gewalt des Ministers: Ausfluß und Wirkung des Gesetzes. Es ist also schon deshalb ein wahrer Mißbrauch, daß der „Befehl“ es unterläßt, die Befehlsstelle zu nennen, auf deren Grund er erlassen wird; aber der Mangel ist kein Zufall, denn man braucht das Gesetz nur zu lesen, um zu sehen, welche verwegene „Interpretation“ da versucht wird. Das Wehrgesetz, welches in Oesterreich und in Ungarn daselbe ist — erklärt nämlich, daß die Einberufung der Reserve „auf den Kriegszustand“ nur mittels eines Befehls des Kaisers vollzogen werden kann; es bezeichnet also lediglich die Form, in welcher diese Einberufung durchzuführen wird. Daß damit nicht gesagt ist, der Kaiser könne die Reserve einberufen, wann er wolle, liegt auf der Hand; Voraussetzung für diese Einberufung ist, daß der Friedensstand der Armee nicht ausreicht, die der Armee zugewiesenen Aufgaben zu bewältigen. Daß unter diesen Aufgaben auch in Oesterreich nicht die Leistung von Streikbrecherdiensten steht und daß auch in Ungarn Soldaten und Offiziere nicht die Pflicht haben, im Friedenszuge zu führen und Fahrten zu verlaufen, braucht wohl nicht verifiziert zu werden. Die Armee ist, nach dem Gesetze, „zur Verteidigung der Monarchie gegen äußere Feinde und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern bestimmt“. Da, soviel man weiß, Oesterreich-Ungarn derzeit in keinen Krieg verwickelt ist, so bleibt nur die berühmte Ordnung und Sicherheit. Man hat zwar nicht gehört, daß sie irgendwie oder irgendwie gestört worden ist, aber wenn das auch der Fall wäre, so würden die viermalhunderttausend Soldaten zur Verweigerung des „inneren Feindes“ wohl noch auslangen. Man versteht nun die Spiegelschere: in Ungarn braucht man Eisenbahner und der „Befehl“ behauptet, man brauche Soldaten. Aber daß man Soldaten nicht braucht, geht ja schlagend daraus hervor, daß man die Einberufenen nicht als Soldaten verwendet. Indem also der Befehl die Einberufung auf den Kriegszustand verfügt, behauptet er, die Soldaten des Friedensstandes reichten nicht aus, die der Armee gesetzlich zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Indem er aber das behauptet, läßt er — was jedoch in Befehlen, die der Kaiser erläßt und die eine Regierung verantwortet, doch auch in Oesterreich-Ungarn nicht vorkommen sollte.

Der Kaiser hat also absolut kein Recht gehabt, die Reserve einzuberufen — weil eben die hierfür vom Gesetze aufgestellte Voraussetzung mangelte —; wie man sie aber einberufen hat, ist wieder ein Befehlsbruch von Anfang bis zu Ende. Auf Befehl des Kaisers, sagt das Gesetz, kann die Reserve des Heeres zur teilweisen oder vollen Ergänzung des Heeres auf den Kriegszustand einberufen werden. Die Reserve des Heeres: woraus besteht sie? Aus Reservisten, die sich nicht teilen nach ihren bürgerlichen Berufen, sondern nach der Dauer der Dienstpflicht: nach Jahrgängen. Der Kaiser kann also die ganze Reserve einberufen, alle Jahrgänge; oder einen Teil, einige Jahrgänge. Aber er kann nur Jahrgänge einberufen, nicht Arbeitsbranchen, denn die Armee hat es nie mit Reservisten, nicht mit Eisenbahnern oder Schuftern oder Beamten zu thun. Die Einberufung aller Reservisten, die in von Dienste ungarischen Eisenbahnen stehen — denn so ist die Einberufung „auf den Kriegszustand“ erfolgt — ist also ein unverhüllter Rechtsbruch. Wozu

noch kommt, daß bei einer partiellen Mobilisierung — und daß nicht die volle, nur die „teilweise Ergänzung“ des Heeres angeordnet wurde, wird wohl auch die Armeeverwaltung nicht bestreiten wollen — das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, daß die Heranziehung in der Reihenfolge der Dienstjahrgänge, vom jüngsten angefangen, zu erfolgen hat. Da aber die „volle Ergänzung“ nicht angeordnet wurde, so war es auch unzulässig — wenn da überhaupt etwas zulässig war — die Reihenfolge der Dienstjahrgänge zu verlassen und die nötigen Eisenbahner aus allen Jahrgängen abzufangen. Freilich, diese Brutalität, die in Staaten mit ernstlichen Volksparlamenten nie gewagt worden wäre, liegt in dem Zwecke dieser Einberufung: in der Zuweisung der unter dem Vorwande der Ergänzung des Heeres Einberufenen für den Dienst der Eisenbahnen. Die kann mit dem Gesetze natürlich nicht verglichen und nicht gemessen werden, denn für diese Unthat ist im Wehrgesetz (und natürlich auch in keinem andern Gesetze) auch nicht die geringste Handhabe, nicht der entfernteste Anhalt vorhanden. Das ist aber nicht mehr Auslegung von Gesetzen, das ist einfach Gewalt. Der Kaiser hat ebensowenig das Recht, die streikenden Eisenbahner zur Ausnahme der Arbeit zu zwingen, als er die Befugnis hat, einen die Arbeit verlassenden Schneidegehilfen zum Bleiben zu veranlassen; die Verurteilung darauf, daß die streikenden Reservisten sind, ist einfach ein Unfug. Wenn man sich also in Europa über etwas zu wundern hat, so über die Dreifügigkeit, mit welcher in Oesterreich-Ungarn grundlegende Befehle gebogen werden können und über die Kritiklosigkeit der Zeitungen, die sich solche unverhüllte Befehlsbrüche als „Befehle“ aufschwätzen lassen.

Daß die jedes Menschengefühl aufpeitschende, im tiefsten Wesen unbillige Maßregel auch ganz undurchführbar ist, das wissen die Verantwortlichen freilich sehr gut; sie meinen auch nicht, damit Eisenbahner zu bekommen, der eigentliche Zweck des Wehrgesetzes ist vielmehr der, die kämpfenden einzuschüchtern, zu entmutigen, in ihre geschlossenen Reihen Verwirrung zu tragen. Sie ist nicht durchführbar, weil sie eben keine militärische Maßnahme ist und zur Rekrutierung von Streikbrechern die militärischen Einrichtungen noch nicht geeignet sind. Die Armee hält die Reservisten in Evidenz und fordert sie nach ihrer Dienstpflicht; einen Kataster der Berufe oder Branchenangehörigkeit der Reservisten kennt sie natürlich nicht. Deshalb ist es auch unmöglich, die Reservisten, welche Eisenbahner sind, einzuberufen — man weiß das ja nicht und kennt sie nicht —, sondern es werden, wie gestern in Budapest bei der Auseinandertreibung des Streiklagers — einfach die streikenden abgegangen und gefragt, ob sie Soldaten sind. Die Wehrpflichtigkeit der Maßregel ist eben so arg, daß sie selbst die militärische Form sprengt: man „beruft“ nicht Reservisten ein, sondern fängt streikende ab.
 In dem lieben Ungarn, dem Lande der Freiheit und des Liberalismus, geht es jetzt so wie in einem Kriege, nur wird nicht Jagd gemacht auf den Feind, sondern auf eigne Staatsbürger. Es stimmt dazu, daß sich die Eisenbahner, um den militärischen Märgern zu entgehen, verbergen — wie einst im heiligen römischen Reich, wenn ein geliebter Landesvater die Unterthanen ans Ausland verkaufen wollte. Ganz genau so — denn der Unterschied, daß der ungarische Landesvater die „Unterthanen“ nicht an England verkauft, sondern der brutalen Verfolgung der Staatsbahnen überliefert, ist recht gering. Wie im Kriege geht es zu, und deshalb hat Kaiser Franz Joseph wohl den „Kriegszustand“ proklamiert.

Wenn der Streik der ungarischen Eisenbahner ein Lohnkampf, ein Ausstand wäre, wie sie die kapitalistische Entwicklung hervorbringt, so könnte nicht geäußert werden, daß er, der bei besonnener Erwägung aller Thatsachen geradezu glänzend gewonnen worden wäre, verloren gegangen ist. Verloren deshalb, weil er nicht durch den freien Entschluß der streikenden beendet wird, sondern unter dem Druck der Verfolgungen und Drohungen mehr oder minder zusammenbricht. Zwar an Erfolgen fehlte es den streikenden nicht und die wahre Bilanz des Kampfes wird zweifellos die volle Durchsetzung aller Forderungen sein. Die Lektion dieses Streiks wird in Ungarn nicht vergessen werden; und mit der hochmütigen Abweisung und Mißachtung der Forderungen dieser staatlichen Beamten und Arbeiter, welche mehr noch als die trostlose Lage der Eisenbahn-Angestellten ihn hervorgerufen hat, wird er gründlich und für immer ausgeräumt haben. Die Wehrgevorlage wird wesentlich verbessert werden; dafür wird auch die Opposition sorgen, die es sehr gut begriffen hat, daß in seinem antisozialen Geiste das Ministerium Tisza die schwächste Seite und den dankbarsten Angriffspunkt bietet. Die Herren Tisza und Hieronymi werden auch keine Versammlungen mehr verbieten; wie immer der formale Abschluß des Kampfes sein wird: man wird sich hüten, noch einmal so zu provozieren, wie es in der halbjährigen „Vertreibung“ der petitionierenden Eisenbahner unzähligmal geschehen ist. Und wenn auch die Regierung im Augenblicke mit Rache und Verfolgung droht, und wenn auch Herr Tisza zu allem eher neigt wie zur Milde und Roblesse: die Furcht, den Stachel noch mehr zu verschärfen, wird vor Maßnahmen und Verfolgungen abhalten und die allgemeine Straflosigkeit, die als Preis für die Aufnahme der Arbeit angeboten ward, wird auch jetzt nicht vertwert werden können. Die streikenden werden aber nicht allein sehr wesentliche materielle Erfolge erzielen; auch der moralische Erfolg, für unklare und ungezügelt Elemente eine der wichtigsten Bedingungen organisatorischer Entwicklung, steht voll auf ihrer Seite. Obwohl der Streik betriebläßig wurde mit Außerachtlassung vertragsmäßiger Verpflichtungen, trotzdem er der Bevölkerung die schwersten Opfer auferlegte, so war die Regierung, durch sein geradezu furchtbares Gewicht und durch den Druck der öffentlichen Meinung, doch gezwungen, mit den streikenden als einer Macht zu verhandeln; die Minister, die sonst

hochfahrend Befehlen, waren drei Tage lang in demütige Vitzsteller verstoßen. Und Bitten und Drohungen, Gewalt und Versprechungen, alles war zum gleichen Zwecke aufgeboten: die Feiern der Veranlassung, die Arbeit wieder zu leisten, ohne welche der ganze Organismus der kapitalistischen Ordnung stillsteht; den Arm zu rühren, ohne dessen Kraft alles stockt und verdorrt! Vielleicht wären die streikenden besser beraten gewesen, wenn sie angenommen hätten, was zu feigern sie doch nicht vermögend waren; wenn sie den Kampf in der vollen Einheit des Entschlusses beendet hätten. Aber wird das Schauspiel dieser gewaltigen Energie nicht noch eindrucksvoller, wenn die gesamte staatliche Macht aufgeboten werden muß, um den trotigen Sinn zu beugen, der gegen den undankbaren Staat, gegen die schändliche Gesellschaft in hellem Aufruhr steht? Das war ja kein bloßer Streik, das war eine Erhebung — und in Wahrheit: die Geister werden sich erheben und die arbeitenden Menschen werden sich aufrichten an diesem stolzen Ausdruck von Selbstgefühl und Kraft, von stiller Energie und männlicher Tapferkeit! Der Streik wird tiefe Furchen ziehen im sozialen und politischen Gefüge des Ungarstaates und seine Nachwirkungen werden größer sein als das Zwerggeschlecht der Herrschenden ahnt.

Der Streik der Eisenbahner ist das Fiasko des Regierens in Ungarn. Damit kein Irrtum entstehe, muß man es ganz deutlich sagen: die streikenden sind keine Sozialdemokraten. Sehr im Gegenteil; seinen letzten Kongreß hat der die Bewegung leitende Landesverband eröffnet mit einem Hoch auf den König, und beschlossen mit einem Telegramm an das Hoflager in Wien. Heute dürfte es freilich anders sein; zu dynamischen Ovationen werden die „befohlenen“ Eisenbahner gerade nicht geneigt sein und auch Klassenbewußtsein dürfte ihnen der Streik eingepaukt haben. Der Streik der Beamten, der patriotischen und zur „Treu“ vereidigten Beamten, ist eine Frucht jenes ungarischen Regierens, das alle sozialen Bedürfnisse mißachtet und seine Aufgabe ausschließlich darin sieht, den staatsrechtlichen und nationalen „Glanz“ des Magyarstaates zu mehren. Die Nigardie, die in dem Budapest der Reichstag die Fühler führt — und beeinflusst von der in den inneren Angelegenheiten Ungarns ganz ohnmächtigen Krone und durch den Wahlsensus von der Einwirkung der breiten Massen befreit — die versteht unter dem Staat, unter der Nation nur sich und die Interessen dieser schmalen Oberschicht der Gesellschaft. Während sich die herrschende Klasse bereichert und Macht und Besitz in ihrer Hand konzentriert, verkommt das Volk, verarmt es politisch und sozial. Auch politisch, denn das gelobte Land aller Freiheiten kennt kein Vereins- und kein Versammlungsrecht, hat für Zeitungen Kauttionen und sein Wahlrecht ist ebenso engherzig wie korrupt. Ungarn lebt auf dem Fuße eines reichen und mächtigen Großstaates und jährlich verlassen hunderttausend Menschen die Scholle, die sie nicht mehr ernährt. Die grenzenlose Vernachlässigung aller sozialen Bedürfnisse giebt diesem Regieren seinen Charakter und aus dem dumpfen Grolle der Erbitterten, der freisenden Erbitterung der Ausgestoßenen ist dieser Streik entstanden, der Europa die richtige Kenntnis von dem ungarischen Stobus so überraschend vermittelt hat.

Die Gewaltpolitik der Regierung.

Budapest, 24. April. Eine aus Mitgliedern aller Oppositionsparteien bestehende Deputation begab sich heute zum Handelsminister v. Hieronymi, um dessen Antwort bezüglich der Beendigung des Eisenbahner-Streiks zu hören. Der Minister erklärte, die streikenden hätten die ihnen von der Regierung gestellte Frist ungenutzt verstreichen lassen; von einer Amnestie oder einem Zugeständnis in der Gehaltsfrage könne nunmehr keine Rede sein. Abgeordneter Graf Theodor Batthyany bemerkte, er müsse die Haltung der Regierung verurteilen. Der Minister entgegnete, gerade die Reden Batthyany hätten die Eisenbahner in ihrem Widerstand bestärkt. Die Abgeordneten Bisontai und Wajsonyi teilten dem Minister mit, daß die Sozialisten einen allgemeinen Ausstand zu proklamieren beabsichtigen. (?)

Budapest, 24. April. Auf Verfügung des Untersuchungsrichters, der die Verhaftung der 13 Mitglieder des Streikkomitees wegen Aufreizung angeordnet hat, begab sich heute abend eine starke Polizei-Abteilung nach dem Demokratenklub, wo sich das Streikkomitee befindet. Der Präsident des Klubs, Abgeordneter Wajsonyi, erhob Einspruch gegen das Eindringen der Polizei, erklärte jedoch schließlich, der Gewalt weichen zu wollen. Von den 13 Mitgliedern des Streikkomitees waren nur drei anwesend, die für verhaftet erklärt und auf die Oberstadthauptmannschaft gebracht wurden. Da das Publikum auf der Straße vor dem Demokratenklub gegen die Polizei Schmährufe ausstieß, ließ der Polizeichef die Straße räumen, wobei mehrere Personen verhaftet wurden. Als der Abgeordnete Lengyel bei einer Verhaftung sich ins Mittel legen wollte, wurde er, obgleich er sich als Abgeordneter legitimierte, gleichfalls für verhaftet erklärt und nach dem Polizeibureau des 6. Bezirks gebracht, von wo er jedoch nach einem Verhör wieder entlassen wurde.

Budapest, 25. April. Ein offizielles Kommuniqué besagt, daß der Eisenbahnerstreik thatsächlich beendet sei und daß von heute ab von Budapest sämtliche Personen- und Güterzüge abgehen werden. Da die Regierung die Führer der Streikbewegung für alles verantwortlich macht, wurden sämtliche Mitglieder des Streikkomitees verhaftet. In einer gestern abend abgehaltenen Konferenz sämtlicher Oppositionsparteien wurde beschlossen, die Regierung im Abgeordnetenhause wegen ihrer unpatriotischen Haltung aufs heftigste anzugreifen, da bei einigem guten Willen der Streik hätte vermieden werden können.

Verzögerung des ungarischen Abgeordnetenhauses.
 Auf die Ankündigung des scharfen Protestes der Oppositionsparteien hat die Regierung ebenfalls mit einem Gewaltakt, der Verzögerung des Abgeordnetenhauses, geantwortet. Ein Telegramm besagt:

Budapest, 25. April. Das Abgeordnetenhaus ist durch ein königliches Handschreiben verlagert worden.

Ein Aufruf an die Streckenden.

Budapest, 25. April. (B. T. V.) Im Namen des Komitees der Ausständigen wird an die Eisenbahn-Angestellten eine Proklamation gerichtet werden, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, um nicht eine weitere Verschärfung der Maßregeln der Regierung herauf zu beschwören.

Wie versichert wird, verkehren schon heute sämtliche Eisenbahnhänge fahrplanmäßig mit Ausnahme einzelner Nachtschnellzüge.

Bei der Eisenbahndirektion Berlin

war heute Montag, bis Mittag, eine offizielle Bestätigung der Beendigung des Eisenbahner-Ausstandes in Ungarn noch nicht eingegangen. Im Gegenteil bestehen die bisher angeordneten Betriebsbeschränkungen nicht nur fort, sondern sind vielmehr noch verschärft worden. Es wird darüber aus Wien folgendes telegraphisch mitgeteilt:

Die für den Verkehr mit Ungarn getroffenen Anordnungen gelten auch für die orientalischen Eisenbahnen. Frachtgüter nach Rumien, Station der österreichischen Südbahn, werden nicht übernommen; im Rollen befindliche Güter sind, ebenso, wie dies hinsichtlich der ungarischen Staatsbahnen auch zu geschehen hat, aufzuhalten und den Absendern zur Verfügung zu stellen. Der Personenverkehr mit Rumien hat ebenfalls beschränkt werden müssen. Lebensmittel können nach Rumien nur als Eilgut angenommen und abgefördert werden. Dagegen bleibt die Annahme und Weiterbeförderung anderer Güter dorthin sistiert. — Auch die telegraphische Verbindung mit den Stationen der ungarischen Staatsbahn, einschließlich Pest, löst sich auf Schwierigkeiten, da der Bahnteleggraph zum größten Teil noch immer unbefestigt ist. Die bahnamtliche Verbindung ist nur unter Zuhilfenahme des Reichstelegraphen möglich.

Großwardein, 25. April. 15 000 organisierte Arbeiter traten heute in den Ausstand und zwangen die Ladenbesitzer, die Läden zuzuschließen. Die Ausständigen bezogen ein Lager, das von Militär umzingelt ist.

Großwardein, 24. April. (Meldung des „Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus“.) In dem Marktleben des hiesigen Handels-Socialisten-Mitglied der Unabhängigen Partei eine Versammlung abzuhalten. Während die Gendarmerie die Ordnung herstellte, erschah ein Socialist den Gendarmerie-Wachmeister. Die Gendarmerie gab hierauf eine Salve, wodurch 23 Personen getötet und gegen 40 schwer verwundet wurden. Von Großwardein ist Militär requiriert worden.

Debrecin, 24. April. Ausständige Arbeiter veranlaßten auf dem hiesigen Marktplatz eine blutige Rauferei. Militär trieb die Menge auseinander; 40 Personen wurden verhaftet.

Inwieweit diese Ausstände und Polizeibrutalitäten mit dem Eisenbahnerstreik zusammenhängen, geht aus diesen Depeschen des hiesigen Bureaus nicht hervor. Es scheint aber, als ob die Polizei bei ihrem gewaltsamen Vorgehen förmlich von einer Raserei ergriffen worden wäre.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April.

Kolonialbahnen.

In den seltsamsten Formen wird das deutsche Volk zu Gunsten einer ausschließlichen Kolonialpolitik geschärft.

Gleich zwei Vorlagen für Eisenbahnen, von denen die eine in Ostafrika von Dar-es-Salam nach Mrogor, die andre in Logo von Lome nach Polimbe gehen soll, beschäftigten am Montag den Reichstag. Die ostafrikanische Bahn soll von einer Kapitalistengesellschaft gebaut werden. Doch garantiert das Reich für die nächsten 87 Jahre eine Verzinsung von 3 Proz. und die Amortisation des Kapitals mit 20 Proz. Aufschlag, d. h. so, daß für je 100 M. Anlage 120 M. gezahlt werden. Ein Risiko tragen also die Geldgeber nicht. Trotzdem erhalten sie 460 000 Hektar Landes in unmittelbarer Nähe der Bahn nach eigener Wahl zum Geschenk, außerdem einige Monopole auf Mineralgewinnung und dergleichen mehr. Die jährliche Summe, die Deutschland dafür aufzubringen haben wird, soll 637 000 M. betragen. Doch ist natürlich noch gar nicht sicher, ob das vorgesehene Anlagekapital von 18 1/2 Millionen ausreichen wird. Zudem ist, wie von den Freunden der Vorlage, unter andern von Dr. Arndt, ganz unumwunden zugegeben wurde, eine ganz bedeutende Verlängerung der Bahn bis zu den ostafrikanischen Seen geplant.

Der Kolonialdirektor Dr. Stübel begründete die Vorlage mit dem Mangel jeglicher Verkehrsmittel in Ostafrika, indem die Viehweiden auch den Wagenverkehr unmöglich machen, mit der Unfruchtbarkeit des Küstenlandes und mit der Notwendigkeit, Aufständen vorzubeugen. Man kann nicht sagen, daß diese Begründung eine große Vorliebe für die kolonialen Unternehmungen zu erwerben geeignet ist.

Infolgedessen war auch bei den Kolonialschwärmern die Stimmung keine allzu rosig. Der Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode warf als Redner der konservativen Partei die Frage auf, ob es für Deutschland nicht vernünftiger gewesen wäre, niemals Kolonien zu erwerben. Nur, weil wir sie mal haben, will er sie behalten und logischerweise möglichst Geld hineinstecken. Begeistert für die Vorlage war eigentlich nur der Abg. Schwarze-Lippstadt, der die verquälte Behauptung machte, man könne in Ostafrika alle Produkte der Welt ziehen. Von untrer Seite übte Genosse Ledebour scharfe Kritik an der Verwendung von Steuerzahlergeld für derartige Zwecke. Wenn wirklich das Land irgend welche Ausichten böte, so würde natürlich Privatkapital sich bei den großen Liebesgaben an Grundbesitz — verschenkt wird ein Gebiet von der fünffachen Größe Kügens — leicht für das Unternehmen finden. Wenn es aber, wie thatsächlich der Fall, durchaus unfruchtbar ist, darf der Staat sein Geld erst recht nicht dafür ausgeben. Gegen die Vorlage wandten sich auch der Abg. Dabach (C.) für seine Person und der Abg. Dr. Müller-Sagan für die Freisinnige Volkspartei. Der Nationalliberale Dr. Paasche, der Freikonservative Graf Arnim und Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung traten dafür ein und wurden nur durch einen kleinen Jüst getrennt: ob man die Bahn breit- oder schmalspurig bauen sollte. Aus den Reden der Anhänger mag noch das Zugeständnis hervorgehoben werden, daß man zur Abwechslung jetzt Südwestafrika als ausschließliche Sandwüste bezeichnete. Wenn die neuen Forderungen für Südwestafrika kommen, wird man's umgekehrt lesen. Schließlich ging die Vorlage zur Vorbereitung an die Budgetkommission.

Derselben Kommission wurde auch die Vorbereitung des Gesetzentwurfs zur Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Logo überwiesen. Es handelt sich um eine finanzrecht-

liche Neuerung, da bisher wohl das Deutsche Reich Schulden machte — und nicht gar zu wenig — aber die Kolonien nicht selbständig Anleihen aufnehmen konnten. Natürlich ist das Ganze eine leere Formalie, da das Reich auch hier vor der traurigen Notwendigkeit steht, Zinsen und Kapital garantieren zu müssen. Aus diesem Grunde wandte sich Genosse Ledebour und von der Freisinnigen Volkspartei Dr. Müller-Sagan gegen die Vorlage, während die übrigen Parteien, einschließlich des Centrums-Abgeordneten Dabach, sich ihr freundlich gegenüberstellten.

Die Debatte, die wesentlich neue Gesichtspunkte nicht bot, zog sich bis nach 6 Uhr hin, so daß das Haus mit der Beratung der Vorlesung nicht mehr beginnen wollte. Vor diesen steht auch morgen noch die dritte Lesung des Abkommens über internationales Privatrecht und die zweite Lesung der Novelle zum Krankenfürsorge-Gesetz für Seeleute auf der Tagesordnung. Zu diesem hat unsere Fraktion eine Anzahl von Abänderungsanträgen eingebracht.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag die dritte Lesung des Staatshaushalts-Etats fortgesetzt.

Eine längere Debatte rief der Etat der Eisenbahnverwaltung hervor. Minister Budde, der jetzt anscheinend der oberste Vertreter des neuesten socialpolitischen Kurses in Preußen ist, kündigte bei dieser Gelegenheit eine plötzliche „Socialreform“ an. Er ist telegraphisch vom König von Preußen ermächtigt worden, vom Landtage drei Millionen zur Förderung der Wohlfahrts-Einrichtungen der Eisenbahner zu erbitten, und schon in einigen Tagen wird dem Hause eine entsprechende Vorlage zugehen. Ferner wird die Regierung die demnächst zu gründende Zuschuß-Pensionskasse des Eisenbahner-Verbandes unterstützen. So hofft Herr Budde, durch kleine Geschenke sich ein gefügiges Heer von Arbeitern und Beamten zu schaffen und den Bestrebungen der Eisenbahner, aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern, entgegenzutreten zu können. Wie so viele vor ihm, so wird auch er die Erfahrung machen, daß er durch solche Mittel das Klassenbewußtsein seiner Arbeiter nicht unterdrücken kann.

Interessant war die Mitteilung, daß die Bahnärzte in Düsseldorf und Elberfeld, denen wegen Meinungsverschiedenheiten über die Arztfrage gekündigt ist, inzwischen zu Kreuze gekrochen sind und ihre Forderung der freien Arztwahl gegenüber den Krankenkassen der staatlichen Betriebe fallen gelassen haben. Warum hat die Regierung Herrn Budde nicht gezwungen, die Forderung der Ärzte anzuerkennen? Wie überall im preussischen Staate, so wird auch hier mit zweierlei Maß gemessen.

Der Etat der Bauverwaltung gab Herrn Felisch (Konf.) Anlaß, wiederum den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe zu fordern. Der konservative Scharfmacher bestritt, daß die Zahl der Unfälle im Baugewerbe unverhältnismäßig hoch seien und bezeichnete unter Ausfällen gegen den angeblich von den organisierten Arbeitern geübten Terrorismus die Kontrolle der Bauarbeiter als ausreichend. Dunkel Felisch will keine Bauenkontrollen, da seiner Ansicht nach schon heute der Unternehmer nicht Herr im Hause ist. Und in demselben Atemzuge, in dem er seine arbeiterfeindliche Rede hielt, wagte er es, von sich zu behaupten, daß er sein ganzes Leben für die Durchführung der socialen Gesetze eingesetzt habe. — Beim Etat des Abgeordnetenhauses wehrte sich der nationalliberale Abgeordnete Berndt gegen den entsehligen Verdacht, er habe auch nur über die Orthographie des „Throns“ einen Witz zu machen sich erlaubt. Der „Vorwärts“ hatte darauf hingewiesen, daß eine Neuerung, die in den Parlamentsberichten der Zeitungen wieder gegeben war, in amtlichen Stenogrammen weggelassen worden sei. Herr Berndt erklärte dagegen, daß er überhaupt nicht gesagt habe, daß der Thron immer etwas voraus haben müsse, sogar in der Orthographie. Danach ist also offenbar die Journalistentribüne so freiheitsliebend gewesen, einem nationalliberalen Abgeordneten einen Witz anzudichten.

Beim Etat der Justizverwaltung vertagte sich das Haus, um in einer Abendsitzung den Etat weiter zu beraten. Der Präsident will auf alle Fälle bis Dienstag den Etat erledigt haben.

Wieder eine Extratour.

Graf Willow, der Kanzler des Deutschen Reichs, hat Graf. Wenn er wieder einmal nach den auswärtigen Beziehungen gefragt werden sollte, so wird er mit noch größerem Stolz als das letzte Mal konstatieren können, daß der Starke am mächtigsten allein sei, und daß übrigens der Wert der Bündnisse, die wir mit andern Staaten haben, nicht sowohl in den freundschaftlichen Beziehungen mit uns bestehen, sondern vielmehr darin, daß sie ihrerseits mit andern Ländern möglichst intim seien.

Der deutsche Kaiser hat seine Gesundheitsfahrt im Mittelmeer dazu benützt, um die Könige von Spanien und Italien zu besuchen oder sich von ihnen besuchen zu lassen. Selbst der allezeit höflich überschwängliche offizielle Telegraph hat über diese Begegnungen nichts als ein paar frostige Andeutungen stilisieren können.

Während Wilhelm II. noch an der italienischen Küste weilte, kam Herr Loubet und die Pariser Stadträte nach Italien. In Catania war der deutsche Kaiser gleichzeitig mit den Franzosen. Der socialistische Bürgermeister von Catania, unser Genosse Deselle, soll eine Einladung des Kaisers abgelehnt haben und statt dessen mit den radikalsten Stadträten von Paris beisammen gewesen sein.

Und nun ist Herr Loubet in Rom! So sehr sich die deutschen bürgerlichen Blätter bemühen, die Farben der Empfangsdemonstrationen abzukämpfen, kein Zweifel, in diesen französisch-italienischen Berdrüberungsfeiern weht wirklich etwas wie vollständige Weigerung, so wenig die Gesichte der Völker auch in solchen Feiern entschieden werden. Es ist der Bund der Demokratien, der in diesem Besuch besiegelt wird, es ist die antikerale Politik des regierenden französischen Kabinetts, die in Italien ausreichende Freundschaft findet. Dagegen kann der monarchistisch-keritale Junkerstaat, der durch den deutschen Kaiser repräsentiert wird, keine echten Gefühle der Sympathie in der italienischen Demokratie erwecken. Es ist nicht wahr, daß es der Reid der Völker ist, der Deutschland isoliert; nicht unsere Macht erweckt dem offiziellen Deutschland daß, sondern jenes weltpolitisch unruhig schweifende, prahlerische, unzuverlässige System kulturfeindlicher Mächtigkeiten, das in niemandem ein warmes Gefühl der Reizung aufkommen läßt. Mit Soldaten und Panzerschiffen, mit Junkern und Pfaffen lassen sich keine Freunde gewinnen.

Graf Willow, der Innerschütterliche, wird auch ob der neuesten Extratour Italiens seinen roten Kopf kriegen. Er kann sich ja noch immer darauf berufen, daß es uns, wie unzulässig immer, den Pflichttan nicht weigert. —

Deutsches Reich.

Patriarchalisches Regiment.

Auf seiner Mittelmeerfahrt scheint Wilhelm II. von dem ungarischen Eisenbahnerstreik gehört zu haben. Die Nachricht hat offenbar großen Eindruck auf ihn gemacht und sofort telegraphierte er nach Berlin, die Minister sollten drei Millionen für Arbeiter-Wohlfahrtszwecke im Eisenbahnggebiet ausgeben.

Es ist gewiß eine erfreuliche Wirkung des Streiks der ungarischen Eisenbahner, da sie den preussischen Kollegen zu einer Extragabe von drei Millionen verholten haben. Indessen ist die Summe im Verhältnis zum Eisenbahnetat außerordentlich niedrig und geringer als die Bauumme für das Schloß in Posen. Für drei Millionen läßt sich noch keine „Wohlfahrt“ erzielen. Außerdem liegt den preussischen Eisenbahnern nicht so wohl an „Wohlfahrt“, als an der Gewährung ihrer politischen und socialen Rechte. Sie verlangen einmal das freie Koalitionsrecht, das ihnen Herr Budde verweigert, sie fordern auskömmliche Löhne, geringere Arbeitszeit und verständige Arbeitsregelung. Mit drei Millionen „Wohlfahrt“ lassen sich diese gerechten und dringenden Ansprüche nicht ablaufen.

Aber das Drei-Millionen-Telegramm aus dem Mittelmeer ist bedeutsamer durch die Art, wie gegeben wird, als durch das Maß dessen, was gegeben wird. Wir befinden uns in Preußen am Ende der Etatsberatung. Die Minister haben wie üblich beschworen, daß sie mit warmem Herzen alles für die Arbeiter und Beamten gethan haben, was in ihren Kräften stand. Auf einmal ereignet sich in Ungarn eine stürmische Eisenbahnerbewegung. Und unvermuthet trifft der telegraphische Befehl des Kaisers ein: drei Millionen für Eisenbahner!

Ein constitutionell empfindendes Ministerium würde es ablehnen, einen solchen Auftrag auszuführen, der doch nichts anderes bedeutet, als daß die Regierung vorher sträflich ihre Pflicht versäumt, die „Arbeiterwohlfahrt“ nicht in dem Umfange betrieben habe, der möglich gewesen wäre. Herr Budde war weit davon entfernt, so zu empfinden. Sobald das Telegramm ankam, zerbrachen sich sofort die Geheimräte die Köpfe, wie die beschlossenen drei Millionen zu verwenden seien und Herr Budde gab in der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht etwa seine Demission, sondern er teilte glückselig mit, welche telegraphische Kunde ihn getroffen habe; schon in den nächsten Tagen würde die telegraphisch angewiesene Vorlage dem Hause vorgelegt werden.

Von derlei Umständen hängt es ab, ob bei uns die Angestellten eines Staatsbetriebes drei Millionen mehr oder weniger erhalten! Der Kaiser hätte ja auch 50, 100 Millionen telegraphisch zur Verfügung stellen können, es wäre sicherlich nicht zu viel gewesen und wäre dann wohl auch plötzlich erschwinglich geworden. Wenn dem schon einmal patriarchalisch regiert wird, so kann man nur bedauern, daß die patriarchalisch angewiesene Summe so winzig gewesen ist. Sollten preussische Minister aber sich wieder einmal auf die „Unmöglichkeit“ herausreden, gewisse Forderungen der Staatsarbeiter und Unterbeamten zu erfüllen, so wird man sie einfach fragen, ob sie denn erst wieder auf ein Telegramm warten sollen. Freilich könnte man bei dieser Auffassung von den Aufgaben eines Ministers das Geld sparen, das für ihn ausgegeben wird. Nach telegraphischen Anweisungen eines Monarchen regieren kann auch jeder Ministerialbote. Dazu bedarf es keiner verantwortlichen „Staatsmänner“. —

Eine regierte Regierung.

Als nach dem 16. Juni 1903 die sächsische Regierung im ersten Wahlscheid die Kostwendigkeit einer Wänderung des Dreiklassen-Unrechts bei den Landtagswahlen zugestand, erwachte bald der konservative Widerstand. Die sächsischen Konservativen unter der Führung von Rehnert und Dpiz sind die verbissenensten unter allen konservativen Volksfeinden. Für diese Politiker der Gewaltthätigkeit bedeuten socialdemokratische Siege und gewaltige Volksproteste nicht eine Wänderung zur Umkehr, sondern zu um so mehr troglöppigem Beharren im Unrecht. Während die sächsische Regierung selbst, und zwar nicht zum mindesten auf Wunsch des Königs selbst, ein gewisses Einlenken für unvermeidlich hielt, wenn nicht der Opposition fortwährend neue Richtung zugeführt werden sollte, erklärt die konservative Opposition, welche das Regiment führt: Je unzufriedener sich das Volk in den Reichstagswahlen bekundet hat, um so besser ist es, wenigstens in den Landesfragen hinter den Mannern des Wahlrechts sicher zu stehen. Als die Regierungsdenschrift zur Wahlrechtsreform veröffentlicht wurde, war ihr Geschick schon entschieden: die Konservativen lassen keinerlei Reform zu.

Das Ministerium Mesch hat sich im Klassenwahl-Unrecht, das es im Jahre 1896 schuf, selbst verfangen. Die bezweckte Hinausweitung der Socialdemokratie aus dem Landtage schlug um in die Zweidrittel-Majorität der Konservativen. Für diese Partei giebt es nun keinerlei Gründe des Staatswohles, wie sie selbst die reaktionäre Regierung nicht völlig außer acht lassen kann, sie kennt nur das eigne Herrschaftsinteresse. Für diese Partei — und dies ist ein wertvoller Beitrag zur Beurteilung des konservativen Monarchismus — existiert aber ebenso wenig das Interesse des sonst so laut gefeierten angestammten Königshauses.

Der König von Sachsen wurde, wie bekannt, tief betroffen durch den erbitterten Ausdruck der Stimmung des Volkes, das er als „sein Volk“ ansah. Auch wenn seine Ratgeber es ihm nicht gesagt hätten, daß in Sachsen noch niemals die Gleichgültigkeit am sächsischen Staate so weite Kreise des Volkes ergriffen hat als jetzt, so konnte er als sehender Mensch diese Thatsache sich doch nicht verhehlen. Er sieht daher — und mit einiger Berechtigung — in der Wahlreform ein Mittel, mindestens die weitere Steigerung des Unwillens zu hemmen. Doch des Monarchen Wünsche und Hoffnungen haben für die konservative Partei keinerlei Bedeutung, da sie ihren Partei-Interessen nicht durchaus entsprechen. Wie die preussischen Junker dem preussischen König die Kronalvorlage zerrissen, so zerreissen die sächsischen Konservativen dem sächsischen König die Wahlgesetz-Vorlage!

In Sachsen regiert nicht die Regierung, in Sachsen gelten nicht die Wünsche des Königs. Trumpf ist die konservative Parteiherrschaft, die sich aufbaut auf der Vergewaltigung des ganzen Volkes durch das Dreiklassenwahl-Unrecht.

Ueber die Beschlüsse der zur Beratung der Wahlreformvorlage eingesetzten Deputation der Zweiten Kammer, die wir unter den Telegrammen der Sonntagsnummer kurz mittheilten, wird uns aus Dresden noch geschrieben:

Erst dem bekannt geworden war, daß dem Abg. Dpiz die Verichterstattung von der Deputation übertragen worden war, war damit zu rechnen, daß die Ansichten des Excreationärs in der Gesetzgebungs-Deputation durchgedrungen seien. Der Beschluß der Gesamtdeputation, die Regierungsvorschläge — die bekanntlich auf Ersetzung des indirekten Dreiklassen-Wahlrechts durch direkte Massenwahlen und Ergänzung derselben durch hauptsächliche Wahlen hinauslaufen — seien keine brauchbare Unterlage (im Telegramm hieß es irrtümlich keine unbrauchbare Vorlage) für ein neues Wahlgesetz, bedeutet eine einmütige und glatte Ablehnung der Regierungsvorschläge. Was die in eine Mehrheit (zehn konservativen Abgeordnete) und eine Minderheit (vier national-

Aberale Abgeordnete) geteilte Deputation sonst noch an Anträgen beschloß, läuft auf eine Empfehlung des Pluralwahlrechts hinaus, wobei in den Anträgen der Mehrheit die Frage der öffentlichen Wahl abschließend offen gelassen ist. Die Anträge der Mehrheit besagen auch nur, daß die Regierung das in der Denkschrift bereits vorgelegte Material durch weitere statistische Unterlagen über die Wirkungen eines Pluralwahlrechts bei dem aber ebenfalls „genügende Sicherung gegen die Ueberflutung der Kammer mit staatsfeindlichen Elementen geboten wird“, ergänzen soll. Die eingezogenen Vorschläge sollen, soweit sie auf ein Pluralwahlrecht, gerichtet sind, der Regierung als Material für einen zukünftigen Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dieser Antrag, der zweifellos im Landtage angenommen werden wird, ist vollständig nichtig.

Die **Winderheit** der Deputation hat — und das ist charakteristisch für diesen Nationalliberalismus — an die Spitze ihrer Anträge die Erklärung gestellt, das allgemeine, gleiche Wahlrecht sei mit dem Staatswohl nicht vereinbar. Im übrigen befaßt der Minderheitsantrag, die Regierung solle dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen, in welchem die bestehende indirekte Klassenwahl durch direkte Wahlen aller Wahlberechtigten unter Gewährung von Zusatzstimmen (Pluralwahl) ersetzt wird. Außerdem spricht sich die Winderheit ausdrücklich gegen die öffentliche Wahl und Wahlzwang aus.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung nach der in Aussicht stehenden Annahme des Mehrheitsantrages im Plenum des Landtages gar nichts mehr in der Wahlrechtsfrage thun werde. Viel ist allerdings nicht von der Regierung zu erwarten, ja es ist sehr fraglich, ob ein neuer Wahlgesetzentwurf besser sein wird wie das Dreiklassenwahlrecht, aber unthätig wird die Regierung nicht bleiben können, nachdem sie selbst das Dreiklassenwahlrecht als ein Unrecht charakterisiert hat. Es ist mit einiger Wahrscheinlichkeit im nächsten Landtage auf einen Gesetzentwurf mit dem Pluralwahlrecht zu rechnen. Wie der aussehen wird, ist freilich eine andere Frage. Die Arbeiter haben jedenfalls von der Wahlrechtsreform gar nichts zu erwarten.

Es müssen noch mehr Kadenschläge, wie der vom 16. Juni kommen, ehe die Macht dieser reaktionären Interessengruppe, die sich hinter dem Damm des Dreiklassenwahlrechts spreizt, erschüttert wird. Dazu ist die größte Energie und Geschlossenheit der sächsischen Sozialdemokratie nötig. Die Volksbewegung gegen das Wahlrecht und die konservative Reaktionsherrschaft muß höher und höher schwellen! —

Die **staatliche Spielförderung** soll nicht nur durch das neue preussische Lotteriegesetz, sondern auch durch das dem Reichstage zugegangene Gesetz, betreffend die Wetten bei öffentlichen veranstalteten Pferderennen, betrieben werden. Die Erhöhung der Totalisatorsteuer im Jahre 1900 hat den Vorteil gehabt, daß das überwuchernde Wettspiel am Totalisator eingeschränkt wurde. Jetzt soll „im Interesse der Landespflege“ dieser Vorteil wieder preisgegeben werden, es soll die Hälfte der Reichseinnahmen aus Lotterie-Einzahlen den staatlich gestatteten Wettunternehmungs-Vereinen „zur Verwendung für Zwecke der Landespflege“ überwiesen werden. So wird trotz der finanziellen Mißlage des Reichs ein Teil der Stempelsteuererträge wieder herausgegeben. So wird zugleich die Ausführung einer staatlichen Aufgabe mit dem **Wettkasseler** zusammenschuppielt, das schwache Charaktere lockt und Menschenleben zu Grunde richtet. Preußen und das Reich beeifern sich, den Ruhm von **Monaco** zu erwerben. —

Studenten und Arbeiter.

Aus Jena wird uns geschrieben: Die idyllische Universitätsstadt Jena hat in letzter Zeit durch ihre wüsten Studentenausfahrten wieder viel von sich reden gemacht. Aber mögen es die Studenten noch so toll treiben, der mildere Umstand der „akademischen Freiheit“ sorgt stets dafür, daß sie mit leicht erträglichen Strafen davonkommen. Die „Karridre“ wird nach Möglichkeit gespart.

Polizei und Gericht sehen bei der feuchten Studentenschaft in bestem Ansehen. Damit sich aber die Arbeiter über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beschweren können, erteilte der Gemeindevorstand dem Reisekomitee auf das Gesuch um Erlaubnis zur Veranstaltung eines Umzuges den folgenden liebenswürdigen Bescheid:

Der Gemeindevorstand
der Residenz- und Universitätsstadt
Jena, 23. April 1904.

Gesch.-Nr. P. 1427.
Die Erlaubnis zu dem Umzug mit Musik am 1. Mai kann aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls nicht gegeben werden; der Umzug wird vielmehr verboten und jedem, der sich etwa an einem solchen Umzug beteiligt, eine Geldstrafe von 16 Mark angedroht.

Dr. Wagner,
II. Bürgermeister.

Die Ordnung ist dadurch auf Grund des Polizeigesetzes vom 7. Januar 1854 wieder hergestellt oder doch vor einer bösen Verschärfung bewahrt.

Wie aber das öffentliche Wohl in Jena in der That beschaffen ist, kann man angehts des obigen Verbots an folgender Mitteilung des „Jenaeer Volksblattes“ erkennen:

Vor einigen Tagen hatten die „Teutonen“ eine größere Festlichkeit; viele „alte Herren“ waren beigegeist und den Traditionen entsprechend gingen die Wogen der Ideritas bis tief in die Nacht hinein sehr hoch. Natürlich wurde auch des würdigen Hansfried (Denkmal des Begründers der Universität auf dem Marktplatz) gedacht, und alsbald zog die ganze Korona, etwa 60—80 junge und alte bemoooste Häupter, Arm in Arm vom „Weimarschen Hof“ nach dem Marktplatz. Am nötigen Kadav fehlte es nicht; voran die lässenden Hande, weiterher mit der Kraft der Vierknecht, die gar manchen Schlaffer in seiner Ruhe störten. Und der Sprecher der fröhlichen Schar bewies in seiner Ansprache, daß er über gute Stimmbänder verfüge. Dann wurde wieder singend der Rückzug nach den gottlichen Hallen angetreten; laut klappernd schlugen die Bierkannen den Takt, die Köter thaten das übrige, die gestörten Bürger schloffen ihre Fenster — und von weitem schaute die heilige Hermandad friedlich zu. ... Das waren freilich Studenten ... auch ist das Bild nicht neu. ...

Ausland.

Das englische Gewerkschaftsrecht.

London 23. April. Von Zeit zu Zeit wurde an dieser Stelle auf die durch den Taff-Wale-Entscheid geschaffene Lage des englischen Gewerkschaftsrechts hingewiesen, ebenso wurden die Schritte besprochen, die die Trades-Unionisten unternahmen, um ihre Rechte zu behaupten. Neben der Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei (Labour Representation Committee) legten sie dem Parlamente eine kurze Vorlage vor, die den Zweck hatte, das Picketingrecht zu sichern und die kollektive Verantwortlichkeit, die ihnen durch den Taff-Wale-Entscheid auferlegt wurde, zu beseitigen. Eine derartige Vorlage kam am 8. Mai 1903 zur parlamentarischen Verhandlung, wurde aber in der zweiten Lesung abgelehnt. Der im September 1903 stattgefundenen Trades-Unions-Kongress beauftragte indes das parlamentarische Komitee, eine neue Vorlage zu entwerfen. Die Vorlage wurde ausgearbeitet und erhielt den Titel: Trades Unions and Trades Disputes Bill. Vorlage betreffend Gewerkschaften und gewerbliche Streitigkeiten. Sie lautete:

1. Während der Einleitung und Fortsetzung einer gewerblichen Streitigkeit soll es einer oder mehreren Personen, die im Namen einer Trades-Union oder einer anderen Verbindung handeln, gestattet

sein, sich neben einem Hause oder Plaze aufzuhalten, um Mitteilungen zu empfangen oder zu machen, oder um in friedlicher Weise eine Person zu überreden, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, oder um alle diese Zwecke auszuführen; solche Handlungen, wenn ohne Gewalt ausgeführt, sollen nicht als Belästigung und Vergehen im Sinne des siebenten Abschnittes des Gesetzes, betr. Verschwörung und Eigentumschutz vom Jahre 1875 betrachtet werden.

II. Ein Uebereinkommen oder eine Verbindung von zwei oder mehreren Personen, um eine Handlung auszuführen oder ausführen zu lassen zwecks Einleitung oder Förderung einer gewerblichen Streitigkeit, soll nicht klagbar sein, wenn eine solche Handlung, von einer einzigen Person ausgeführt, nicht klagbar ist.

III. Eine Trades-Union oder Verbindung darf auf Ersatz von Schäden, die von Mitgliedern der Trades-Union oder Verbindung verursacht wurden, nicht angeklagt werden, außer wenn nachgewiesen wird, daß diese Mitglieder der Trades-Union oder Verbindung im Sinne und unter der Autorität der Statuten der Trades-Union oder der Verbindung gehandelt haben.

Der Sinn dieser Vorlage ist klar. Die Gewerkschaften wollten ihr Picketingrecht und ihre Fonds schützen, eben Klagen wegen Verschwörung unmöglich machen.

Die Vorlage wurde vor etwa zwei Monaten eingebracht und zum erstenmal gelesen. Western kam sie zur zweiten Lesung und von der ganzen liberalen Partei, den Nationalisten (irischen Abgeordneten) und selbstredend von den Arbeiter-Abgeordneten unterstützt. Der Premierminister sprach gegen die Vorlage, jedoch wollte er sie zu keiner Parteifrage machen und stellte es seinen Anhängern anheim, nach ihrem Gutmüthen zu stimmen. Das Resultat war: 228 Stimmen für, 199 gegen die Vorlage, die demnach mit einer Mehrheit von 39 Stimmen in zweiter Lesung angenommen wurde.

Dies ist ohne Zweifel ein bedeutender parlamentarischer Sieg der Gewerkschaften, jedoch wird der Sieg nur ein moralischer bleiben, wenn die Arbeiter in ihrer Agitation nachlassen. Denn es ist noch unbestimmt, wann die Vorlage zur Kommissionsberatung kommt und wie sie aus dieser Beratung hervorgehen wird. Schließlich ist noch mit dem Oberhaus zu rechnen. Wie gesagt, es hängt von den Trades-Unionisten ab, ihren moralischen Sieg zu einem wirklichen zu machen. —

Dänemark.

Das **Prüfungsrecht** ist gescheitert, wenigstens für dieses Jahr, und der allgemeinen Lage nach zu urteilen, wird es wohl überhaupt nicht zu Stande kommen. Die Reichstagsession ist am Sonnabend geschlossen worden, nachdem eine Sitzung des Staatsrats am Freitag den Beschluß hierzu gefaßt hatte. Wie verlautet, hat der Finanzminister Hoge in der Sitzung, die fünf Stunden dauerte, die Situation scharf kritisiert, unterstützt von dem Marineminister Jøhne und dem Ministerpräsidenten Demmer. Alberti und seine Anhänger blieben bei der Abstimmung in der Winderheit. Der Justizminister hat damit eine schwere Niederlage erlitten. Hatte er doch alles aufgegeben, um das Gesetz noch in dieser Session zustande zu bringen! Und wie siegesicher Alberti war, das zeigt folgende Bemerkung, die er bei der ersten Lesung des Prüfungsgesetzes gegenüber unserm Genossen Borgbjerg macht, der sich über die Hoff beschränkte, womit man den Entwurf durchzuführen suchte.

„Ich“, sagte Alberti, „habe keinerlei Schritte unternommen, um die Behandlung der Sache hier im Thing zu beschleunigen. Nach meiner Meinung war das auch nicht notwendig, weil der Gesetzentwurf auf so guter Grundlage ruht, daß er wohl seinen Siegesgang durch beide Abteilungen des Reichstags gehen wird.“

Von der Bevölkerung Kopenhagens wurde die Nachricht vom Schluß der Reichstagsession und von der Niederlage Albertis mit großer Freude aufgenommen. Wo man die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten begegnete, wurden sie aufs herzlichste beglückwünscht zu diesem Sieg, der wesentlich der energischen Opposition und unermüdeten Agitation der Sozialdemokratie zu danken ist. Ebenso wurde lebhafteste Anerkennung den radikalen Abgeordneten zu teil, die sich nicht den Wünschen des Justizministers gefügt hatten und nicht zu Verrätern an den Grundgesetzen ihrer Partei geworden waren.

Der „Prügelaußschuß“ des Landstings hatte seit seiner Ernennung am 9. April fast an jedem Wochentage Sitzung abgehalten und war mit seinen Beratungen so weit gekommen, daß am Sonnabend mit dem Justizminister über die gewünschten Änderungen konferiert werden sollte und im Laufe der nächsten Woche die Erledigung der Arbeit zu erwarten war. Da traf die Mitteilung vom Schluß der Reichstagsession ein, wonach selbstverständlich auch die Sitzungen des Ausschusses geschlossen wurden.

Selbstverständlich wird auf Grund der scharfen Gegenseite im Ministerium von einer Ministerkrisis gesprochen. Was dabei herauskommt, ob Alberti auf Grund seiner geringen Prügelmajorität im Folkething es mit der Bildung eines moderaten Ministeriums versuchen wird, oder ob der Riß wieder künstlich gestrichelt wird, ist nicht vorauszusehen. —

Afrika.

Marmnachrichten aus Transvaal. In dem Gebiet von Leydenburg (Nordost-Transvaal) soll, wie der Johannesburg „Daily Mail“-Korrespondent tabelt, entgegen den in der Öffentlichkeit verbreiteten Meldungen ein wahres Schreckenregiment herrschen, woran die Gefangennahme der unter der Führung eines gewissen Durani stehenden kleinen Bunde nicht viel geändert habe. Alle wehrfähigen Männer in Leydenburg haben sich bewaffnet und ein Fort gebaut, in welches das Bargeld aus der Bank jeden Abend in Sicherheit gebracht wird. Die Zugangsstraßen zur Stadt werden ebenso wie das improvisierte Fort scharf bewacht, um Ueberrastungen zu verhindern. Die bis jetzt verhafteten Leute haben sich auf Viehdiebstahl und die Verabredung von Kaffern beschränkt, doch scheint es sich um Größeres zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National Scouts (Voren, die auf Seiten der Engländer gekämpft haben) werden bei jeder Gelegenheit beschimpft und bedroht. Es ist bekannt, daß die Voeren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Leydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebirge drängte. Kürzlich soll ein Gefäß ausgegraben worden sein. Die Bürger unterstützen die Konstabler, und man glaubt, daß die getroffenen Vorbereitungen drohende Gefahren abwendend haben.

Johannesburg, 23. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) General Votha hielt heute nachmittag eine Ansprache, in welcher er betonte, daß bei keinem einzigen der Vurgher die Absicht bestände, einen Aufstand hervorzurufen. Es sei eine Verleumdung, zu behaupten, daß man am Abend eines Aufstandes stände. Die Vurgher hofften vielmehr, durch ihre Zusammenkünfte die Hände der Regierung zu kräftigen.

Australien.

Der **Führer der Arbeiterpartei in Australien, Watson**, der nach der Niederlage Deakins zur Bildung des Bundesministeriums berufen worden ist, hat erklärt, daß, wenn das Mutterland konkrete Vorschläge für Vorzugszölle machen würde, diese eine höfliche und volle Erwägung erhalten würden, daß aber die Tariffrage unter dem gegenwärtigen Parlament nicht angeschnitten werden könne. Persönlich ist Watson der Ansicht, daß der Vorzugshandel sich noch in einem nebelhaften Stadium befindet. Watson, der selber das Schatzamt zu übernehmen gedenkt, versichert, daß er Gegner weiterer Anleihen und leichtfertiger Ausgaben sei. Die Abhilfe und Mäßigung dieses Arbeiterministers finden allgemeine Anerkennung. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz

Russische Großzügigkeit.

Port Arthur, 24. April. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Der Eingang des Hafens ist vollständig frei. Der Untergang des „Petropawlowsk“ wird einstimmig als tragischer Zufall bezeichnet, der nicht im geringsten den Gang des Feldzuges beeinflussen und die Chancen Russlands bezüglich eines glänzenden endgültigen Erfolges der russischen Flotte ändern kann. Den gemachten Wahrnehmungen zufolge lehnen die Angriffe der Japaner alle zwei Wochen wieder und werden vorher durch Chinesen angekündigt, welche die nötigen Informationen von den Japanern erhalten haben; außerdem erscheinen Dampfer mit englischen Korrespondenten. Der jüngst angehaltene unter englischer Flagge fahrende Dampfer mit dem Korrespondenten der „Daily News“ an Bord wurde unter der Bedingung freigegeben, sich nicht mehr unsern Küsten zu nähern. Bei jedem neuen Bombardement feuern die Japaner weniger entschieden und bleiben außerhalb des Feuers unter Batterien, mit welchen sie sich nicht in einen Wettkampf einzulassen wagen. Beim Bombardement vom 15. April hat eins ihrer neuen Schiffe „Mishin“ oder „Kassuga“ stark gelitten und ist ein Kreuzer gesunken. Die Japaner schweigen hartnäckig über ihre Verluste. Nach den jüngsten Nachrichten spannt Japan seine letzten Kräfte zur Fortsetzung des Krieges an, die Geldmittel gehen zu Ende, während Rußland noch nicht einmal die Defensive ergriffen hat.

Am Jalu nichts Neues.

Petersburg, 25. April. (Meldung der „Russischen Telegr.-Agentur“.) Nach einem Telegramm des Generals Pflug aus Port Arthur vom 24. April entbehrt die Meldung der „Morning Post“, daß die Japaner den Jalu überschritten hätten, jeder Begründung.

Sünl, 23. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die japanischen Linien erstreckten sich 30 Meilen längs des Jalu, von Jongampho bis 10 Meilen oberhalb Widschus. Die Russen haben ihre stärkste Stellung bei Antung, der Tiger-Hügel ist der Schlüssel derselben. Mehrere Inseln, eine oberhalb und zwei unterhalb Widschus, erleichtern einen Angriff, da sie der Artillerie einen Stützpunkt bei der Deckung einer Ueberbreitung des Flusses bieten. Die Japaner landen Truppen und errichten in Quangtschuan unterhalb Jongamphos Bauten. Das Landvolk am Nordufer des Jalu verkauft Vieh und Munition an die Russen. Mehrere koreanische Offiziere, die verdächtig sind, den Russen als Spione gedient zu haben, sind verhaftet worden.

Englische Vermittlungsabsichten?

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus London vom 25. April geschrieben:

Der Petersburger Berichterstatter des „Daily Express“ depechiert, der Ankunft des neuen britischen Vatschasters Hardinge werde in Petersburg mit großer Erwartung entgegen gesehen, weil in Amtstreifen bekannt sei, daß er der Uebermittler eines wichtigen Schreibens des Königs Eduard an den Zaren sei. „Ich bin in der Lage — so meldet der Berichterstatter — mitzuteilen, daß der Brief sich mit der Frage einer Vermittlung zwischen Rußland und Japan befaßt. Es ist der aufrichtige Wunsch des Königs, eine solche Vermittlung sicher zu stellen, sobald der geeignete Augenblick hierfür eintritt. Man darf nicht annehmen, daß der König sich selbst als Vermittler erbiete, auch ist die Zeit für eine Erfolg versprechende Einmischung noch nicht reif. Doch hat der König durch sorgfältige Umfrage und aus Unterhaltungen mit führenden Diplomaten in Kopenhagen und London erkundet, daß Rußland geneigt sei, die Vermittlungsfrage zu erörtern und bestimmten Vorschlägen Gehör zu leihen, wenn der geeignete Augenblick hierzu eintritt, d. h. wenn Rußland einen großen Waffenerfolg zu Lande errungen haben wird. Wenn dieser Moment gekommen sein wird, ist es die Absicht des Königs, die Dienste der britischen Diplomatie anzubieten zum Zwecke der Erlangung eines geeigneten Vermittlers, nämlich eines Monarchen, der beiden Mächten genehm wäre. Das jetzige Vorgehen des Königs bezweckt, die Gemüthen des Zaren und der russischen Regierung über den Gegenstand genau kennen zu lernen, um über ein bestimmtes Vermittlungsverfahren bei günstiger Gelegenheit schlüssig zu werden.“

Aus Industrie und Handel.

Die Export-Regelung des Stahlwerksverbandes.

Während der Vorläufer des Stahlwerksverbandes, der frühere Halbzeugverband, den ihnen angehörenden Werken für ihren Export nach dem Auslande keinerlei Vorschriften machte, hat sich bekanntlich der neugegründete Stahlwerksverband auch die Regelung des Abhanges seiner Mitglieder nach dem Auslande zur Aufgabe gestellt. Diese Aufgabe sieht er nicht darin, den Stahlmassenexport, den die deutschen Werke in den letzten Jahren nach dem Auslande, besonders nach England betrieben und durch welchen sie die Stahlpreise in England weit unter den Stand der deutschen Inlandspreise herabgedrückt haben, entsprechend der Nachfrage auf dem englischen Markt einzuschränken und dadurch die niedrigen Exportpreise wieder zum Steigen zu bringen. Die Verwaltung des Stahlwerksverbandes versteht vielmehr unter der Export-Regelung lediglich die Erhöhung der Exportpreise, und als Mittel zu diesem Zweck eine Vereinbarung mit den englischen und amerikanischen Fabrikanten über die Einhaltung bestimmter Normalpreise bei den Stahlangeboten auf dem englischen Markt. Thatsächlich hat denn auch in den letzten Wochen die Leitung des Stahlwerksverbandes wiederholt versucht, mit den großen englischen und amerikanischen Stahlwerken zu einer Verständigung über die Hochhaltung der Stahlpreise auf dem englischen Markte zu gelangen, und zwar, wie deutsche Unternehmerblätter zu melden wußten, mit entschiedenem Erfolg. Allerdings seien, so hieß es, bestimmte Preisvereinbarungen nicht getroffen, wohl aber hätten die verschiedenen Interessentengruppen Fühlung miteinander genommen, die eine spätere Verständigung sichere.

Wesentlich anders lautet dagegen das Urteil der aus den Kreisen der englischen Stahlproduzenten inspirierten englischen Presse. So schreibt z. B. die „St. James Gazette“: „Nicht eine einzige bedeutende britische Stahlfirma hat sich näher mit der Frage der Regulierung der Exportpreise befaßt, und Firmen wie Guest Keen and Nettlesolds, Deed Wrightson and Co., Dorman Long and Co. wissen überhaupt nichts von Verhandlungen hierüber. Aus amerikanischer Quelle erfahren wir dagegen, daß der deutsche Stahlwerksverband einen Fühler ausgestreckt hat, um festzustellen, ob die amerikanischen Firmen sich auf die Erzeugung von Preisvereinbarungen für den Export einlassen würden. Es ist hier ein offenes Geheimnis, daß der deutsche einheimische Markt sich in nichts weniger als gesunder Lage befindet, und der Wettbewerb Deutschlands um Lieferungen nach England ist so erheblich, daß die deutschen Firmen dabei Verluste erleiden; sie würden sich deshalb gern mit dem Stahltrust und mit anderen amerikanischen Firmen verständigen. Aber die Aufnahme durch die Amerikaner ist eine lässige gewesen, und es soll keine Aussicht auf eine Verständigung bestehen. Britische Firmen dürften überhaupt nicht angegangen worden sein. Jegliches Arrangement, das der britischen Industrie Genüge thäte, müßte zum Schaden der deutschen Industrie gereichen, die den englischen Markt nur durch Unterbietung der einheimischen Werke behauptet.“

Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau und der Rhein-Elbe-Kanal.

Zu den industriellen Werken, die von einer Wasserstraßenverbindung zwischen Rhein und Elbe den größten Nutzen haben würden, gehören die rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerke. Schon unter den heutigen relativ ungünstigen Frachtverkehrsverhältnissen

hat die westfälische Kohle ihr Absatzgebiet östlich der Elbe in den letzten Jahren wesentlich erweitert und aus manchen Gegenden, die einst ausschließlich der schlesischen Kohle gehörten, diese mehr und mehr hinausgedrängt. Außerdem aber würde die Verbilligung der Fracht nach Hamburg der westfälischen Kohle gestatten, dort in stärkerem Maße als bisher mit der englischen in Wettbewerb zu treten. Die Vorlage der Regierung, die nur die Verlängerung des Ems-Dortmund-Kanals bis Hannover statt bis zur Elbe fordert, hat deshalb auch die Grubenverwaltungen Westfalens stark verärgert: eine Thatsache, die deutlich in dem soeben erschienenen Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamts-Bezirks Dortmund zum Ausdruck kommt. Es heißt nämlich in diesem Bericht:

Wir vermögen nicht einzusehen, welche Gründe die Staatsregierung zu einer derartigen Gestaltung der Vorlage veranlaßt haben. Früher bestand ein Hauptargument gegen die von uns vertretene Verbindung des Ruhrreviers mit dem Rhein in dem Hinweis, daß das ausländische Getreide auf diesem Wege weiter in den Bezirk eindringen könnte, als das bei dem jetzt notwendigen Umschlag in Duisburg oder Ruhrort geschehen würde. Wenn dem Kanal zum Rhein diese Bedeutung beigegeben und damit im Sinne der Kanalgegner das landwirtschaftliche Interesse geschädigt wird, so muß sehr in Frage gestellt werden, ob dies nicht, objektiv betrachtet, in einem viel höheren Maße geschieht, wenn man den landwirtschaftlich hochentwickelten Gebieten der Provinz Sachsen und den mit der Elbe durch Wasserstraßen verbundenen östlichen Gebieten der Monarchie die ihnen durch eine durchgehende Verbindung gewährte Möglichkeit entzieht, ihre Produktion auf dem wegen seiner Billigkeit agrarischerseits perhorreszierten Wasserweg zu den Hauptverbrauchsstätten des Westens zu schaffen. Auch steht zu befürchten, daß mit der Wahl von Hannover als Endpunkt des Kanals die seiner Zeit für die Mittelkanalvorlage warm eingetretene brennische Unterfertigung in Wegfall kommen wird. Bremen ist trotz aller seiner Bemühungen um die Förderung seiner Schifffahrt gegen Hamburg durch die geringe Gunst seiner natürlichen Verhältnisse und demzufolge durch die bisherige Entwicklung zurückgeblieben. Hamburg erfreut sich — zweifellos auch durch den Nord-Dee- und den Elbe-Trabe-Kanal — der größten Vorteile für seinen Handel, zum Teil unter direkter Einbuße seiner minder glücklichen Wettbewerbsfähigen an der Nord- und Ostsee.

Es ist recht charakteristisch für die in unsren großgewerblichen Kreisen übliche Skafisterei, daß das Schifffahrtsinteresse Bremens in den Vordergrund gehoben wird. In Wirklichkeit handelt es sich für die Besenbesitzer weit weniger um die brennischen Interessen als um ihre eignen.

Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Schon vor längerer Zeit verlautete, daß eine Reihe oberdeutscher Eisenwerke eine Gesellschaft zum gemeinschaftlichen Einkauf von Eisenerz zu gründen beabsichtigen. Diese Gesellschaft hat sich jetzt in Berlin mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark gebildet. Ihr gehören an die Vereinigte Königs- und Laurahütte, die Bismarckhütte, die Oberschlesische Eisenerzindustrie, die Vereinigte Hüttenwerke in Gletow, die Oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft in Friedland, die Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenerzindustrie in Kattowitz, das Eisen- und Stahlwerk Völsing-Halpa Aktiengesellschaft in Schwintow, die Hüttenwerke in Gletow, die Hüttenverwaltung in Vorfisch, A. Schoenawa in Ostfriesland und Ganz u. Co. Aktiengesellschaft in Kattowitz.

Letzte Dividende. Der Reingewinn der Höpfer Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning beträgt für das Jahr 1903 nach Abschreibungen in Höhe von 2 521 339 M. (im Vorjahre 2 207 546 M.) 5 095 791 M. (4 570 004 M.). Als Dividende werden 20 Proz. in Vorschlag gebracht.

Die Lage des amerikanischen Eisenmarktes, die in den letzten Wochen als recht günstig geschildert wurde, hat sich nach den neuesten Nachrichten der Fachblätter wieder verschlechtert. Nach der Meldung des Londoner „Promonger“ hat z. B. die Nachfrage nach Eisen und Stahl merklich nachgelassen. Die Preise haben demnach eine schwache Tendenz, obgleich sie nominell unverändert sind. In Bezug auf die Entwicklung im zweiten Semester des laufenden Jahres herrscht keine große Zuversicht, wenngleich die Möglichkeit einer späteren Besserung vorhanden ist. Eine gute Ernte, eine günstige Entwicklung des Geldmarktes und zufriedenstellende politische Verhältnisse unter den großen europäischen Mächten würden natürlich den Eisenmarkt in günstiger Weise beeinflussen. (Vergleiche die Darstellung der Verhältnisse im Wirtschaftlichen Wochenbericht der letzten Sonntags-Nummer.)

Gewerkchaftliches.

Die Bäderinnung als Tarifgegner.

Auf Beschluß der außerordentlichen Verbandversammlung sandte der Vorstand des Verbandes folgendes Schreiben an beide Innungen:

Berlin, den 16. 4. 1904.

An den 1661. Vorstand der Bäderinnung zu Berlin.

Im Auftrage der außerordentlichen Verbandversammlung vom 12. April 1904, die von weit über 2000 Mitgliedern unseres Verbandes besucht war, richten die Unterzeichneten höchstfolgendes Schreiben an die verehrliche Innung.

Trotz der abweisenden Antwort der Innungen, die gerade nicht von allzu großer Friedfertigkeit zeugte, war die Versammlung doch der Meinung, nochmals zu versuchen, die Innung von ihrem unhaltbaren, kurzschichtigen Standpunkte abzubringen. Auch die Gesellen-Ausschüsse sind der Meinung, daß es weder ihre Aufgabe ist, noch in ihrer Macht liegt, Tarifverträge abzuschließen, und wirksam für deren Einhaltung Sorge zu tragen. Dieser Aufgabe sind einzig und allein die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also Innungen und deutscher Bäderverband, gewachsen. Nur diese haben die hierzu nötige Macht, das Ansehen und den Einfluß unter den Bädermeistern bzw. Bädereffekten. Es entstehen deshalb nur drei Fragen, die wir höchlichst bitten, beantwortet zu wollen:

1. Ist die Bäderinnung zu Berlin gewillt, einem Tarifvertrag zwischen Meistern und Gesellen zuzustimmen?
2. Wenn ja, will sie mit dem deutschen Bäderverband, der allseitig anerkannter Vertretung der Gesellen (ebenso wie die Münchener Meisterschaft), einen solchen Tarif abschließen?
3. Wenn Frage 2 verneint wird, wie denken sich dann die Innungen überhaupt einen solchen Tarifvertrag? Mit wem wollen sie Verträge schließen, nachdem die Gesellen-Ausschüsse selbst erklärt haben, dazu nicht qualifiziert zu sein, und deshalb nur im Auftrage unseres Verbandes handeln zu wollen?

Der deutsche Bäderverband, der in Berlin weit über 2000 Mitglieder zählt, ist die allseitig anerkannte Vertretung der Gesellen, in ihm sind auch die sämtlichen Gesellen-Ausschüßmitglieder organisiert.

Wir legen nunmehr dem Innungsvorstande nochmals dringend nahe, die dargebotene Hand nicht zurück zu weisen, sondern im Interesse beider Teile einen verständigen Ausgleich herbeizuführen zu helfen. Nicht allein den Gesellen, die (das betonen wir nochmals ausdrücklich), nur im Streit das letzte, verzweifelte Mittel erblicken, sondern auch der Meisterschaft würde ein solcher Kampf schwere Opfer kosten. Für manchen Keinen Meister wird der Streit vielleicht eine Existenzfrage sein.

Wir ersuchen deshalb höchlichst und dringend, bis spätestens Sonntag, 24. April, an die Adresse Karl Heschold, Rheinsbergstr. 17, gefl. Antwort auf die oben gestellten drei Fragen sowie die Ansicht der verehrlichen Innung über die in diesem Schreiben und den beiliegenden Resolutionen niedergelegten Grundzüge gelangen zu lassen.

In der Hoffnung, daß diese Antwort eine alle Beteiligten zufriedenstellende sein möge, zeichnen

hochachtungsvoll

Der Vorstand des Verbandes der Bäder Deutschlands
(Mitgliedschaft Berlin)

K. A.: Karl Heschold.

Der Gesellen-Ausschüß der Bäder-Innung „Konfordia“.

Hierauf lief von der „Germania“-Innung folgende Antwort ein:

Bäderinnung zu Berlin.

Berlin, den 21. April 1904.

An den Gesellen-Ausschüß der Bäderinnung zu Berlin zu Händen des Altgesellen Herrn Hagemeyer, hier.

Wir bestätigen hiermit den Empfang der Zuschrift vom 16. April 1904 nebst der Resolution vom 11. bezw. 12. April etc. und haben von dem Inhalt derselben pflichtgemäß Kenntnis genommen. In eine Erörterung der in Ihrer Resolution zum Ausdruck gebrachten Anschauungen einzutreten bezw. den Versuch einer Wiederlegung derselben zu machen, müssen wir, weil völlig aussichtslos, uns verjagen, zumal durch die, in der außerordentlichen Generalversammlung der Innungsmittglieder am 13. April etc. mit allen gegen eine Stimme angenommene Resolution, die von uns, Ihren Forderungen gegenüber einnehmende Stellung genau präzisiert ist.

Wir lehnen es deshalb strikte ab, einem Tarifvertrag zwischen Meistern und Gesellen zuzustimmen, nicht nur weil wir einen solchen bei der Vielgestaltigkeit der Berliner Verhältnisse für undurchführbar, sondern in seiner letzten Konsequenz auch beiden Teilen, Meistern und Gesellen, für unheilvoll und alles andre, nur nicht den Frieden bringend erachten müssen; damit erübrigt sich die Beantwortung der beiden andren Fragen.

Bezüglich berechtigten andren Wünschen der bei unsren Mitgliedern in Arbeit stehenden Gesellen, sind wir nach wie vor gern bereit, mit dem Gesellen-Ausschüß der Bäderinnung zu Berlin in Unterhandlung zu treten und zeichnen mit dieser Versicherung

hochachtungsvoll

Der Vorstand der Bäderinnung zu Berlin.

J. Bernard, Obermeister.

Herr Bernard hat schon gelernt, etwas höflicher zu sein. Die Tarif-Feindschaft dieser social rüchständigen Innungen richtet sich ja in den Augen der anständigen Welt selbst. Wir konnten in den nächsten Tagen nochmals darauf zurück. Die heute in Kellers Festsaal tagende Versammlung nimmt zu dieser Antwort Stellung. Vorher tagt die Vertrauensmänner-Versammlung des Verbandes.

Berlin und Umgegend.

Die Verlängerung des Tarifvertrages der Bauarbeiter stand auf der Tagesordnung einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. — Zunächst erstattete der Kassierer Böttcher die Abrechnung vom 1. Quartal d. J. Zu einem Bestande von 51 176,20 M. kommt eine Einnahme von 23 325,90 M., dem steht eine Ausgabe von 21 883,47 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 53 118,63 M. bleibt. — Ueber die Tarifverhandlungen, welche in der Schlichtungskommission gepflogen wurden, berichtete Heidemann: Der gegenwärtige Tarifvertrag, welcher am 1. Mai d. J. abläuft, setzt folgende Löhne fest: Für gewöhnliche Bauarbeiter 45 Pf., Kalkschläger und Wasserträger 50 Pf., Kalk- und Steinträger 65 Pf. Mit Rücksicht darauf, daß die Löhne der Maurer seit dem 1. April d. J. vertragmäßig um 2 1/2 Pf. erhöht worden sind, beantragen die Vertreter der Bauarbeiter in der Kommission, daß bei einer Verlängerung des Vertrages die Löhne der Bauarbeiter gleichfalls um 2 1/2 Pf. für jede der drei Kategorien erhöht werden. Für die Accordträger wurde beantragt, den Preis für das Tragen im Kellergeschoß auf 3 M. zu erhöhen und keine Skantion mehr einzubehalten. Die Vertreter der Arbeitgeber beantragen dagegen, daß die gegenwärtigen Stundenlöhne um 2 1/2 Pf. herabgesetzt werden. Sie begründeten diesen Antrag damit, daß die Wohnungsmieten in Berlin und den Vororten herabgegangen seien und die Bauarbeiter deshalb billiger arbeiten könnten. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß sie über diesen Antrag gar nicht diskutieren könnten. Darauf erklärte der Vorsitzende der Arbeitgeber, seine Kollegen in der Kommission seien für eine Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr unter Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne von 45, 50 und 65 Pf. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich schließlich mit der Beibehaltung dieser Lohnsätze einverstanden unter der Voraussetzung, daß der Vertrag auf zwei Jahre verlängert wird und am 1. April 1905 die Lohnhöhung um 2 1/2 Pf. eintritt. Darauf wollten aber die Unternehmer nicht eingehen und hielten an der Bedingung fest: Verlängerung des gegenwärtigen Vertrages auf ein Jahr. Nachdem in der Kommission keine Einigung erzielt werden konnte, sollte nunmehr die Mitgliederversammlung darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen der Vertrag zu verlängern ist. — Die Versammlung diskutierte lange und eingehend über diese Angelegenheit. Die meisten Redner vertraten den Standpunkt, daß man einer Verlängerung des Vertrages ohne gleichzeitige Lohnhöhung nicht zustimmen könne. Wenn eine Verbesserung nicht zu erlangen sei, dann brauche man überhaupt keinen Vertrag. Die Kommission machte ihrerseits keine Vorschläge, jedoch vertrat Heidemann persönlich die Ansicht, daß es mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation zu empfehlen sei, wenn die Versammlung einer Verlängerung des Vertrages auf zwei Jahre zustimmte unter der Bedingung, daß vom 1. Mai 1905 ab für alle Lohnarbeiter eine Lohnhöhung von 2 1/2 Pf. eintritt. Heidemann stellte auch einen Antrag in diesem Sinne, der aber abgelehnt wurde. Die Versammlung beschloß, die Arbeitgeber zu ersuchen, den bestehenden Vertrag bis zum 15. Mai d. J. zu verlängern. Zum 6. Mai sollen zwei Versammlungen einberufen werden, in denen eine Urabstimmung über die Vertragsverlängerung vorzunehmen ist.

Zum Streik der Kupferschmiede der Chemischen Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) ist mitzuteilen, daß sich bis zum Montag, den 25. April, nur ein Streikbrecher, Namens Nitsche, welcher bis vor acht Tagen als Rietenswarmmacher bei der Firma Vorfisch arbeitete, angefundnen hat. Obgleich derselbe von seinen Kollegen als minderwertiger Arbeiter eingeschätzt wird, ist er in diesem Falle als Streikbrecher sehr willkommen. Von den drei Klempnern im Geschäft Müllerstr. 170/171, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes, hat sich einer bereit gefunden, Roharbeiten, welche sonst nicht von ihm verlangt, sondern von Kupferschmieden gemacht wurden, anzufertigen. Desgleichen ein organisierter Rohleger, welcher daselbst für 45 Pf. die Stunde arbeitet. Die Firma Benz hatte die Absicht, ihre Kupferschmiede als Monteur zu Schering zu schicken, welches Ansinnen jedoch von diesen abgelehnt wurde. Ebenso weigerten sich zwei Schlosser, welche schon längere Zeit bei Benz mit dem Aufstellen von chemischen Apparaten beschäftigt werden; nur ein Zimmereister fand sich bereit, den Versuch zu machen, die streikenden Kupferschmiede zu ersetzen. Er wurde beauftragt, einen Kupferstempel zu plattieren. In dieser Arbeit schien er nicht firm zu sein und zog es deshalb vor, zu seinem hilfsbereiten Chef zurückzukehren. Ende vergangener Woche erschien ein „Lokal-Anzeiger“ eine Annonce, nach welcher Kupferschmiede (Rohwerkbändler) verlangt wurden. Offerten unter Postamt 39 abzugeben. Es wird vermutet, daß die Annonce von Schering ausging. Wir ersuchen alle Kollegen, bei solchen Offerten vorzüglich zu sein und sich nicht für Schering anwerben zu lassen. Die Rohleger und Klempner ersuchen wir, Solidarität zu üben, wie solche von seiten der Kupferschmiede beim Rohlegerstreik geübt worden ist. Die Firma Seemann, Götlicher Ufer 9, hat am Sonnabend, den 23. April, ihren Kupferschmieden den Minimallohn des neuen Tarifs genehmigt, so daß nur noch bei der Firma Schering Differenzen wegen desselben bestehen.

Wachung, Metallarbeiter! Sämtliche Kollegen der Firma „Regina“, Große Frankfurterstr. 118, haben wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. — Zugang ist fernzuhalten.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Postlerer und Dekorateur zu Hagen in Westfalen sind, wie man uns von dort telegraphisch meldet, in einen Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Maler und Weißbinder in Frankfurt a. M. dauert weiter. Die freie Vereinigung der Maler- und Weißbindermeister verharret auf ihrem, bereits vor dem Streik gemachten Angebot und brach weitere Verhandlungen ab. 100 Firmen mit 700 Gehilfen haben die Forderungen bereits anerkannt. Darunter befinden sich 10 Firmen mit 200 Gehilfen, die der Arbeitgeberorganisation angehören. 500 Gehilfen befinden sich noch im Ausstande, 200 sind abgereist und anderweitig untergebracht. Die Arbeitgeber suchen die anderweitig untergebrachten wieder aus der Arbeit zu bringen, indem sie sich an die betreffenden Unternehmer wandten, die sich vom Streikkomitee Gehilfen holten, mit dem Ersuchen, diese Gehilfen wieder zu entlassen, sie hatten aber dabei wenig Glück. Die Situation für die Streikenden ist die denkbar günstigste. Die Arbeit drängt sehr, die Unternehmer suchen in den verschiedenen Tagesblättern und sogar in der „Schwäbischen Tagwacht“ Gehilfen. — Der Zugang ist daher auch fernerhin streng fernzuhalten. Alle arbeitstreuenblätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Stoffteure Nürnberg stehen in einer Lohnbewegung, die aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Tagen zum Streik führen wird. Schon vor mehreren Monaten haben sie den Unternehmern einen Tarif unterbreitet und Verhandlungen nachgesucht, wurden jedoch immer hingehalten. Nunmehr haben die Unternehmer ihrerseits den Gehilfen Bedingungen gestellt, die Verschlechterungen der bestehenden Verhältnisse herbeiführen würden und auf keinen Fall von den Gehilfen anerkannt werden können. Der Organisation gehören 280 Mitglieder an. Zugang ist streng fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

In der heutigen Abend Sitzung wurde die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Abg. Mallesch (L.) beantragt Streichung des Postens für Errichtung eines Gefängnisses in Gollnow. — Abgeordneter Rosenow (fr. Sp.) fordert Neuregelung des Anzeigenwesens bei öffentlichen Zwangsversteigerungen; ferner, daß von der vorzeitigen Entlassung zu Gefängnis Verurteilter häufiger Gebrauch gemacht werde.

Der Justizminister Schönstedt erklärt, daß von einem Recht vorzeitiger Entlassung keine Rede sein kann, letztere kann nur unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände eintreten. — Die Gerichtsbeschlüsse seien angeordnet, die Versteigerungsanzeigen in den gelesesten Blättern zu veröffentlichen.

Der Antrag Mallesch wird abgelehnt. Beim Etat des Ministeriums des Innern wünscht Abg. Gamp (fr.) bei Gewährung des Ehrensoldes an Veteranen möglichst Milde walten zu lassen.

Minister Herr. v. Hammerstein sagt wohlwollende Berücksichtigung zu.

Sodann wendet sich Abg. Dr. Cassel (fr. Sp.) gegen die vom Abg. v. Jellby bei der zweiten Beratung aufgestellten Behauptungen, daß die freimüthigen Kommunalverwaltungen Parteipolitik treiben.

Abg. Schiffer (natl.) stellt fest, daß in zwei Jahren 70 Polizeiverordnungen in Preußen vom Kammer- und Ober-Verwaltungsgericht für ungültig erklärt wurden.

Minister Herr. v. Hammerstein giebt dies zu, stellt aber in Abrede, daß sich die Polizeibehörden mutwillig über bestehende Rechtsgrundlagen hinwegsetzen.

Schluß 10 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Weiterberatung des Etats, vorher Antrag Savigny betr. Stilllegung von Bergwerksgruben.

Budapest, 25. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier ist ein allgemeiner Streik der Ruffen ausgebrochen. Hilfe ist dringend nötig. Sendungen sind zu richten an die „Kollstimme“ (Schönher), Joseph-Ring 18.

Zur Lage des Eisenbahnerstreiks.

Budapest, 25. April. (B. H.) Die Situation bleibt fortgesetzt hochgepannt. Heute Abend halten sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses Konferenz ab, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Falls die Sozialisten den Generalstreik für das ganze Land proklamieren sollten, wird die Regierung mit der Verhängung des Ausnahmezustandes antworten.

Budapest, 25. April. (B. L. B.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen die sieben verhafteten Mitglieder des Streikkomitees Anklage wegen Aufforderung zur Verweigerung der Amtspflichten erhoben. Der Ingenieur Komlosh, welcher auch Mitglied des Streikkomitees ist, hat sich selbst gestellt, der Beamte Potinceg wurde verhaftet. Ferner wurden 89 Beamte des Kaiserpalast-Rangierbahnhofs, welcher den Ausgangspunkt des Ausstandes bildete, der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Englisches Unterhaus.

London, 25. April. (B. L. B.) Der Staatssekretär für Indien Brodrick erklärt, die Tibet-Expedition rüde nicht über Ghangtse hinaus vor. Vom Dalai-Lama sei keine Antwort eingegangen.

Auf eine Anfrage über die Lage der Baumwollenspinndindustrie führt Ministerpräsident Balfour aus, die Regierung wende dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu, habe aber Bedenken, ob es zweckmäßig sei, über die Spekulationen in Baumwolle eine internationale Konferenz nach England einzuberufen, weil es zweifelhaft sei, ob man durch die Beschaffung irgend etwas gutes erreichen werde. Allerdings gebe es wahrscheinlich viele Punkte, in welchen die englischen Baumwollenspinndindustrianten mit denjenigen des Kontinents gemeinsame Interessen hätten, und wenn eine weitere Untersuchung diese Ansicht bestätigen sollte, würde die Regierung alles mögliche thun, um einen Meinungsanstand zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie in England und auf dem Kontinent zu fördern.

Leipzig, 25. April. (B. L. B.) Das Reichsgericht hat das Urteil des Schwurgerichts in Raumburg, durch welches der Danier Fritz Prange aus Weissenfels durch Depotunterstellungen in sechs Jahren zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, in der Revisionsinstanz aufgehoben.

Paris, 25. April. (B. L. B.) Der Akademiker Octave Gobard ist heute gestorben.

Toulon, 25. April. (B. L. B.) Drei Kriegsschiffe sind wegen des Ausstandes in Marseille dorthin und nach Nizza entsendet worden, um den Postdienst mit Algier, Tunis und Korsika zu versehen.

London, 25. April. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Petersburg: Zwei als chinesische Bettler verkleidete Japaner versuchten den Generaluropatkin bei dessen jüngstem Besuche in Kurzhwang zu ermorden. Es gelang ihnen, sich Kurpatkin zu nähern. Einer der beiden Kosaken in Kurpatkins Begleitung bemerkte, wie einer der Männer die Hand ins Kleid steckte, worauf er ihn zu Boden schlug. Man durchsuchte die Männer, welche falsche Pässe trugen, und fand Messer in ihrem Besitz.

Tokio, 25. April. (Meldung des Reuterischen Bureau.) Das russische Wladivostok-Geschwader ist nach langer Zeit der Unthätigkeit heute früh plötzlich vor Genfan erschienen, wo es den 1800 Tonnen großen japanischen Handelsdampfer „Gocho-Maru“ in Grund bohrte. Ein heute von Genfan abgegangenes kurzes Telegramm besagt, daß drei russische Kreuzer in den Hafen eingelassen seien und sich zur Zeit der Aufgabe des Telegramms dort noch befanden hätten. Die Ankunft der Schiffe habe in der ohne Schuß befindlichen japanischen Kolonie große Bestürzung hervorgerufen. Hier glaubt man, daß die Bewegung der Schiffe in der Hoffnung erfolgt sei, unbefähigte japanische Kreuzerschiffe wegzunehmen. Man vermutet, daß die Schiffe nicht lange in Genfan geblieben seien.

Reichstag.

75. Sitzung, Montag, den 25. April 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kolonialdirektor Dr. Stäbel, Stengel und Freiherr v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Progoro.

Kolonialdirektor Dr. Stäbel:

Die verbandelten Regierungen haben die Vorlage, die aus der vorjährigen Legislaturperiode liegen geblieben ist, wieder eingebracht, weil sie den Bau dieser Bahn für eine unbedingte Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung unseres ostafrikanischen Schutzgebietes ansehen. Eine Abänderung ist infolgedessen vorgenommen worden, als die zu erbauende Eisenbahn für die eine Spurweite von 1,06 Meter vorgegeben war, nunmehr eine Spurweite von 0,75 Meter erhalten soll. Wir sehen, daß dem Verkehrsbedürfnis des Schutzgebietes auch durch eine Eisenbahn mit geringerer Spurweite genügt werden würde. Auch der Gouverneur des Schutzgebietes hat sich mit der geringeren Spurweite einverstanden erklärt. Nach jahreslangem Urteil würden dadurch die Baukosten um 1/3, d. h. das Kapital um 18 1/2 Millionen und die vom Reich zu garantierende Zinssumme auf 630 000 M. herabgesetzt werden. Ich weiß, daß die gewählte engere Spurweite für viele Mitglieder des Hauses ein Stein des Anstoßes sein wird. Auch wir betrachten sie lediglich als eine Konzession an die Finanzlage des Reiches und die Sparfamkeit dieses hohen Hauses. Sollten wir uns geirrt haben, sollte der Reichstag freigelegter sein, als wir es in kolonialen Dingen von ihm gewohnt sind, so würden wir gern eine größere Spurweite acceptieren. Jedenfalls hoffe ich auf eine Einigung in der Kommission. Bevor ich das Schicksal der Vorlage in Ihre Hand lege, möchte ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung lenken, die diese Bahn für unsere Kolonie hat. Ostafrika ist zweimal so groß wie Deutschland. Von Natur mit Verkehrsmitteln fastmütterlich ausgestattet, bietet es uns nicht einmal die Verkehrsmittel zweiten Ranges. Denn der Verkehr mit Wagen und Jugtieren wird durch die schweren Viehschleppen unmöglich gemacht, die in dem Küstenstrich herrschen. Wenn es in unserer Zeit überhaupt schwer möglich ist, ein so großes Gebiet ohne Eisenbahnen zu erschließen, so ist es in diesem Falle ganz unmöglich. Der Landstrich an der Küste ist nicht hervorragend fruchtbar; wertvollere Kulturen lassen sich nur in den Gebirgsgebieten ziehen, in denen reichlichere Niederschläge fallen. Ferner ist der Küstenstrich durch die jahrhundertlange Sklavenjagd der Araber stark entvölkert. Die einzige bestehende Kleinbahn, die wir dort haben, hat die Absatzmöglichkeit schon bedeutend verbessert. Man wird gegen den Einwurf einwenden, daß Ostafrika ein wüstes Land ist, aus dem nichts herauszuholen ist. Gewiß macht es vielfach noch den Eindruck eines armen Landes, aber weder Klima noch Bodenbeschaffenheit stehen einer unbegrenzten Zunahme der Bevölkerung und dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes entgegen. Hervorragende Sachkenner, wie Professor Hans Meyer, haben sich in diesem Sinne geäußert. Auch eine Petition der deutschen Baumwollfabrikanten tritt lebhaft für die Bahn ein. Die amerikanische Baumwollproduktion kann von Jahr zu Jahr weniger den deutschen Markt versorgen.

Die deutsche Baumwollindustrie müßte ihre Fabriken schließen, wenn nicht bald neue Baumwollquellen eröffnet werden. Immer mehr gestaltet sich der Bezug der Baumwolle zu einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den amerikanischen Produzenten, die schon jetzt genug liefern müssen. Da ist es eine Frage, wie weit wir den Schaden schon jetzt vorzubeugen. Wenn aber von den 20 Millionen, die für Baumwolle jährlich von uns an Amerika gezahlt werden, nur ein geringer Teil auf unsere Kolonien entfiel, so wäre das weitaus größte Vorteil. Die Bahn ist ferner nötig zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Kolonien. Es entspricht dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit in den Schutzgebieten, möglichst kleine Militärmächte mit möglichst großer Beweglichkeit zu halten, ein Prinzip, das die englischen Minister in Presse und Parlament stets verteidigt haben. Hätten wir in Südwestafrika eine entsprechende Eisenbahnlinie gehabt, so hätten die nach dem Süden abgezogenen Truppen in einem Tage im Norden sein können. Den Hereros wäre es nie eingefallen sich zu erheben, und wir hätten Millionen gespart. Die in Südwestafrika vorhandene Eisenbahn hat zur Einschränkung des Aufstandes wesentlich beigetragen und leistet uns bei seiner Niederwerfung die besten Dienste. Die Eisenbahn in Ostafrika ist auch in sanitärer Beziehung von hoher Bedeutung, da sie in wenigen Stunden aus dem ungesunden Küstenstrich in gesunde Gebirgsgegenden führen würde. Auch hat sich kein Missionar gegen den Bau der Eisenbahn erklärt. Die Rentabilität der Bahn läßt sich zahlenmäßig natürlich nicht beweisen. Aber auch bei uns in Deutschland gab es vor 70, 80 Jahren Leute, die andröhnten, daß sich die deutschen Eisenbahnen nie rentieren würden. Hätten wir den Bau der deutschen Eisenbahnen vom Rentabilitätsnachweis abhängig gemacht, dann würden wir mit dem Eisenbahnbau in Deutschland heute noch zu beginnen haben. Auch die finanzielle Belastung unseres ostafrikanischen Schutzgebietes würde durch den Eisenbahnbau indirekt gefördert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie würde erhöhte Einnahmen aus Zöllen und Steuern bringen. Der Bahnbau würde auch auf militärischem Gebiet zu Ersparnissen führen. Der Gouverneur berechnet, daß wir durch den Bahnbau mindestens eine Schutztruppencompagnie, das sind 118 000 Mark jährlich, ersparen würden. Was die finanzielle Belastung des Reiches anlangt, so kommt eine Garantie für Zinsen und die Amortisationsquote in Höhe von 630 000 M. auf die Zeit von 87 Jahren in Betracht. Die erstmalige Verpflichtung würde aber erst im Jahre 1908 eintreten. Nach 25 bis 30 Jahren würde die Rentabilität der Bahn eintreten und damit die Zahlungspflichtigkeit des Reiches ganz aufhören. Die Bahn soll eine Länge von 290 Kilometer erhalten; sie wird fruchtbare Länder anschließen und die kulturfähigen Hochländer mit der Küste verbinden. Die Vorlage hat aber noch eine weitere Bedeutung. Es wird damit der Anfang gemacht, daß sich das deutsche Kapital mehr als bisher an der Aufschüttung der Kolonien beteiligt. Findet das Kapital dabei seinen Vorteil, so wird künftig keine Zinsgarantie mehr notwendig sein, um es anzulocken. Nur wenn wir die Verkehrsverhältnisse verbessern, besteht die Möglichkeit, daß Ostafrika aus einer Belastung für uns eine Stütze für die wirtschaftliche Weltstellung Deutschlands werden wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (L.):

Ich bin kein Kolonialwärmer. Meine politischen Freunde sind wie ich immer bemüht gewesen, alle Kolonialforderungen ruhig, nüchtern und objektiv zu behandeln. Wir stehen jetzt mitten in dem südwestafrikanischen Aufstand, der außerordentliche Kosten verursacht. Wenn in einem solchen Augenblick eine derartige Vorlage kommt, liegt es nahe, sich die prinzipielle Frage vorzulegen: Wollen wir Kolonien oder nicht? Viele Leute behaupten, es wäre besser gewesen, wenn Deutschland überhaupt nicht Kolonien erworben hätte. (Sehr richtig! im Centrum.) Unter den bewährtesten Diplomaten der alten Schule giebt es Männer, die die lebhaftesten Bedenken gegen die Erwerbung von Kolonien gehabt haben. Als wir die ersten Wirren in Samoa hatten, meinte ein Diplomat unserer alten Schule: „Wenn doch dieses unglückselige Samoa nie entdeckt worden wäre.“ Es ist für ein großes Reich nicht erforderlich, Kolonien

zu haben. So hat z. B. Oesterreich gar keine Kolonien. Die Reibungsflächen mit andern Regierungen, mit andern Seemächten würden vermindert, unsere Politik könnte sich in ruhigeren Bahnen bewegen, wenn wir uns nicht um jeden Kanonenschuß in Transvaal aufregen bräuchten. Wir hätten auch sehr gut an der Flotte sparen können (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), aber die Entwicklung ist eben eine andre gewesen. Wir haben die Kolonien, und was sollen wir nun mit ihnen anfangen? Diejenigen, die damals Gegner ihrer Erwerbung waren und auch heute noch im Grunde ihres Herzens gegen sie sind, werden auch nicht der Ansicht sein, daß wir sie veräußern sollen. Da am wenigsten kolonialfreundliche Partei, die Sozialdemokratie, würde doch auch nicht den Antrag stellen, daß wir die Kolonien verkaufen sollen. Wenn wir sie also behalten wollen, so müssen wir sie in anderer Weise nutzbar machen als bisher, denn der bisherige Zustand ist sehr unersreulich. (Lebhaftes allgemeines „Sehr wahr!“) Wir müssen jährlich viele Millionen ausgeben und erleben wenig Freude an den Kolonien. (Ironisches „Sehr gut!“ bei den Sozialdemokraten.) Darum aber müssen wir für die Kolonien mehr thun, oder auf sie verzichten. Das Hauptmoment für die wirtschaftliche Entwicklung ist nun das Verkehrsnetz; am besten wäre natürlich ein schiffbarer Fluß. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Kanalvorlage! — Große Heiterkeit.) Aber leider haben wir den nicht. Ich bedauere, daß die Regierung jetzt nicht einfach die Beschlässe der vorjährigen Budgetkommission vorgelegt hat, denen damals auch Herr Müller-Judla zugestimmt hat. Dann wäre eine weitere Kommissionsberatung überflüssig gewesen. Noch mehr wie die Aenderung der Vorlage bedauern wir, daß sie auf Wunsch der Bankinstitute geändert worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Gegner wird man durch die Ersparnis auch nicht gewinnen. Schon mit Rücksicht auf die Erfahrungen Englands und den eventuellen Anschluß unserer Bahnen an das englische Eisenbahnnetz bitte ich Sie, die alten Beschlässe der Budgetkommission wieder aufzunehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frs. Sp.):

Der Kolonialdirektor hat sich heute mit derselben Entschiedenheit für eine schmalspurige Bahn ausgesprochen wie 1901 für eine breitspurige. Ueber den Grund dieser Sinnesänderung erfahren wir nichts. So einfach können wir uns doch mit der „Meinung“ des Kolonialdirektors nicht abfinden lassen. Jetzt spricht man von den 20 Proz. Ersparnis, damals — 1901 — erklärte man, daß eine schmalspurige Bahn überhaupt nicht auf Einnahmen zu rechnen hätte.

Der gegenwärtige Moment ist wohl der ungeeignetste für diese Vorlage. Abgesehen von den sehr ungünstigen allgemeinen Finanzverhältnissen sollte doch der Hereros-Aufstand und vor allem die Verhältnisse der Ostafrika in Frage kommen, einnehmen. Jede neue Belastung des Reiches zu verweigern und jedes neue Unternehmen von weittragender Bedeutung in unseren Kolonien vorläufig zu unterlassen. Wir haben uns bisher einer Kritik der Vorgänge in Südwestafrika enthalten. Aber sicherlich wird es später die Pflicht des hohen Hauses sein, mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu prüfen, inwieweit unsere Kolonialverwaltung schuld an den Unruhen ist. Ich will nur auf einen Satz aus den rheinischen Missionsberichten hinweisen, in dem der Regierung vorgeworfen wird, daß sie die materiellen, egoistischen Interessen der allgemeinen, menschlichen Grundgesetze der Sittlichkeit übergeordnet habe. Auch von verschiedenen Seiten, die bereit sind, jede Forderung für die Kolonien zu bewilligen, ist das Kolonialsystem gezeigelt worden. Da müssen wir uns doch wirklich fragen, ob es sich empfiehlt, weiter extensive Kolonialwirtschaft zu treiben, Bahnen zu bauen und zu betreiben, wirtschaftliche Betriebe in ihrer Nähe zu errichten, oder ob nicht vielmehr eine intensive Kolonialwirtschaft anzubahnen ist. Ich sehe jetzt ganz ab von der grundsätzlich ablehnenden Haltung, die wir zu aller Kolonialpolitik, soweit Afrika in Frage kommt, einnehmen. Aber auch von anderen Standpunkten aus muß ich den jetzigen Augenblick für den unzumutbarsten erachten. Seitdem die Vorlage uns zum letzten Mal beschäftigt, ist der Kurs der deutschen Staatspapiere um weitere 3 Prozent gesunken. Der Reichskredit wird durch die Uebernahme der Garantie ebenfalls belastet, wie durch die direkte Ausgabe von Reichskonsols. Verpflichtet doch die jetzige Vorlage nicht nur dazu, den Anteilseignern der zu begründenden Gesellschaft Zinsen zu zahlen, sondern auch dazu, das Anlagkapital zu amortisieren und zwar 20 Proz. über den Nominalbetrag. Dabei ist es nach den Erfahrungen mit den afrikanischen Bahnen noch sehr zweifelhaft, ob das veranschlagte Anlagkapital ausreichend sein wird. Ueber die Rentabilität der Bahn sagt die Deutsche Bank in ihrem Prospekt, daß 10 Jahre erforderlich seien, um diejenigen Unternehmungen an die Bahn heranzuziehen, die ihr eine entsprechende Alimentierung mit Frachten sichern könnten. So oft man von uns verlangt, bedeutende Summen in Afrika hineinzuwerfen, kommt immer die Redensart von der Fruchtbarkeit des Landes. (Sehr richtig! links.) Wir können uns ja nur schwer ein Bild davon machen, aber thatsächlich ist die Gegend doch sehr schwach bevölkert, und die bisherigen Kulturversuche haben zu dauernd befriedigendem Resultate nicht geführt.

Sind wir wirklich in der Lage, für den Bau einer solchen Bahn Gelder zu bewilligen in einer Zeit, wo von einer kolonialfreundlichen Partei eine Interpellation eingebracht werden muß, um die Passionsgeheubung für Offiziere zu beschleunigen, wo dringende Wünsche auf Erhöhung von Beamtengehältern zurückgestellt werden müssen mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage? Wenn die Bahn wirklich rentabel ist, wozu dann die Garantie des Reiches? (Sehr richtig! links.) Ich betrachte es als selbstverständlich, daß die Vorlage in der Budgetkommission auf das sorgfältigste beraten wird. Der Herr Kolonialdirektor verwies darauf, daß die Vorlage schon wiederholt den Reichstag beschäftigt hat, ich hoffe, daß er sie auch wiederholt begutachtet wird. (Bravo! links.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (L.):

Diesem Schlußwunsche des Herrn Vorredners kam ich mich nicht anschließen. Herr Müller-Sagan hat zwar selbst eine intensive Kolonialpolitik bestritten, aber gerade dieser Bahnbau, den er erwähnt, ist dazu bestimmt, der extensiven Kolonialpolitik, mit der wir gründlich Pöbel gemacht haben, ein Ende zu machen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Verhältnisse liegen dort außerordentlich günstig für einen Bahnbau. Wir begrüßen die Vorlage als ersten Schritt in der neuen Ära, die der Herr Reichsfinanzminister neulich als Folge des Aufstandes in Südwestafrika ankündigte. Statt für die Sandwüste Südwestafrika hätte man das Geld besser für Ostafrika verwandt. Ostafrika ist von eminentester Fruchtbarkeit, wir können dort alles ziehen, was wir wollen. Die bisherige Art der Kolonisation Ostafrikas war verfehlt. Man hat nur Militärstationen gebaut, aber für die innere Kolonisation des Landes ist nichts geschehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Engländer haben eine Eisenbahn von Rombassa nach dem Victoria-Niangusee gebaut, die weit über 100 Millionen gekostet hat. Die Engländer wissen, was sie thun und werfen kein Geld fort. Ihr Bahnbau leitet den gesamten Handel des Niangusee von Ostafrika ab. Dagegen kann uns nur der projektierte Bahnbau helfen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf Arnim (Frs.): Das Bild, das der Herr Vorredner von der für den Bahnbau in Betracht kommenden Gegend entwarf, war sehr zutreffend und sehr überzeugend. Wenn Herr Müller-Sagan auf die schlechte Finanzlage hinwies, so hat er übersehen, daß nach dieser Vorlage das Reich ja erst 1908 zu zahlen hat. Möge Herr Müller-Sagan für das recht baldige Inkrafttreten des neuen Posttarifs eintreten, dann wird sich die Finanzlage des Reiches bald bessern.

Das Wichtigste zur Förderung der Kolonien ist, daß wir die Regier kultivieren und an Arbeit gewöhnen. Sehr entwicklungsfähig ist die Baumwollproduktion in Ostafrika. Redner legt einige Proben solcher Baumwolle auf den Tisch des Hauses nieder. Die Bahn würde bedeutende Erparnisse bringen; vor allem würden sich die Transportkosten ganz erheblich vermindern. Gewundert habe ich mich, daß die Schmalspurbreite anstatt der Kapspurweite für die Bahn gewählt ist. Dies haben nicht einmal die Gegner der Bahn bisher verlangt. Zweifelloos ist, daß die Bahn mit der breiteren Spurweite viel leistungsfähiger sein würde. — Mögen die Herren uns den Dampf bewilligen, dann werden wir schon vorwärts kommen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Die traurige Finanzlage ist uns gewiß allen bekannt; trotzdem aber halten wir es für absolut notwendig, diese Bahn zu bauen, die in der That geeignet ist, Deutsch-Ostafrika wirtschaftlich und kulturell zu heben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir haben die Schmelze in der Kolonie abgeschafft und die kulturelle Entwicklung angebahnt. Jetzt dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Es mangelt in Deutsch-Ostafrika an Jungtieren, die große Lasten auf weite Reisen befördern können; daher ist die Bahn eine dringende Notwendigkeit. Wir sind in eine Zeit kolonialpolitischer Niederganges hineingeraten; denn die Produkte der Kolonien sind alle in unerhörtestem Maße im Preise gefallen. Die Finanzkrise, die die Bahn bauen wollen, sind kapitalkräftig und haben ein Interesse daran, daß das im Bahnbau investierte Kapital nicht verloren geht. Sie werden ihrerseits alles thun, um den Unternehmungsgeist in der Kolonie zu fördern. — Es wäre richtiger, eine Bahn mit breiterer Spurweite zu bauen, als die geplante schmalspurige Bahn, deren Herstellung billiger, deren Betrieb aber unstreitig teurer sein wird und die bei gesteigertem Verkehr nicht ausreichen würde. Da können die 100 000 M., die das Reich mehr an Zinsgarantie jährlich zu zahlen hätte, nicht in Betracht kommen. Es bleibt in der Kommission ernsthaft zu erwägen, ob wir nicht doch den Vertrag ändern und lieber die breitspurige Bahn bauen lassen sollen. Neben dem Bahnbau muß für gute Kommunikationswege im Innern gesorgt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (Frs. Vg.):

Wer sich an die früheren Verhandlungen über den Bahnbau erinnert, wird einigermassen erstaunt sein. Während früher heftiger Widerstand laut wurde, hat heute bisher nur ein Redner gegen die Vorlage gesprochen. Allerdings ist der Umstand in Betracht zu ziehen, daß zwei gewichtige Gegner des Projekts heute fehlen, der Abg. Richter und der Abg. Webel, der heute verhindert ist, hier zu sein. Wir werden aber die Reden wohl noch bei anderer Gelegenheit zu hören bekommen. Zwei Einwände sind nun erhoben worden. Einmal der prinzipielle, daß aus unsern Kolonien doch nichts wird. Nun wissen wir, daß im Lande zwar weite Strecken wüst sind; die meisten aber sind gesunder Entwicklung durchaus fähig. Wollen wir sie aber intensiv entwickeln, so daß Plantagenbau und Landwirtschaft betrieben werden können, nicht nur Viehzucht wie in Südwestafrika, so müssen wir Bahnen bauen, und es war ein großer Fehler, daß wir sie nicht schon vor acht Jahren gebaut haben. Und da sollten wir uns von dem praktischen Bedenken, der schlechten Finanzlage, zurückhalten lassen? In den ersten drei Jahren zahlt die Reichskasse ja sowieso nichts, was nicht wieder zurückgezahlt würde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und wenn wir mit der geringen Spurweite auf lange Zeit auskommen können, so wollen wir doch die nehmen. Für den gegenwärtigen Verkehr brauchen wir noch keine 0,75 Meter Spurweite. Entscheidend ist übrigens die Frage der Spurweite für sich nicht. — Zum Schluß noch ein Wort über die Produkte, die wir dort herbeiziehen können. Die Regier sind bereits an Landwirtschaft gewöhnt, und zwischen den einzelnen Teilen des Landes selbst wird ein reger Austausch der Waren stattfinden können. Jedenfalls hoffe ich, daß wir in der Kommission zu einer Einigung und zur Annahme der Vorlage gelangen. (Bravo! rechts und bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Ledebour (Soc.):

Wir haben gar nichts dagegen, daß in Ostafrika Bahnen gebaut werden, aber sehr viel dagegen, daß sie auf Kosten der deutschen Steuerzahler gebaut werden, und daraus kommt diese Vorlage doch hinaus. Bei uns in Deutschland sind wir ja für den Staatsbetrieb der Eisenbahnen, aber in Afrika liegen die Verhältnisse doch so, daß in den dortigen „blühenden Oasen“ nach unserer Ansicht der Bahnbau ganz unrentabel ist. Den entbehrlichen Versicherungen von Freunden kolonialer Unternehmungen stehen wir außerordentlich skeptisch gegenüber. Wenn wirklich die Versicherung des Abg. Schwarze wahr ist, daß man dort alles mögliche bauen könnte, so bin ich sehr überzeugt, daß die Unternehmer, die Kapitalisten in Deutschland, sich zu einem so außerordentlich lukrativen Geschäft wie den Bahnbau und den Plantagenbetrieb in Ostafrika, drängen würden, ohne daß das Geld ihnen von Reichswegen gegeben werden muß. Und wenn die Herren Schwarze und v. Arnim wirklich so überzeugt sind von der außerordentlich wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit Ostafrikas, so mögen sie den Hauber ihrer Verehrsamkeit auf die Kapitalisten wirken lassen und einmal an die Börse und die Handelskammern gehen. Graf Arnim wies darauf hin, daß die Handelskammer sich bereit erklärt hätte, an dem Bahnbau mitzuwirken. Wozu? Alle diese Kapazitäten aus dem Handelsgewerbe strengen nicht selbst ihre Kräfte an, sondern wollen nur dazu mitwirken, um den deutschen Reichstag und die deutsche Reichsregierung zu veranlassen, daß sie das Geld dafür hergeben; denn nach dem vorgelegten Gesetzentwurf wird das Geld zwar von den Kapitalisten aufgebracht, aber sie erhalten die Zinsen und eine Rückzahlung mit 20 Prozent Zuschlag garantiert, haben also überhaupt kein Risiko, sondern bekommen ihr Geld sicher zurück. Außerdem wird dieser Eisenbahngesellschaft noch ein enormes Landgebiet geschenkt; sie erhält für jedes Kilometer Eisenbahn 2000 Hektar Land in unmittelbarer Nähe der Bahn. Sie selbst darf sich das Land aussuchen, vorausgesetzt, daß die deutsche Reichsregierung es nicht schon vorher für sich in Beschlag genommen hat. Im ganzen sind es also 400 000 Hektar, die dieser Eisenbahngesellschaft als Geschenk überwiesen werden. Da kommen wir auf den Kern der Sache. Es ist keine Eisenbahngesellschaft, sondern eine Landpekulationsgesellschaft. Wenn man dieser Gesellschaft 400 000 Hektar als Bodennittel giebt, dann sollte man doch eigentlich erwarten, daß sie selbst die Eisenbahn in Szene setzt ohne Reichsgarantie, noch dazu in einer so entwicklungsfähigen Gegend, wie sie Graf Arnim geschildert hat. Nach Ablauf der Konzession geht das gesamte Unternehmen schuldenfrei auf das Reich über, aber das geschenkte Land bleibt der Gesellschaft zur freien Verfügung. Aus all diesen Gründen halten wir es für absolut unzulässig, daß der Reichstag zum Projekt seine Zustimmung giebt und werden dagegen stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dabach (L.): Die Centrumsfraction hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, ich spreche also nur für meine Person. Es ist früher stets behauptet worden, daß die Bahn überhaupt nur rentabel werden könnte, wenn sie zu der sogenannten Centralbahn ausgebaut würde. Erst später ist man auf die jetzt projektierte Nebenbahn gekommen. Daher sind wir mit Recht dem neuen Projekt gegenüber vorsichtig. Es wäre ja sehr schön, wenn die deutsche Baumwollindustrie ihre Baumwolle aus einer deutschen Kolonie beziehen könnte, bisher aber hat diese Industrie noch keinen Finger gerührt, um etwas für die Entwicklung der Kolonie zu thun; Sie können sich ja wegen des Widerstandes der Brantweinbrenner nicht einmal entschließen, die Verbreitung der Brantweinpest in den Kolonien zu verhindern. Glauben Sie doch nicht, daß Sie uns mit der billigeren und bequemeren Transportmöglichkeit für Missionare loben können.

Wir werden die Vorlage in der Kommission sehr gründlich prüfen. (Beizeugtes Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Bei den ausgezeichneten Ausführungen des Abg. Schwabe sah ich schon im Geiste als Lokomotivführer von Dar-es-salam abfahren; leider ist seitdem der Abg. Dasbach als Bremser aufgetreten. (Heiterkeit.) Mit der Fortsetzung zu den Seen hat er recht und unrecht. Geplant wird sie aber doch nur, im Falle dieser eifrigen Versuch einer Teilbahn gelingt. Abg. Ledebour tabelte die Landzonen ab; aber entweder hat er mit der Auffassung recht, daß das Land wertlos ist, dann schadet sie nichts, oder das Land wird Gewinn bringen, dann schadet uns die Zinsgarantie nichts, hat nur formelle Bedeutung. Es ist ja schade, daß gerade, wo Südwestafrika sich mit Hilfe der Bahn günstiger zu entwickeln begann, der Lufthaus ausbrach. Ich glaube aber, daß er mit gerade dieser Entwicklung sehr viel enger zusammenhängt als mit der Habacht der Händler, die eine so löbliche Rolle in den Debatten spielt. Tief bedauerlich ist, daß die Kolonialverwaltung aus falscher Sparamkeit die Spurtweite geändert und Kommissionsberatung dadurch notwendig gemacht hat. Und diese Verwicklung und Gefährdung der wichtigen Vorlage nur deshalb, weil die von der Bankfirma protegierte Bahnbau-Gesellschaft auf 0,75 Meter-Bahnen besser eingerichtet ist als auf die Kapspurbahnen. (Hört! hört!) Ich hoffe, daß nach Befestigung dieses Fehlers die Vorlage noch in dieser Session verabschiedet wird. (Bravo! rechts.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Vorwürfe des Abg. Dr. Arendt sind gänzlich unberechtigt. Bei der Wahl der Spurtweite haben wir uns in keiner Weise von den Interessen irgend einer Bahnbau-Gesellschaft leiten lassen, wir wollten die Annahme der Vorlage nur erleichtern.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Herr Dr. Arendt ist mit der ihm eigenen Großspürigkeit für die breitspurige Bahn eingetreten. (Heiterkeit.) Es ist aber selbstverständlich, daß wir möglichst billig wirtschaften. Tragisch ist sein Vorwurf gegen den Kolonialdirektor jedenfalls nicht zu nehmen, da fast alle andern Parteien sich mit der Spurtweite einverstanden erklärt haben. Der Unterschied zwischen Herrn Schrader und mir liegt darin, daß ich meine, man darf nicht solche Aufwendungen auf Kosten der Steuerzahler machen. Ob das in Form von direkten Ausgaben oder einer Garantie geschieht, bleibt sich in letzter Linie ganz gleich. Herr Schrader meinte, die Eisenbahn würde zur Befestigung von Krankheiten beitragen. Umgekehrt kann ich als Biologe auch sagen, daß sie möglicherweise auch zur Ausbreitung von Krankheiten führen kann. Ist nicht die Reblaus zum größten Teil durch Verkehrsmittel verbreitet worden? Was die Versorgung unserer Spinner mit Baumwolle betrifft, so ist es zu zweifelhaft, ob die dortige Baumwolle sich für unsere Industrie überhaupt eignet. Jedenfalls wird jeder Fabrikant, ohne zu fragen, ob die Baumwolle aus einem deutschen Schutzgebiet oder einer andern Kolonie kommt, da seine Ware kaufen, wo er sie am besten und billigsten bekommt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Schrader (fr. Sp.): Wir sind für die Reichsgarantie, nicht weil die Kolonie schon jetzt besonders günstig entwickelt ist, sondern damit sie sich in absehbarer Zukunft günstig entwickelt. Die Reichsgarantie ist eine traurige Notwendigkeit. Nach dem Verlauf der Debatte glaube ich, daß die Aussichten für das Zustandekommen der Garantie weit günstiger sind als früher. Ich habe früher aus den Kreisen des Centrum keine so warme Befürwortung wie heute gehört, und der Widerspruch des Herrn Dasbach schien mir auch nicht so böse gemeint.

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Dr. Arendt meinte, die Garantie sei nötig, weil das Kapital sonst nicht zu beschaffen sei. Das bestreite ich nicht, aber ich bestreite, daß die deutschen Steuerzahler nötig haben, Kapital für derartige Zwecke zu beschaffen. Wenn die Entwicklungsmöglichkeit nur halbwegs so ist, wie sie geschildert wird, so hätte doch die Regierung den Versuch machen müssen, mit dem Geschenk von 400 000 Hektar Landes das Privatkapital heranzulocken. Vor allem hätte die Baumwollindustrie, von der heute gefagt wurde, sie müßte die Fabriken schließen und die Arbeiter entlassen, wenn sie nicht aus Ostafrika Baumwolle bekäme, sich an diesen Versuchen beteiligen müssen, und das sind sehr kapitalkräftige Leute. Entweder sind die Verhältnisse wirklich so günstig, wie man sie und schildert, dann ist die Garantie nicht nötig, oder sie sind ungünstig, dann ist es weggeworfenes Geld und es ist ungenehmlich, den deutschen Steuerzahlern diese Garantie zuzumuten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr. die Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo zum Zweck des Baues einer Eisenbahn von Lome nach Palimbe.

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Die verbündeten Regierungen treten mit diesem Gesetzentwurf an das hohe Haus zum erstenmal mit dem Besseren heran, die Mittel für eine Kolonie durch eine 3/4-prozentige Anleihe von acht Millionen Mark mit Reichsgarantie aufzubringen und damit in die deutschen Finanzen ein neues Element einzuführen. Diefem Entschluß liegen Erwägungen schwer wiegender Natur zu Grunde. Die bisherige Praxis des Vahnbauens in den Kolonien hat zwar einen unverkennbaren Vorteil. Aber sie stellt an die finanziellen Kräfte der Schutzgebiete Anforderungen, denen diese unmöglich gewachsen sind, sie zwingt auch das Reich zu fortwährenden erheblichen Zuschüssen und läßt eine gedeihliche Fortführung des Eisenbahnbauens nicht ankommen. Es ist nicht einzusehen, warum gerade den deutschen Schutzgebieten der Weg der Anleihe zu diesem Zweck verschlossen bleiben soll, wo doch die großen Kolonialstaaten England und Frankreich diesen Weg ausgiebig benutzt haben. Diese Kolonialanleihe kann keinen schwerwiegenden Bedenken begegnen, wenn das Schutzgebiet nach dem Stand seiner Finanzen die Verzinsung und Amortisation der Anleihe aus den eigenen Einnahmen aufzubringen in der Lage ist. Togo hat unter den deutschen Kolonien von jeder eine bevorzugte Stellung eingenommen. Einen Reichszuschuß hat es überhaupt nur für vier Jahre beansprucht. Dieser Zuschuß ist im wesentlichen zu produktiven Anlagen verwendet worden. Seit 1902 ist Togo selbständig. Dieses Defizit wird nicht etwa vorangehenden besonders günstigen Umständen verdankt, sondern beruht auf der Tatsache, daß das Land unter deutscher Verwaltung in einen Zustand ruhiger und gesunder Entwicklung gelangt ist.

Eine erhebliche Steigerung der Ausgaben wird nicht mehr stattfinden. Die Zinsen und Amortisation der Anleihe sollen vor allem durch eine allgemeine Erhöhung der Eingangszölle auf ca. 10 Proz. des Wertes aufgebracht werden. Im meisten werden die Spirituosen herangezogen. Man sucht die Togo-Anleihe zu diskreditieren unter Hinweis auf den mißglückten Versuch, eine Anleihe für das Schutzgebiet Kamerun aufzunehmen. Ein Vergleich zwischen den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen von Kamerun im Jahre 1892 und denen von Togo im Jahre 1904 ist absolut unmöglich. Was die Form der Anleihe anlangt, so wären drei Wege denkbar gewesen: 1. Eine Reichsanleihe, welche die erforderliche Summe mit Verzinsung und Amortisation der Kolonie zur Verfügung stellte; 2. eine Anleiheaufnahme durch das Schutzgebiet selbst unter eigener Garantie; 3. eine Reichsanleihe unter Reichsgarantie, wie sie vorliegt. Die verbündeten Regierungen haben den letzten Weg beschritten. Dafür war die Erwägung bestimmend, daß nach den eingeholten Sachverständigen-Gutachten diese Form der Anleihe am billigsten stehen würde und sie den Interessen des Schutzgebietes am meisten entspricht. Zum Schluß möchte ich noch auf die Notwendigkeit des alsbaldigen Baues einer Eisenbahn von Lome nach Palimbe begründen. Sie soll vor allem der Hebung der Baumwollkultur dienen, damit Togo auf diesem Gebiete mit dem Weltmarkt konkurrenzfähig wird. Der deutschen Baumwollindustrie wird dadurch die Aussicht eröffnet, in Zukunft vom Bezug ausländischer Baumwolle unabhängig zu werden. Durch den Transport von Arbeitskräften wird sich erst eine rationelle Ausnutzung der schon bestehenden Plantagen ermöglichen lassen. Die ganze geographische Lage von Togo, das eines benutzbaren Flußlaufes entbehrt, erfordert dringend eine Bahn, wenn nicht der Verkehr durch die benachbarten

französischen und englischen Kolonien abgezogen werden soll. Das ist notwendig, auch wenn der Bahn in den ersten Jahren ein Defizit in Aussicht stünde. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die in Südwestafrika gewonnenen Erfahrungen werden von uns beim Bahnbau nutzbringend verwendet werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dasbach (C.): Wir halten eine Kommissionsberatung für notwendig. Prinzipiell sind wir nicht gegen den Bau der Bahn, halten aber eventuell eine andre Tracierung der Bahn für notwendig.

Abg. Staudt (L.) schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an. Meine Freunde sind von der Notwendigkeit überzeugt, die Verkehrswege auch in der Kolonie Togo zu verbessern. Hätten wir die großen Summen, die uns jetzt der Aufstand in Südwestafrika kostet, für die Entwicklung der Kolonie und die Verbesserung der Verkehrsmittel dort aufgewandt, so könnte jetzt nicht von einer Sandwüste gesprochen werden. Die Erfahrungen in Südwestafrika sollten wir uns für die anderen Kolonien zu Nutze machen. (Bravo! rechts.)

Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel. Unsere Kolonien besitzen für sich keine völkerrechtliche Persönlichkeit, aber sie besitzen eine eigene vermögensrechtliche Persönlichkeit. Dies drückt sich auch aus in den alljährlichen Haushalten, die wir für die Schutzgebiete bewilligen, sie stehen mit dem allgemeinen Reichshaushalt nur noch durch die Reichszuschüsse in Verbindung. Durch die in der Vorlage geforderte Anleihe wird zum erstenmal von einer Bestimmung des Gesetzes vom 30. März 1892 in Bezug auf die Finanzwirtschaft der Kolonien Gebrauch gemacht, ein grundsätzlicher Wechsel in der Finanzpolitik des Reiches liegt also nicht vor. Die Aufnahme einer Anleihe wurde notwendig, da es nicht möglich war, das Privatkapital für das Projekt zu gewinnen, auch nicht unter Gewährung einer Zinsgarantie durch das Reich.

Abg. Ledebour (Soz.): Wir können uns für diese Anleihe ebenso wenig erwärmen, wie für die vorige Vorlage. Wenn schließlich die Kolonie die Zinsen der Anleihe nicht zahlen kann, so wird das Reich doch Zuschüsse leisten müssen. — Mit den Argumenten aus dem Aufstande in Südwestafrika sollte man uns nicht kommen. Wenn auch durch ganz Südwestafrika eine Eisenbahn gegangen wäre, so hätten die Rationierungen der Händler die Eingeborenen doch zum Aufstand getrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns macht vor allem die Thatsache bedenklich, daß wie Herr Dasbach andeutete, die Landpekulanten schon jetzt auf diesen Bahnbau ihre Reize ausgelegt haben. Wägen die Spekulant allein das Risiko tragen. Die Steuerzahler sollte man mit solchen Ausgaben nicht behelligen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Für diese Vorlage gilt ungefähr dasselbe, wie von der ersten, die uns heute beschäftigt hat, es ist derselbe Faden, nur eine andre Nummer. (Heiterkeit.) Ein Kolonialfreund, Herr v. Staudt, hat erklärt, eine Reichsanleihe würde entschieden beanstandet werden. Deshalb versucht man es hier mit einer neuen Form, die ja auch Geld bringt. (Heiterkeit.) Wir müssen sparsam wirtschaften, müssen jeden Groschen umdrehen, da die Reichsmittel durch indirekte Steuern von den Aerzten mit aufgebracht werden. Auch diese Vorlage ist eine Gefahr für unsere Finanzen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Passke (natl.): Es handelt sich hier doch nicht um einen Kolonialpost, sondern um eine wirklich wertvolle Kolonie. Es ist nötig, noch ein Wort über die Notwendigkeit der Eisenbahn zu verlieren. Von Spekulationsanläufen, von denen Abg. Ledebour gesprochen hat, ist nicht die Rede. Das angekaufte Terrain liegt 5—6 Kilometer von der Trasse der Bahn entfernt. Ich trete im Namen meiner Freunde aufs wärmste für die Vorlage ein. (Beifall bei den Rationalliberalen.)

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stengel:

Wenn das Reich von vornherein den vorgeschlagenen Weg betritt, so ist das unter allen Verhältnissen, selbst unter den ungünstigsten, besser als wenn gleich von vornherein die ganze Last auf den Reichshaushalt übernommen wird. Es hat mich lebhaft gewundert, daß der Abg. Müller jetzt Bedenken gegen den § 4 des Gesetzes von 1892 geltend macht, denn gerade seine Fraktion unter Führung des Abg. Richter hat ja seiner Zeit bei den Verhandlungen in der Budgetkommission an der Abfassung dieses Paragraphen mitgewirkt. Zum Schluß giebt der Staatssekretär eine kurze finanzielle Begründung der Vorlage, wie sie bereits von Dr. Stübel gegeben worden ist.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) kann nur konstatieren, daß der Staatssekretär sich widersprechend über die Prosperität des Schutzgebietes geäußert habe. Wenn jetzt auch Togo für ein paar Jahre günstig abgesehen hat, so bin ich doch sicher, daß in den nächsten Jahren neue Forderungen kommen werden. Das Schutzgebiet, das sich selbstständig behauptet, möchte ich erst auf den Tisch des Hauses niedergelegt sehen. (Heiterkeit.)

Nach einigen polemischen Bemerkungen des Abg. Dr. Arendt schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht 1. die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das internationale Privatrecht, 2. zweite Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz für Seelente, 3. erste Beratung der Vorkriegsgegnovelle. Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Den Rechtsanwalt und ultramontanen Landtags-Abgeordneten v. Brentano in Offenbach soll der Genosse Adelung in Mainz, Redakteur unfres Mainzer Parteiblattes, beleidigt haben. Brentano hatte als Vertreter eines katholischen Geistlichen, der den Redakteur des „Offenbacher Tageblattes“ wegen Beleidigung verklagt hatte, die Vorfragen des Redakteurs als erfindend hervorgehoben und damit die Höhe seines Strafanspruches begründet. Dies hatte Adelung unter Hinweis auf die Thätigkeit Brentanos als Politiker abfällig kritisiert. Brentano klagte deswegen und erzielte die Verurteilung Adelungs zu 150 M. Geldstrafe.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist loeben das 30. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ralfist und Militarismus. — Die Ursachen der letzten Streits und Ausparungens. Von Karl Regien. — Der neunzehnte Kongreß der belgischen Arbeiterpartei. Von Emil Houssier. — Der zweite Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. Von B. D. Stegen. — Der Parteitag von Bologna. Von Odo Aberg-Lerda (Rom). — Das Kartell der Buchhändler. Von Gerhard Hildebrand. — Literarische Rundschau: Hans Köppe, Die Reichsmannreformen. Von G. J. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3/2 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein, (Stuttgart, Dieß Verlag) ist loeben das 3. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Ein Vorläufer des kommunistischen Manifestes. Aus einer Enquete über die politischen Differenzen des heutigen Sozialismus (Schluß). III. Urkunden des Sozialismus. Sozialistische Manifeste zum Russisch-Japanischen Krieg. I. Die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei. I. Wenn man nun helfen? II. Der internationale Genetarm. Das Manifest der englischen Genetarmen gegen den sozialistischen Imperialismus. IV. Der Sozialismus in den Reichskriften. Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2/2 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. An der Zeitungspreispiste der Postanstalten sind die „Dokumente“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartals-Abonnement zulässig.

Der „Süddeutsche Postillon“ sendet uns seine Nummer 1904. Ein farbenreicher, von R. Engert gezeichneter Titel fñndet die Rotenkreuze, das wiederwachtende Leben. Dem Zeitgedicht „Zum ersten Mai“ folgen gut gelungene Waigeantzen, denen vom belmamen Unbekannten L. R.: O Venus! — Mailentzer, und später noch zwei gute Sprüche mit höchsten Wignetten geschmückt sind. Zwei Leipziger Sozialistengraber“ überschreibt sich ein Artikel, der die 7 Genossen Dr. Bruno Schömann und Manfred Wüthig feiert. An der Spitze derselben befindet sich eine Landschaftsskizze, die über die Lage der beiden Gräber lehrreiche Aufklärung giebt. Ein Doppelbild vereinigt die wohlgetroffenen Abbildungen der von dem Bildhauer Heinrich Wag, von dem auch das Denkmal Wilhelm Liebknechts stammt, meisterhaft ausgeführten Denkmale mit den lebenswahren Bildnissen der hervorragenden Kämpfer. Kleinen Schmuck bildet eine lustige Erzählung „Der erste Mai in Sumpfenhausen“ von Ludwig Braß, ferner das Porträt Louise Michel mit dem Gedichte: An die Lebende. Der „Süddeutsche Postillon“ kehrt in seiner letzten Nummer ebenfalls die Louise herden. Das farbige Schlussbild besagt sich mit Eugen Richter und seiner Stellungsgändererei. Die Nummer kostet 10 Pfennig, auf Kunstbrudrpapier 25 Pfennig.

Wismar oder Rastake? Von Politikus. Preis 80 Pf. Gdtk 1904. Rudolf Hüfer.

Rechenkaftsbericht der Ortskrankenkasse der Beamten, Offizier und verwandten Gemeinde für das Jahr 1903. Berlin 1904. Druck: Vornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Marktpreise von Berlin am 23. April 1904 nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidenten.

*Weizen, gut D.-Gr.	17,50	17,48	Rartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	6,00	
mittel	17,48	17,44	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	
gering	17,42	17,40	do. Bauch	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,05	13,03	Schweinefleisch	1,60	1,00	
mittel	13,01	12,99	Rindfleisch	1,80	1,20	
gering	12,97	12,95	Dammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,20	13,10	Butter	2,60	2,00	
mittel	13,00	11,90	Eier 60 Stck	3,60	2,60	
gering	11,80	10,80	Karpfen 1 kg	2,00	1,20	
†Hafer, gut	15,00	14,10	Halt	3,00	1,40	
mittel	14,00	13,10	Jander	3,00	1,20	
gering	13,00	12,10	Rechte	2,20	1,90	
Nichtstroh	4,32	3,66	Barke	2,00	0,80	
Heu	7,40	5,00	Ädicke	3,00	1,40	
Erbsen	40,00	28,00	Wicke	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	28,00	Kreife	per Schaf	15,00	3,00
Linzen	60,00	25,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Unvers Kollegiat zur Nachfrist, daß am Sonntag, den 24. d. M. unter treuer Verbandskollege

Gustav Renndorf
im Alter von 36 Jahren an der Choleraerkrankung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Bestend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung aller Kollegen bittet
143/1
Die Verbandsleitung.

Centralverein für alle in der Hut- u. Filzwaren-Industrie beschält. Arbeiter und Arbeiterinnen. (Zentrale Berlin.)

Todes-Anzeige.
Dem Mitgliedern zur Nachfrist, daß unser Kollege

Ernst Glaubitz
Sonabend verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Unterlehngs-Kirchhofes (Weihenfer Weg) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
294/6
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 189/154. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

5 3/4 Pfund Brot
6 Stck 10 Pf. 50 Pf.

Albrechts Bäckereien:
Wrangeletr. 135, Kronstr. 19, Goldenerstr. 28, Sauerstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 222/23, Markthalle Andrasstr., Stand 16/18.

Kurbad Landhaus Sberswalde (Mart). Wasserkur, System Knapp; Luft- und Sonnenbäder. Streng ärztliche individuelle Behandlung. Gute Erfolge bei Nerven- und den meisten chronischen Erkrankungen. 12 Bogen Berg, am ausgezeichneten löstlich Eichen- u. Buchenwaldungen. Herrliche Sommerfrische für Erholungsbedürftige. Prospekt und Auskunft frei. 113/7*

Meine im westlichen Vorort-Verkehr ca. 35 Min. Bahnfahrt, dicht am Bahnhof gelegene

Parzelle
nahe alten, künft. Forst, verkaufe billig event. mit Baugeld u. Hypoth. Off. sub G. V. 422 bei Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. 87/18*

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachfrist, daß unser Mitglied, der Brüder

Julius Behr
am 22. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag den 26. April, nachmittags 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Wilhelmberg statt.
Nehr Beteiligung erwartet
114/16
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin und Umgegend.

Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 22. April, verstarb der Kollege

Karl Senf.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. April, nachm. 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem Kreuz-Kirchhof, Maricndorf, statt.
Der Vorstand.
141/9

Bruch-Pollmann
empfehl! kein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse.

Eigne Werkstatt.
Lieferant! Ort- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C.

30. Finien-Straße 30.
NB. Alle Druchhändler mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper. 47112*

Tafel-König,
H. drap. goldgelb, 10 Pf. Gmalle-Gimer 3/4, R. Berg. frei. Ia. Ia. Ia. * P. Napp, Weinmünde Nr. 56.

Wurst! Speck!
Speck, mag. Wd. 65 Pf., bei 5 Pf. 60 Pf.
Lettner 65
Landschinken in ganz u. halb 95
Fleischschinken u. Knochen 105
Branschweiger Weitzwurst 90
Zähringer Rohwurst 50
Salische Jodelwurst 50
H. Leberwurst 90
Pommersche Fleischwurst 90
Polnische und Metzger 65
Echt Pommersche Schmalz
wurst und Salami 95

Krauz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Verbins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert gefertigt

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Gorn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12—1/3, 1/4, 6—1/8, Sonn. 9-11

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 26. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Cyrenhaus. Götter von Berlin.
Mittwoch, den 27. April:
Anfang 7 Uhr:
Deutsches. Rose Bernd.
Berliner. Jaja.
Königliches. Der Bettelstudent.
Neues. Minna von Barnhelm.
Residenz. Der kausche Kasimir.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Geizige. Daraus: Der eingebildete Kranke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Das große Hemd.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Sulzen. Das Milchmädchen von Schöneberg.
Trianon. Das elfte Gebot. Daraus: Der Dieb.
Carl Weich. Dank Bräutigam.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Hufarenliebe. Jährliche Verwandte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Die Liebe im Eckhause. Die Weber.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Aus dem Haushalt der freien Natur.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr Hoelling: „Das Gesamtbild des Weltalls.“

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: Revue:
Gastspiel Paula Worm.
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**
Sonntag: Wahrheit.
Abends: **Der Sonnenvogel.**

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Luise-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Milchmädchen von Schöneberg.
Mittwoch: Cappe.
Donnerstag: Das Mädchen von Heilbronn.
Freitag: Der Kaufmann v. Venedig.
Sonntag: Letzte Vorstellung in dieser Saison: Das Milchmädchen von Schöneberg.

Residenz-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
8 Uhr:
Der kausche Kasimir.
Mittwoch zum erstenmal:
Die 300 Tage. (L'enfant du miracle.) Schwan in 3 Akten von Paul Gavault und R. Charpey.
Deutsch von Alfred Heim.

Metropol-Theater.
Zum 43. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersoo.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Steffen Langer aus Glogau
oder:
Der Zar und der Sellar.
Volksstück v. Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater.
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 143.
Heute Dienstag:
Abschieds-Benefiz der Harburger Sänger.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Apollon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Phänomenale Specialitäten.
8 1/2: Die Sensations-Novität:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die
grandiose Apotheose.
Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: „Hufarenliebe.“
8 1/2: Das brillante April-Programm.
Markert, fr. am Kessing-Theater 20.
10 Uhr: Jährliche Verwandte.
Sonntag: „Hotel Klingebusch.“
Kustreiter der neuen Specialitäten.
Königstadt-Kasino.
Goßmannstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Nur noch bis 30. v. d. Wts.
Kulturen v. Franz Sobanski.
Curt Moreno, Ada Thomson, Marga Plessner, Gustav Isano, Bruno Gaffron
sowie: Ein lauberes Kleeblatt.
Voll in 1 Akt.
E. und C. Bernhardt (Verfasser)
des (Erstmal).
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
nach der Vorstellung: **Tanz.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Frankfurterstr. 182.
Gastspiel des Königl. Hof-Schauspielers
Emil Richard:
Onkel Bräutigam.
Lebensbild in 5 Akten nach Frey
Heuters. „Ut mine Stromtid.“
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die beiden Reichenmüller.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Daraus: **Der eingebildete Kranke.**
Mittwochabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
Mittwochabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Um IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren
Begen des Umbaus Schluß der
Saison am 1. Mai.
Nur noch 7 Vorstellungen.
Der Hochtourist.
Sonntag: Charleys Tante

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Um VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst-Posse m. Gesang u. Tanz
in 3 Akten.
Sonntag: othello.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr:
Benefiz-Abend für den beliebten Gigant-Clown Alfred Daniels.
Der Benefizant als Ringkämpfer, als Magischer, als Direktor usw.
Fortsetzung der Großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Prof. Dr. Bogas.
Beginn gegen 8 1/2 Uhr. — **Almable de la Calmette** (Frankreich)
gegen **Peyrouse** (Spanien) und Entscheidungskampf zwischen
Heinr. Eberle (Deutschl.) und **Omer de Bouillon** (Belgien).
Auftreten des **Monsieur Horok.**
Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Radfahrens:
Der Saltomortale mit dem Zweirad.
Ferner: Zum 126. Male:
Aus den Alpen. Der Automobilsturz.
Donnerstag, 28. April: Benefiz-Abend für die Clowns Gebr. Fratellini.

Brauerei Friedrichshain.
früher Lipps (Deconom: E. Niemann) am Königsthor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Heute Dienstag:
Walzer-Abend
veranstaltet von
Johann Strauss aus Wien
Dirigent der k. u. k. österreichischen Hofballmusik
mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Refect. Pl. 1,00.
Morgen: Populäres Konzert von **Johann Strauss.**

Urania. Kleines Theater.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Sternwarte. Invaliden-
str. 57/62.
8 Uhr Herr Hoelling:
„Das Gesamtbild des Weltalls.“

CASTANS PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Letzte Woche
der
Tunesen-Truppe.
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-
Damen aus Tunis.
Anfang 8 Uhr!
Sonntag:
Zum
Königsthorstrasse 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp
Ueberr
GROSSEN TEICH.

Herrnfeld-Theater.
Nur noch
drei Aufführungen
der großen Herrnfeld-Schlager
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe, und
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Schluß der diesjährigen
Spielzeit: Donnerstag, 28. April,
wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-
Theaters in Köln a. Rh.
Ab 7. Mai: Gastspiel der Tegernseer.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Frankfurterstr. 182.
Gastspiel des Königl. Hof-Schauspielers
Emil Richard:
Onkel Bräutigam.
Lebensbild in 5 Akten nach Frey
Heuters. „Ut mine Stromtid.“
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die beiden Reichenmüller.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Palast-Theater.

Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute sowie folgende Tage:
Die Liebe im Eckhause.
Lustspiel in 2 Akten von Cosmar.
Im pyramidalen Specialitätenteil:
Miss Stiers, die musikalische Laube.
Emmeline Hochberg, Contr. Soubrette.
Deamando und Anni,
atrobat. - equilibristischer Melange-Akt.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von
B. Weiche.
Schluß der Saison:
Sonntag, den 30. April 1904.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu!
Cirkus Lenz und
Cirkus Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag:
8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang
der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jeden Abend 10 Uhr:
Grosse internationale
Konkurrenz.
20 preisgekürzte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Sanssouci.
Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanz.
Dienstag, den 26. April:
Letzter
Theaterabend.
Ein geadelter Kaufmann.
Volksstück in 5 Akten.

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: Revue:
Gastspiel Paula Worm.
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**
Sonntag: Wahrheit.
Abends: **Der Sonnenvogel.**

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Luise-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Milchmädchen von Schöneberg.
Mittwoch: Cappe.
Donnerstag: Das Mädchen von Heilbronn.
Freitag: Der Kaufmann v. Venedig.
Sonntag: Letzte Vorstellung in dieser Saison: Das Milchmädchen von Schöneberg.

Residenz-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
8 Uhr:
Der kausche Kasimir.
Mittwoch zum erstenmal:
Die 300 Tage. (L'enfant du miracle.) Schwan in 3 Akten von Paul Gavault und R. Charpey.
Deutsch von Alfred Heim.

Metropol-Theater.
Zum 43. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersoo.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Steffen Langer aus Glogau
oder:
Der Zar und der Sellar.
Volksstück v. Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater.
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 143.
Heute Dienstag:
Abschieds-Benefiz der Harburger Sänger.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Apollon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Phänomenale Specialitäten.
8 1/2: Die Sensations-Novität:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die
grandiose Apotheose.
Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: „Hufarenliebe.“
8 1/2: Das brillante April-Programm.
Markert, fr. am Kessing-Theater 20.
10 Uhr: Jährliche Verwandte.
Sonntag: „Hotel Klingebusch.“
Kustreiter der neuen Specialitäten.
Königstadt-Kasino.
Goßmannstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Nur noch bis 30. v. d. Wts.
Kulturen v. Franz Sobanski.
Curt Moreno, Ada Thomson, Marga Plessner, Gustav Isano, Bruno Gaffron
sowie: Ein lauberes Kleeblatt.
Voll in 1 Akt.
E. und C. Bernhardt (Verfasser)
des (Erstmal).
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
nach der Vorstellung: **Tanz.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Heute Dienstag, den 26. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten (11 Bildern) von Berg und Ralisch.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 28. April: **Der Mann mit der eisernen Maske.**

Passage-Theater.

III. Wahlkreis.

Dienstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee (großer Saal):

General-Versammlung

des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Kreis. Tages-Ordnung: 1. Bericht und Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wolfgang Heine**. 3. Diskussion. 4. Beschlüsse.

Mittagsbuch legitimiert.
Damen haben auf der Galerie Zutritt. Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet.
Mitglieder werden in der Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat auf dem Jahlabende, sowie in den folgenden Jahrestagen aufgenommen: Gottfried Schulz, Admiralsstr. 30a (Kottbuser Platz). Wilhelm Börner, Ritterstr. 15. Martin Mascha, Radlerstr. 24. Eingang Engel-Allee. Emil Götte, Brandenburgstr. 18. Adolf Flick, Simonstr. 23. Ernst Lior, Alte Jakobstr. 119. Franz Krüger, Raumstr. 54. 240/10

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasernenbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, des Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum: Der moderne Arbeitsvertrag. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Beschlüsse. 5. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 6. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Branchen-Versammlung

Dienstag, den 26. d. Mtz., abends 8 1/2 Uhr: in Schmidt's Geschäftshaus, Gartenstr. 6. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum: Der moderne Arbeitsvertrag. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Beschlüsse. Die Kommission.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Saale der „Neuen Welt“, Golenheide. Tages-Ordnung: Die Bedeutung des ersten Mai. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Dr. Bernstein**. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in Graumann's Geschäftshaus, Nauyn-Strasse Nr. 27:

Versammlung

der Schnitarbeiter, sowie sämtl. in der Metall-Industrie beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Cohen** über: „Wie können die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Lage verbessern?“ 2. Diskussion. 3. Wahl der engeren Kommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Kollegen und Kolleginnen! Wagt Euch daran, Eure so überaus traurige Lage zu verbessern, so erscheint in Massen in dieser Versammlung. Niemand darf fernbleiben. Die Mitglieder in den einzelnen Fabriken werden ebenfalls zur Sprache gebracht.

Mittwoch, 27. April, abends 8 Uhr, in Buggenhagen's Saal, Moritzplatz:

Metallarbeiter-Versammlung

für die Bezirke Südoften, Süden u. Centrum. Tages-Ordnung: 1. „Leben und Weiden im Huchhaus und Straßgefängnis.“ Referent: Kollege **Pawlowitsch**. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstrasse 45:

Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter

und verw. Berufsgenossen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Davidsohn** über: „Werettshagen.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 114/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrer. Achtung!

Mittwoch, den 27. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Oeffentliche Versammlung

der Rohrer Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Lohnrückerei bei der Firma Stahl und wie stellt sich die neue Vereinigung dazu. 4. Beschlüsse. Es ist Pflicht jedes einzelnen Rohrer zu erscheinen. 280/3 Der Vertrauensmann.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Mittwoch, den 27. April 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15:

General-Versammlung

der Vertreter der Kaffeemitglieder und Arbeitgeber. Tages-Ordnung: 1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabschlusses pro 1903. 2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlüsse über die Aufnahme der Jahresrechnung. 3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kaffeemitglieder des Rechnungsausschusses. 4. Wahl eines Kaffeemitgliedes aus der Gruppe der Arbeitgeber an Stelle des ausgeschiedenen Herrn **Soffe**. 5. Beratung und Beschlussfassung über die mit dem Kaffeemitglied abzuschließenden Verträge. 6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 44 des Kaffeestatuts. 7. Bericht über den Stand der Kaffeefrage und weitere Beschlussfassung zu derselben. 4645 Der Vorstand: A. Oschne, Vorl. A. Kolpin, Schriftf.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

General-Versammlung

der Vertreter der Kaffeemitglieder und Arbeitgeber. Tages-Ordnung: 1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabschlusses pro 1903. 2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlüsse über die Aufnahme der Jahresrechnung. 3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kaffeemitglieder des Rechnungsausschusses. 4. Wahl eines Kaffeemitgliedes aus der Gruppe der Arbeitgeber an Stelle des ausgeschiedenen Herrn **Soffe**. 5. Beratung und Beschlussfassung über die mit dem Kaffeemitglied abzuschließenden Verträge. 6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 44 des Kaffeestatuts. 7. Bericht über den Stand der Kaffeefrage und weitere Beschlussfassung zu derselben. 4645 Der Vorstand: A. Oschne, Vorl. A. Kolpin, Schriftf.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

Hermann Peter. Telefon: Ordau No. 33. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfperle, Kegelsbahnen, große Kaffeeküche, Café, Garten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Molt, Berlin. Druck u. Verlag: Vertriebs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 26. April er., abends 8 Uhr, in Weimanns Volksgarten, Bad-Strasse 56:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Baudert** über: „Hundert Jahre deutscher Dichtung“. 2. Diskussion. Um zahlreiches Besuch ersucht.

Heute Dienstag, abends pünktlich 9 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Schilling des Reichstages. Deutsche und deutsche Verhältnisse. Referent: **Senna Hoy**. 2. Freie Diskussion. Männer und Frauen eingeladen. Zu den Unkosten 10 Pf. Die Redaktion des „Kampf“.

Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen.

Sonntag, den 1. Mai 1904, vorm. 11 Uhr, bei Frau Wille, Brunnenstr. 188 (nahe dem Hofenhaler Thor):

Oeffentliche Versammlung und Mai-feier.

Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtheroorden **Emil Bassner** über: Die Bedeutung des ersten Mai. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen. Die Vertrauensleute: **Wilhelm Börsner** und **Karl Butry**.

Achtung! Werder a. H. Maifeier

Die Genossen veranstalten die diesjährige im Kochschen Lokal, Hühnerstr. 98. — Morgens von 6 Uhr an Konzert und Gesang. Um 9 1/2 Uhr Versammlung. Nachmittags 3 Uhr Konzert. Von abends 8 Uhr ab Ball. — Wir wollen besonders die Genossen, welche zur Baumbühne nach Werder kommen, darauf hinweisen. Die Gewerkschaftskommission.

Restaurant Pferdebuert

bei Köpenick empfiehlt sich den Vereinen, Parteien, Gewerkschaften, Gesellschaften, Fabriken und Schulen bestens. **W. Wolter.**

Buss' Salon

85 Grosse Frankfurter-Strasse No. 85. Sonnabende für Sommerfeste usw. zu vergeben. — Grosser Naturgarten mit Bühnen. Jeden Sonntag, Donnerstag und Freitag: Großer Ball. 48004

Costümröcke

Eigene Fabrikation prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Phantasiestoffen. 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. in Seidendamast. 20 u. 25 Mk. Amerikan. fussfreie Strassenröcke, regenecht 5, 6, 9, 10 Mk. Elegante Frühjahrs-Paletots, Jacketts, Sakkos, in Tuch, Rips und Phantasiestoffen. 10, 12, 15, 20, 25 Mk. Elegante Phantasie-Paletots in Seide, Rips u. Tuch, weite Sackform, mit gezogenem Rücken. 20, 30 Mk. Havelocks u. Paletots in hellen, gew. Stoffen 15, 20 Mk. Blumen-Jacketts, elegant verschürt. 10, 12, 15 Mk. letzte Neuheit, kleidsamste Fassons für junge Mädchen. Schwarze bestickte Frauen-Capes. 12, 15, 20 Mk. Reise- und Golf-Capes. 9, 12, 15 Mk. Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel. 10, 12, 15 Mk.

Frühjahrs-Costüme

Moderne Formen Elegante Ausführung Jacken und Blumen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15, 20 Mk. Elegante Strassenkleider in Blumen- u. Jackettform 25, 30, 40 Mk. Fussfreie amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk. Trauerkleider in eleganter Ausführung. 18, 20, 25 Mk. Elegante garnierte Kleider in Voile, Satintuch und in den neuesten Phantasiestoffen. 20, 25, 30 Mk. Seidenblusen, elegante Fassons. 5,50, 7,50, 10 Mk. Woll- und Waschblusen. 1,50, 2, 3, 5, 6 Mk. Morgenröcke, Matinees und Jupons.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. Massanfertigung.

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle

Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702

Aelteste Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Andreadstr. 23 1. Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu sportbilligen Preisen. Alle Decken werden aufgearbeitet. 43602

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle

Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702

Aelteste Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Andreadstr. 23 1. Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu sportbilligen Preisen. Alle Decken werden aufgearbeitet. 43602

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle

Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702

Aelteste Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Andreadstr. 23 1. Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu sportbilligen Preisen. Alle Decken werden aufgearbeitet. 43602

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle

Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702

Aelteste Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Andreadstr. 23 1. Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu sportbilligen Preisen. Alle Decken werden aufgearbeitet. 43602

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle

Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702

Aelteste Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Andreadstr. 23 1. Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu sportbilligen Preisen. Alle Decken werden aufgearbeitet. 43602

Unserm Freunde und Genossen **Franz Pets** zu seinem 50jährigen Gesellen-Jubiläum ein dreimal donnerndes Hoch! 8078 Die Genossen des 151. Stadtbezirks.

Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation.

Am Freitag, d. 29. April d. J., abends 7 1/2 Uhr, findet in der Remisehallen, Kommandantenstrasse 20, die 39. ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation

statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1902/04 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungsformulare, die beim Betreten des Saales als Ausweis dienen. Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Beschlussfassung über die Aufnahme der Rechnung des Jahres 1903. 3. Genehmigung der vom Vorstande beschlossenen Erhöhung des Jahreshonorars auf 4,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. 4. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, die im allgemeinen Interesse der Kasse liegen und bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichtet werden. 5. Beschlüsse. Berlin, den 14. April 1904. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation. **F. Frankfurter**, Vorsitzender, Reberberstr. 1-4. 273/16

General-Versammlung

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Montag, den 25. April 1904, vormittags 11 Uhr.

Die dritte Etatsberatung wird fortgesetzt beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Dörsch (E.) tadelt das Verhalten des Geheimrats Hilgert gegenüber katholischen Bergarbeitern im Saarrevier. Er habe auch dem Centrum allgemein Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen. Vergart Adam sei berichtigt worden, weil er die Wahl des Abg. Prietze nicht genügend gefördert habe.

Handelsminister Rößler erklärt, daß ihm das bezügliche Material nicht vorliege, er werde aber alsbald Erkundigungen einziehen. Wenn der Vergart Hilgert dem Centrum wirklich einen Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen haben sollte, so würde er eine solche Äußerung für höchst ungehörig halten.

Nach weiterer uninteressanter Debatte wird der Etat bewilligt. Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Weite Kreise der Industrie sind beunruhigt über eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Potsdam, der im Wege der Landespolizei-Verordnung von Fabriken einen Wasserzins für den Verbrauch von Wasser aus Flußläufen erhoben hat. Es ist dagegen remonstriert worden und ich bitte den Herrn Minister um Auskunft, wie die Rechtslage auf diesem Gebiete ist. Eine solche Erhebung von Gebühren für den Gebrauch von Wasser, das früher kostenlos war, wäre eine überaus lästige und erschwere Belastung für die Industrie.

Weiter fragt Redner an, ob die Antworten der über den Umfang des Flaschenbierhandels Verträgen bereits eingegangen seien.

Ein Regierungskommissar erwidert auf die Anfrage betreffend Erhebung von Wasserzins: Die Verordnung des Polizeipräsidenten von Potsdam sei nur für seinen Bezirk ergangen. Die Handelskammer von Berlin sei dagegen vorstellig geworden und infolgedessen hätten eingehende Erörterungen der beteiligten Minister über diesen Gegenstand stattgefunden. Dabei habe sich ein Einverständnis darüber ergeben, daß es nicht zulässig sei, im Wege der Landespolizeilichen Verordnung einen derartigen Wasserzins zu erheben. Der Regierungspräsident in Potsdam sei daher veranlaßt worden, die Verordnung zurückzunehmen. Eine andere Frage sei, ob ein Realrecht des Staates an Wasserläufen tatsächlich bestehe. Sollte also die Domänenverwaltung an der Ansicht festhalten, daß ein Wasserzins in Potsdam zu erheben sei, so würde es den Interessenten überlassen bleiben, im Zivilrechtsweg diese Frage zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen.

Handelsminister Rößler erklärt, daß die Antworten in Bezug auf den Umfang des Flaschenbierhandels noch nicht vollständig eingelaufen seien.

Abg. Rosenow (fr. Sp.) bittet dringend, die Frage des Wasserzinses noch einmal im Staatsministerium zu prüfen. Es hätten sich bisher bei der jüngsten Entnahme von Wasser durch Fabriken nicht die geringsten Mißstände ergeben.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß einstweilen nicht daran gedacht werde, allgemein über das ganze Staatsgebiet Wasserzins zu erheben. Es handelt sich darum, die Frage prinzipiell zum Austrag zu bringen, ob die Domänenverwaltung zu einer solchen Erhebung berechtigt ist. Selbstverständlich würde davon nur Gebrauch gemacht werden, falls durch überflüssige Entnahme von Wasser erhebliche öffentliche Mißstände entstanden, was bisher nicht der Fall gewesen sei.

Der Etat wird bewilligt. Beim Etat des Eisenbahnministeriums bringt Abg. Eckels (natl.) verschiedene Berliner Wünsche vor betreffend bessere und direkte Zugverbindungen nach Potsdam, Verbesserung von Fahrplänen etc.

Eisenbahnminister Sudde: Es war notwendig, die Ferngeleise der Stadtbahn zu entlasten und es sind sehr erhebliche Mittel aufgewendet worden, um dies durchzuführen zu können. Im Osten der Stadtbahn ist ein besonderer Tunnel gebaut worden und so erreicht worden, daß eine Gruppe von Vorortzügen auf das Stadtbahngeleise verlegt werden konnten. Das war im Interesse der Betriebssicherheit nötig. Sobald ich die von dem Herrn Vorredner vorgebrachten Beschwerden höre, habe ich die Direktion von Berlin aufgefordert, zu thun, was möglich war. Es ist jetzt ein Umsteigen der Personen in Charlottenburg möglich, ebenso wird die Umladung eingeschriebenen Gepäcks dort stattfinden. Auch die Postgüter mit Handgepäck können dort umsteigen. Ich habe ferner Anordnung getroffen, daß auf den Bahnhöfen Friedrichstraße und Charlottenburg Gepäckträger zur Verfügung stehen. Es gibt im preussischen Staate wenig Städte, die so günstige Zugverbindungen haben wie gerade Potsdam.

Abg. Marx (E.) wünscht vermehrte Sonntagsruhe für das Stations- und Zugpersonal.

Minister Sudde: Es ist mein Bestreben, die Dienstleistungen, die von den Direktionsvorständen herausgegeben werden, fortgesetzt im Sinne des Herrn Vorredners zu prüfen.

Abg. Dr. Schröder (natl.) führt Beschwerde über die Erziehung einer Konsumgenossenschaft Wärderei der Eisenbahner in Kassel.

Minister Sudde: Ich habe weder die Absicht noch das Recht, gegen diese Wärderei vorzugehen. Es ist allerdings mein dringender Wunsch, daß so wenig wie möglich derartige Anstalten errichtet werden, die den Mittelstand schädigen können. Es würde niemand mehr freuen als ich, wenn die Anstalt liquidieren würde. Ich kann meinen Untergebenen aber nicht verwehren, das Brot zu essen, was ihnen am besten schmeckt und am billigsten ist. Ueberhaupt bin ich kein Sachverständiger für Brot, sondern eher für Mostelwein. (Gelächter.)

Abg. Dr. Fervers (E.) findet es seltsam, daß im Gegenzug zu Köln in Düsseldorf die Bahnärzte ihre Stellungen bei den Betriebskrankenkassen aufgeben, resp. Bahnärzte entlassen worden seien.

Minister Sudde erklärt, er würde sich sehr freuen, wenn der Streit der Ärzte mit den Krankenkassen in Düsseldorf beigelegt würde. Da nun die Ärzte ihren Standpunkt der freien Arztwahl dem Staate gegenüber ausgegeben haben, werde ein Friede bald zu stande kommen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) fordert von der Regierung die weitere Unterstützung der beiden bestehenden Genesungsheime für Eisenbahnarbeiter.

Minister Sudde:

Es sind bereits Untersuchungen angestellt worden, ob es möglich ist, diesen Genesungsheimen weitere Zuschüsse zu geben. Scharfberhan hat gezeigt, was geleistet werden kann, wenn ein Einverständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. Es können dort über 200 Kranke aufgenommen werden. Die Pensionskassen der Arbeiter, wie sie unter Mitwirkung der Eisenbahnverwaltung zu stande gekommen sind, betrachte ich als glänzenden Erfolg der hohenzollernschen Sozialgesetzgebung. — Dann habe ich eine Mitteilung zu machen, die für die Eisenbahner von größter Bedeutung sein wird. Eine Depesche Sr. Majestät des Königs ermächtigt den Herrn Finanzminister und mich, dem hohen Hause eine Vorlage zu machen, durch die wir den Eisenbahner drei Millionen Mark spenden, um auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt weiter vorzugehen. (Lebhaftes Bravo!) Am 7. März d. J. habe ich unter dem vollen Beifall des Hauses mitgeteilt, daß am 26. Februar in Kassel ein Eisenbahnarbeiter-Verein gegründet worden ist, der den Zweck hat, durch Selbsthilfe, Versicherung und Gründung von entsprechenden Einrichtungen zu erreichen, daß die verwaltungsmäßigen und gesetzmäßigen Krankengelder eine entsprechende Erhöhung erfahren. Der Eisenbahnarbeiter-Verein wird im nächsten Monat zusammentreten, um eine Krankenkasse zu gründen. Auch

Sterbegelder sollen aus der Kasse gewährt werden. Die Staats-eisenbahnverwaltung hat die volle Berechtigung und Verpflichtung, ihren Angestellten für ihre Wohlfahrts-Einrichtungen weitere Zuschüsse zu gewähren. Ich hoffe auf eine allseitige Zustimmung zu der bevorstehenden Vorlage, die Ihnen in den nächsten Tagen zugehen wird. Damit glaube ich auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrts-pflege gehen zu haben, was in meinen Kräften liegt. (Lebhafter Beifall.)

Beim Etat der Bauverwaltung beantragt

Abg. Friedberg (natl.) die in der zweiten Lesung abgelehnte Forderung einer neuen Stelle für einen vortragenden Rat wieder herzustellen.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses kommt

Abg. Dr. Buntz (natl.) auf seine Rede in der zweiten Lesung zurück, die er über die Rechtschreibung hielt. Der „Vorwärts“ habe ihn wegen dieser Rede angegriffen und behauptet, er habe den hochverräterischen Satz ausgesprochen: Warum solle in Bezug auf Anwendung des „h“ der Thron eine Ausnahme machen. Der „Vorwärts“ habe behauptet, daß dieser Satz im Stenogramm weggeblieben sei. Er müsse konstatieren, daß er diesen Satz überhaupt nicht gesprochen habe und lege zum Beweise das ursprüngliche Stenogramm auf den Tisch des Hauses nieder. (Auf: Ja nicht vorlesen! Große Heiterkeit.) Die Behauptung des „Vorwärts“ sei also völlig aus der Luft gegriffen.

Beim Etat der Justizverwaltung beklagt sich

Abg. Eckert (freik.) über die mangelhaften Verhältnisse im Potsdamer Gefängnis und wünscht einen Neubau.

Justizminister Dr. Schöndert erkennt das Bedürfnis an, man habe aber noch keinen geeigneten Platz gefunden. Hoffentlich könne schon im nächsten Etat ein entsprechender Titel eingelegt werden.

Abg. Dr. Wigerdt (Pol.) beschwert sich über das Mißstände Verhalten von Behörden, namentlich Standesbeamten, die verlangen, daß die polnischen Namen verdeutscht und in deutscher Schreibweise in die Akten eingetragen werden. Als Grundlage für ihr Verhalten diene den Beamten ein Ministerialerlass vom Jahre 1898. Redner kommt auf das Anfechtungsgesetz zu sprechen und bedauert, daß auch der Justizminister seinen Namen unter diese Vorlage gesetzt habe, die entschieden der Verfassung widerspreche. Gerade der Justizminister habe die Pflicht, alle Vorlagen daraufhin zu prüfen, ob sie mit der Verfassung in Einklang stehen, und er könne ihm den Vorwurf nicht erheben, daß er beim Anfechtungsgesetz diese Pflicht nicht erfüllt habe.

Justizminister Schöndert erwidert dem Vorredner, daß die Novelle zum Anfechtungsgesetz eine Vorlage des gesamten Staatsministeriums sei. Er lehne es ab, hier beim Etat der Justizverwaltung darauf einzugehen und sich mit ihm über die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Vorlage auseinanderzusetzen.

Was die vom Vorredner angeregte Frage der Verdeutschung polnischer Namen anlangt, so haben im Staatsministerium Verhandlungen darüber stattgefunden, ob die Bestimmungen des 1898er Erlasses irgendwie Mißstände gehandhabt würden. Er habe sich mit den Provinzial- und Gerichtsbehörden in Posen in Verbindung gesetzt und Verträge eingefordert. Die Verhandlungen seien aber noch nicht zum Abschluß gelangt.

Darauf werden die Verhandlungen auf Vorschlag des Präsidenten v. Ardenne abgebrochen und auf abends 1/8 Uhr vertagt. Schluß 1/2 Uhr.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

In Solingen hat am 22. April eine von der Aufsichtsbehörde berufene Generalversammlung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse stattgefunden. Der Vertreter der Aufsichtsbehörde beantragte in deren Namen die Erhöhung der Kassenbeiträge auf 3 1/2 Prozent des ordentlichen Tagelohnes, das sind 60 Pf. für erwachsene männliche, 30 Pf. für erwachsene weibliche, 24 Pf. für jugendliche männliche und 24 Pf. für jugendliche weibliche Mitglieder pro Woche. Die Generalversammlung lehnte nach erregter Debatte diesen Antrag einstimmig ab.

Auch ein zweiter Antrag der Aufsichtsbehörde auf eine geringere Erhöhung der Beiträge wurde gegen die Stimmen der Unternehmervertreter abgelehnt.

Darauf erklärte der Vertreter der Aufsichtsbehörde, daß er nunmehr neben den Funktionen des Kassenvorstandes auch die der Generalversammlung übernehme und gleichzeitig die Generalversammlung schlicke.

Aus der Mitte der Arbeitervertreter war erklärt worden, daß sie hauptsächlich deswegen alle Anträge der Aufsichtsbehörde ablehnten, weil sie nicht gewillt seien, dieser die Verantwortung für die durch ihr Eingreifen verursachte Lage tragen zu lassen.

Die Leipziger Ortsklasse hat eine Petition bei ihren Mitgliedern für Beibehaltung des Distriktsarztsystems in Umlauf gesetzt. Innerhalb drei Tagen wurden darauf 65 288 Unterschriften abgegeben. Noch steht circa die Hälfte der ausgegebenen Listen aus. Der Distriktsarzt Dr. Braemer ist unter Berufung auf § 826 V. G. B. (dinglichler Grund) von seinem Vertrage zurückgetreten. Auch die Distriktsärzte Frey und Klotz machen in den „Leipziger N. A.“ bekannt, daß sie von ihrem Vertrage zurückgetreten seien.

Das „Vaterland“, das Organ des konservativen Landesvereins für Sachsen, schreibt:

Wir stehen vollständig auf Seiten der Ärzte und achten es auch für geboten, daß diese es ablehnen, sich unter das Joch der vielfach von der Socialdemokratie beherrschten Krankenkassen zu beugen und damit ihre wirtschaftliche, geistige und politische Selbstständigkeit aufzugeben. Bei aller Sympathie aber und gerade wegen dieser, die wir für die Ärzte haben, möchten wir ihnen doch raten, den Vogen nicht zu straff zu spannen und nicht auf der Erfüllung auch ihrer letzten Forderungen, so berechtigt sie auch sein mögen, zu bestehen, sondern, wenn sich ihnen die Möglichkeit zu einem ehrenvollen Vergleich bietet, einen solchen nicht zurückzuweisen. Der Zeitpunkt zum Abschluß eines solchen erscheint uns gerade jetzt nicht ungünstig.

Von der Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse der Schloffer uho., die am 20. April tagte, geht uns folgender Bericht zur Veröffentlichung zu:

Nach Erledigung einiger Statutenänderungen und Bericht der Kommission zur Prüfung der Rechnung des vergangenen Jahres kam die Versammlung auch auf die zwangsweise Erhöhung der Kassenbeiträge durch den Oberpräsidenten zu sprechen. Eämliche Redner sprachen ihr Entsaumen aus, daß die Beiträge eine so horrende Steigerung erhalten, besonders da doch der Jahresabschluss ein günstiger genannt werden muß, und deshalb auch gar kein Grund zu dieser Verfügung vorgelegen hat.

Dietzu war folgende Resolution eingelaufen und angenommen: „Die heute stattfindende Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Schloffer und verwandten Gewerbe nimmt Kenntnis von der Buchnahme der Verfügung des Herrn Oberpräsidenten vom Dezember 1903.

Die heutige Generalversammlung steht noch heute auf dem Standpunkt daß die damalige Verfügung nach genauer Prüfung der Bücher und Rechnungsbilagen zu Unrecht geschehen ist, und beschließt, um nicht vielleicht in kürzerer Zeit wiederum unliebsame Aufregungen auskommen zu lassen, es bei den erhöhten Beiträgen zu belassen.

Ferner den Vorstand zu beauftragen, nach günstigen Quartalsabschlüssen die Abänderung des § 13 des Kassenstatuts auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu setzen, und so den Mitgliedern im Erkrankungsfalle höhere Unterstützungen zu gewähren.“

Der zweite Vorsitzende Kollege Büchner gab alsdann der Versammlung einen ausföhrlichen Bericht über den Krankenassen-Kontostech zu Leipzig, speziell über die zur Zeit noch in verschiedenen Städten schwebende Kratzfrage. Dann besprach der Redner das Verhalten des Herrn Dr. Rugdan im Reichstag, und unterzog es einer herben Kritik. Hierzu wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Dresdener Garten versammelten Mitglieder der Ortskrankenkasse der Schloffer und verwandten Gewerbe protestieren und weisen den Vorwurf, welchen Herr Dr. Rugdan im Reichstag gegen die Krankenverwaltungen erhoben hat, daß diese im Gegensatz zu den Mitgliedern in der Frage der Kratzverjorgung einen anderen Standpunkt einnehmen, mit Entschiedenheit zurück.

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Maßnahmen des Vorstandes und des Gewerke-Krankenvereins zur zweckmäßigen Festlegung der bestehenden Kratzverjorgung durch langjährige Beiträge einverstanden. Die Versammlung protestiert energisch gegen die den Thatsachen nicht entsprechende Behauptung des Dr. Rugdan, daß die Kassen für sozialhygienische Verbesserungen nur Worte beiföhen, und kennzeichnet die Ausführungen des genannten Herren in der Kassenfrage als unerwünschte Unterstellungen, die geeignet sind, das Selbstverwaltungsrecht zu schädigen.“

Ein schanderhaftes Urteil.

Ein Schulknabe aus Reuth im sächsischen Vogtlande, 14 Jahre alt, schlich sich in die offene Kirche in Bad Elster ein, erbrach eine Sammelbüchse und stahl daraus 24 Pfennige.

Vom Landgericht Plauen wurde er dafür zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt!

Sieht es außer den Richtern, die es fällten, noch einen Menschen, der dieses Urteil für gerecht hält?

Gesetzlicher Lehrlingslohn im Kanton Basel.

Unser Genosse Regierungsrath Müllerhögler in Basel hat als Chef des Departements des Innern den Entwurf zu einem Lehrlingsgesetz ausgearbeitet, da ein solches gegenwärtig in diesem Kanton nicht besteht. Der Entwurf umfaßt eine sehr umfangreiche Vergründung in der die Gesetzgebung des In- und Auslandes Berücksichtigung gefunden hat. Dem Gesetze werden alle Lehrlinge beider Geschlechter in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben, sowie Lehrverhältnissen unterstellt, auch junge Leute in Fabriken, wenn sich aus der Gesamtheit der Anstellungsverhältnissen ein Lehrverhältnis ergibt. Unter gewissen Bedingungen kann den Unternehmern das Recht des Lehrlingshaltens auf eine Dauer bis zu 10 Jahren entzogen werden. Unter 14 Jahren darf kein Lehrling eingestellt werden. Jeder Lehrling ist zur Eintragung in das amtliche Lehrlingsregister anzumelden und in jedem Falle ein schriftlicher Lehrvertrag zwischen den Beteiligten abzuschließen, der sich auf die Dauer der Lehrzeit, der Probezeit und der täglichen Arbeitszeit sowie auf die beiderseitigen Vergütungen zu erstrecken hat. Vorgeföhrien sind ferner humane Behandlung und, insofern der Lehrling in der Familie des Meisters lebt, ausreichende Ernährung und anständige Verbergung sowie Pflege im Erkrankungsfalle. Der Besuch der Fortbildungs-, Ergänzungs- und beruflichen Fachkurse sowie die Teilnahme an den Lehrlingsprüfungen wird obligatorisch erklärt. Zum Besuch der Religionsstunden (eine Konzeption an das in Basel tughernde Minderkum), sowie zur Ausführung der Prüfungsarbeiten ist die nötige Zeit während den Arbeitsstunden dem Lehrling freizugeben. Für einzelne Berufsarten kann der Regierungsrath die Lehrlingsprüfungen obligatorisch erklären. Die Arbeitszeit wird auf zehn Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlicher festgesetzt. Die Nacharbeit ist nur in denjenigen Gewerben zulässig, die dem täglichen Bedarfe dienen oder bei denen sie die Natur des Betriebes erfordert. Die Arbeits- und Schlafräume der Lehrlinge unterstehen der Kontrolle der Gewerbe-Inspektion und Sanitätspolizei. Vorbehalten bleibt die Auffstellung von Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit und die in einem Betriebe zulässige Maximalzahl von Lehrlingen. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht über die Durchführung des Lehrlingsgesetzes wird dem Departement des Innern eine Kommission mit dem Namen „Lehrlingspatronat“ beigegeben, die aus zwölf Mitgliedern besteht, wovon wenigstens zwei weibliche und je vier Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer sein sollen. Um unbemittelte befähigte junge Handwerker, Techniker und Kaufleute, welche die Lehrlingsprüfung mit ausgezeichnetem Erfolge bestanden, können zum Zwecke der weiteren Ausbildung in Fachschulen, Werkstätten, Handelshochschulen usw. Stipendien bewilligt werden. Die Mitglieder des Lehrlingspatronats erhalten für jede Sitzung eine Entschädigung von 2 Fr., desgleichen werden sie für besondere Funktionen entschädigt. Zur Durchführung des Gesetzes wird dem Gewerbe-Inspektor ein weiterer Gehilfe beigegeben. Die Uebertretung der Vorschriften des Gesetzes wird mit Geld- oder Haftstrafe bestraft.

Der Gesetzentwurf bietet nicht nur mit der endlichen formellen Regelung des bisher ausschließlich der privaten Vereinbarung überlassenen Lehrlingswesens einen Fortschritt, sondern auch mit zahlreichen Specialbestimmungen, die ein schätzbares Stück Arbeiterschutz und Socialpolitik darstellen. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht und Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Damen haben auf der Galerie Zutritt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Schönhäusen. Die morgen stattfindende Erwahlwahl zur Gemeindevertretung verlangt, daß die politisch organisierten Genossen ihre volle Schuldigkeit thun. Die Scharte vom 18. März muß angewetzt werden. Die bürgerlichen Parteien haben diesmal verschiedene Kandidaten aufgestellt; sie werden also ihre Stimmenzahl gesplittet. Da heißt es doppelt achtgeben. In einer Stichwahl zwischen unserm Kandidaten und einem der bürgerlichen Parteien darf es erst gar nicht kommen. Gleich im ersten Wahlgange müssen wir siegen. Deshalb hat jeder Einzelne von uns in seinem engeren Kreise zu agitieren; es muß dafür gefordert werden, daß Eämigkeit und Indifferentismus uns nicht auch diesmal wieder den Sieg bereiten. — Gleichzeitig sei auch noch einmal auf die heutige Volksversammlung in Wenzels „Lindengarten“ hingewiesen, in der Redakteur Paul John über „Unsre kommunalen Forderungen in der Gemeinde“ referieren wird. Parteigenossen, sorgt für zahlreichen Besuch!

Wilmersdorf. Der Wahlverein hält heute seine Vereinsversammlung im Wilmersdorfer ab. Genosse Waage spricht über „Babel und Bibel“. Anfang 8 Uhr.

Lokales.

Abchied von der Freiheit.

Die neuen Leute, die eine sozialdemokratische Mauerungsfrage aufgerollt haben und tiefgründig erstarrten, wann der große Moment eintritt, wo das Salz der sozialdemokratischen Programmforderungen sich im bürgerlichen Hazerbrei auflöst, diese Leute würden sich über die Grundlosigkeit ihrer Hoffnungen klar werden, wenn sie Umschau halten und ihre ebenso eifrigen wie ungeschickten Küchenhelfer bei der Arbeit betrachten wollten.

Doch gehen wir vom Wilde zur Wirklichkeit über. Wer gut bürgerlich im Sinne der heutigen Ordnung seine Pflicht thut, dem bleibt der Lohn nicht aus. Als besserer Beamter wird er Ritter des roten Adlerordens vierter oder gar dritter Klasse, als Unternehmer Kommerzienrat, als Schullehrer, Organ der Volkziehungsbehörde oder Jhring-Maßlov-Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens. Aber auch uns Sozialdemokraten gegenüber zeigt der Staat nicht mit Zeichen der Anerkennung. Allerdings sehen diese anders aus als die erwähnten „Künderpielzeuge“; wer als „Ordnungsfeind“ und „Lünder der Wahrheit“ tapfer auf dem Posten ist, wird dies am ehesten durch seine Verurteilung zu etlichen Monaten Gefängnis gewahrt.

Das ist zwar ein ganz ander Ding als ein Orden, aber es wird in unsren Reihen auch gewürdigt, und wer einmal zu der höchsten Ehre gelangt ist, die der heutige Staat an Sozialdemokraten zu vergeben hat, der entgeht ebenso wenig dem Schicksal, beim vollen Glanze gefeiert zu werden, wie in der bürgerlichen Gesellschaft der neugebaute Ritter pp.

So war denn auch am Abend ein Kreis von Parteigenossen und Genossinnen versammelt, um unsren beiden Kollegen Leid und Kalisli vor ihrem Eintritt ins Gefängnis zu Tegel die üblichen na, sagen wir — Glückwünsche darzubringen. Mit ihnen hat die deutsche Gerechtigkeit, welche die genannten Ehrungen zu vergeben hat, es besonders gut gemeint. Ueber Leid ist eine Gesamtstrafe von 15 Monaten Gefängnis verhängt worden, über Kalisli eine solche von acht Monaten. Der aus Anlaß der Kaiserinselfaßre mit so ausgezeichnetem Glück unter Dach und Fach gebrachte Majestätsbeleidigungsprozeß und der Prozeß, der sich an die Aufhebung der ober-schlesischen Wahlangelegenheiten knüpfte, waren im wesentlichen die Ursachen, daß deutsche Richter die erwähnten Verurteilungen aussprachen. So lange es noch möglich ist, daß an Sozialdemokraten, die unerschrocken ihre Pflicht thun, derartiges geschieht, so lange sollten die Mauerungsphantasten ihre Weisheit für sich behalten. Wie man auch über die deutsche Justiz denken mag, die eine Anerkennung muß man ihr zollen, daß sie eine klarere Anschauung über das Wesen der Sozialdemokratie hat als jene Politiker, daß sie die sozialdemokratische Gefahr erkennt und weiß, daß unsrer Mauerung erst eintritt, wenn die uns von der Geschichte vorgezeichnete Aufgabe gelöst, wenn die kapitalistische Ordnung der Dinge durch die sozialistische ersetzt ist.

In diesem Sinne hielten sich denn auch die Ansprachen, die an die beiden Opfer der deutschen Justiz gerichtet wurden und die Erwiderungen unsrer Gefängnislandkandidaten. Dieser Stimmung schlossen sich auch die Gesangsvorträge an, die die „Typographia“, wohl die hervorragendste Liedertafel in der Berliner Arbeiterkassette, den beiden Scheidenden widmete. Es ist ja gewiß nichts Leichtes, die Entbehrungen, die graue Monotonie des deutschen Gefängnisdaseins zu ertragen. Nur wer selber das Leben hinter Eisen-Gittern durchlitten hat, weiß erst, welche Energie dazu gehört, sich den Einwirkungen der vielen häßlichen Eindrücke zu entziehen. Liebertunden werden kaum das Gefängniselend nur von dem, der von dem unerträglichsten Bewußtsein durchdrungen ist, daß das mannhafteste Eintreten für einen großen, stetigen Gedanken ihn in den Kerker geführt hat, den die Gewißheit besetzt, daß das von ihm gebrachte Opfer wertend wirkt und dem für die Befreiung der Menschheit kämpfenden Heere tausende, zehntausende neuer Streiter zuführt. Wer als Sozialdemokrat ins Gefängnis geht, geht als Sieger ins Gefängnis, stolz erhobenen Hauptes. Und so sind denn unsre Abschiedsfeiern frei von aller Kopfhängerei und Sentimentalität. Der Humor wirft seine Sonnenstrahlen auf die Opfer und jeder ihnen dargebrachte Händedruck spricht die Ueberzeugung aus, daß sie bei ihrer Rückkehr in die Freiheit, die Verwirklichung der Idee, für die sie leiden, abermals um ein gutes Stück gefördert seien.

Unser Kollege Leid ist am Montag nach der Strafanstalt in Tegel gegangen. Kalisli wird diese Redakteursheimstätte in den nächsten Tagen aufsuchen. Wie erinnerlich, ist Leid vor Monaten in der Kaiserinselfaßre wegen Fluchtverdachts auf vierzehn Tage in Untersuchungshaft genommen worden, trotz der ja auch wohl deutschen Richtern bekannten Thatfache, daß noch nie ein „Vorwärts“-Redakteur vor der deutschen Justiz ausgerückt ist. Von beiden Kollegen nehmen wir hier noch einmal mit dem Wunsch Abschied, daß sie die harte Dast ohne allzu großen Schaden an der Gesundheit überstehen und als die tapferen Soldaten, die sie bis dahin waren, einst wieder in die Reihen unsrer Armee eintreten mögen!

Handwerkskammer zu Berlin.

Alljährlich einmal hält die Handwerkskammer eine Volksversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit lönte die Öffentlichkeit erfahren, was der Vorstand der Kammer zur Förderung des Handwerks gethan hat, falls derartige Thaten zu verzeichnen wären und falls die auf Grund des Zunungsgeleges geschaffenen Institutionen zur Förderung der Interessen des Handwerks überhaupt etwas zu thun in der Lage wären. Was man in der am Montag abgehaltenen Volksversammlung der Handwerkskammer über die Leistungen des Vorstandes erfuhr, war denn auch recht wenig. Der Vorstand hat sich die Regelung des Lehrlingswesens besonders angelegen sein lassen. Im Gebiet der Kammer sind 1000 Beauftragte der Zunungen eingesetzt, um eine Kontrolle nach der Richtung hin auszuüben, ob ein Meister zu viele Lehrlinge hält, ob Lehrverträge abgeschlossen sind, und ob die Ausgelernten auch die Gesellenprüfung ablegen. Das ist gewiß nicht viel für die Interessen der Lehrlinge, aber selbst diese dürftige Kontrolle konnte, wie der Kammer-Sekretär im Geschäftsbericht sagte, nur mangelhaft durchgeführt werden, erstens weil es an ausreichenden Mitteln fehlt, und ferner, weil viele Obermeister in der Durchführung dieser Kontrolle einen überflüssigen Bureaukratismus sehen. Die einzige positive Leistung, welche der Kammervorstand im Interesse seiner Mitglieder durchgeführt hat, ist die Einrichtung von Meisterkursen, in denen Unterweisung erteilt wird in Buchführung und allgemeiner Geschäftskunde, Gesetzkunde sowie Zuschneide-Unterricht für Schneider und Schuhmacher. Diese Einrichtungen sind jedoch erst im Versuch.

Interessant ist ein Blick in den Verwaltungsjahresplan der Handwerkskammer. Bei einem Gesamtetat von 82 950 M. erfordert das Bureau einen Aufwand von 39 850 M.; davon entfallen 28 650 M. auf Gehälter, wovon der Sekretär 6500 M., der wissenschaftliche Hilfsarbeiter 3000 M., der expedierende Sekretär 2800 M. bezieht. Für persönliche Ausgaben der Vorstandsmitglieder z. B. sind 5050 M. ausgeworfen, für Reisekosten und Tagegelder 4000 M., für Gesellen- und Meisterprüfungen 11 000 M., für die Meisterkurse sowie Beihilfen für Fach- und Fortbildungsschulen 10 500 M., für Diplome und Meisterbriefe 200 M., und zur Förderung sonstiger Aufgaben der Handwerkskammer 4000 M.

In der Debatte über den Haushaltsplan bemängelte ein auswärtiger Meister die hohen Kosten des Beamtenapparats; schließlich wurde aber der Etat genehmigt, ja man

besaßte ihn noch etwas mehr, indem man den Vorstandsmitgliedern auf ihren Antrag höhere Diäten und Reisekosten bewilligte.

Auf die Führung des Meistertitels haben die Zunungsschwärmer von jeher ein großes Gewicht gelegt. Die Erwerbung dieses Titels durch die vorgeschriebenen Meisterprüfungen macht viel Umstände und Kosten, ohne daß er seinem Träger irgend einen Vorteil bringt. Es werden deshalb nur wenige Meisterprüfungen abgelegt. Um den geprüften Meistern greifbare Vorteile zu verschaffen und einen stärkeren Anreiz zu den Meisterprüfungen zu erzielen, nahm die Versammlung einen Antrag des Obermeisters Bernard an, welcher eine Aenderung der Gesetzgebung dahin fordert, daß das Recht, Lehrlinge zu halten, nur den geprüften Meistern zustehen soll, und daß die Meisterprüfungen durch die bewährten Zunungen unter Mitwirkung der Handwerkskammer vorgenommen werden.

Die Fortsetzung der vorerst versuchsweise eingerichteten Meisterkurse fand die Billigung der Versammlung. Der Obermeister der Schuhmacher-Zunung verspricht sich von dieser Einrichtung einen Erfolg, auf den allerdings nur jemand rechnen kann, der mit seinen Anschauungen um ein Jahrhundert hinter der Gegenwart zurückgeblieben ist. Recht hat der Obermeister ja darin, daß es heut nicht viele Schuhmachermeister giebt, die einen gut passenden Stiefel anfertigen können. Mag auch sein, daß die Teilnahme an einem Meisterkursus den Schuhmacher befähigt, seine Mitmenschen tadellos zu beschauen; aber das ist der große Jrrtum des Obermeisters, daß er glaubt, die Käufer fertiger Stiefeln würden dann zur Bestellung von Maharbeit zurückkehren. Solche Anschauung erklärt sich wohl bei einem Obermeister, sie kann aber nicht Wirklichkeit werden, solange der Handwerksmeister nicht im Stande ist, in jeder Hinsicht — auch im Preise — mit der Maschinenarbeit zu konkurrieren. Das ist es auch, woran alle Bestrebungen zur Rettung des Handwerks — mögen sie auch noch so gut gemeint sein — scheitern müssen.

Das Kuratorium des städtischen Obdach- und des Arbeitshauses hatte am Montag ein Sitzung, in welcher außer einer Reihe Verwaltungsangelegenheiten, zum zweitenmal, eine recht kleinliche Sache zur Sprache kam. Der Oberarzt im Rummelsburger Arbeitshaus ersucht, daß in der Anstalt ein zweites Frühstück gegen Bezahlung verabsolgt werden soll, da das Mitbringen von Eßware besonders im Sommer verboten und in der Nachbarschaft nichts zu haben sei. Auf Anregung von sozialdemokratischer Seite soll, unter Zustimmung zum Besuch, künftig das Frühstück unentgeltlich gereicht, d. h. in den Etat mit aufgenommen werden. Der Punkt 4 der Tagesordnung: „Anderweitige Einteilung des Verwaltungsdienstes im Obdach“ wurde auf Antrag des Genossen Hoffmann von der Tagesordnung abgesetzt; letzterer beantragte, daß die alten Organisationsstatuten erst abschrittlich den Kuratoriumsmitgliedern aufgestellt werden, damit dieselben in der Lage sind, Vergleiche zu ziehen.

Auf wiederholte Beschwerde Hoffmanns wegen des zu späten Herauslassens derjenigen Obdachlosen des nächtlichen Obdach, welche zur Arbeit gehen wollen, teilte der Vorige den Stadtrat Fischbeil mit, daß jetzt Vorkehrung getroffen ist, daß diejenigen Leute, welche sich abends melden, in einem besonderen Saal untergebracht werden und frühzeitig zur Entlassung kommen. Auf Beschwerde wegen der großen Anzahl Wanzu sei durch Ausbrüche der Prüßischen mit heißem Wasser Abhilfe zu schaffen versucht worden, leider nicht mit gewünschtem Erfolg. Im Sommer soll wieder ein allgemeiner Feldzug gegen dieses „Notwild“ beginnen, bis dahin müssen die Armen sich noch weiter plagen lassen. Das Ausbreiten der Schlafbeden soll insofern, nach Angaben Hoffmanns und Augustins zum Teil zwecklos sein, als die Decken in Hallen zusammengelegt, nach Festlegung des Stadtrats Fischbeil 20 Stück, und so in den Ofen gelangen, wobei die in der Mitte liegenden Decken nicht in dem Maße von der Hitze getroffen werden, daß das Ungeziefer vernichtet wird. Hierüber sollen Sachverständige gehört und event. Wandel geschaffen werden. Nach einem Protest unsrer Genossen gegen die willkürlichen Aenderungen der festgesetzten Revisionen durch Stadtrat Fischbeil, zu welchen sich dieser berechtigt hält, wurde die Sitzung geschlossen.

Werkwürdiges aus den städtischen Heilanstalten. Wer sich in eine der städtischen Heilanstalten begiebt oder einen Angehörigen darin unterbringt, der muß sich auf mancherlei Gefahr machen. Zahlreich sind die merkwürdigen, unbegreiflich erscheinenden Vorkommnisse, die aus den Krankenhäusern und Irrenanstalten unserer Stadt bekannt geworden sind. Der „Vorwärts“ hat in Laufe der Zeit eine ganze Reihe von schlimmen Fällen veröffentlicht, die mit Recht Entrüstung hervorgerufen haben; die schlimmsten werden unsern Lesern noch in frischer Erinnerung sein. Heute haben wir nun aus einer dieser Anstalten etwas mitgeteilt, was bei dem Unbedeutendsten vielleicht nur Heiterkeit weckt wird. Die davon betroffene Person ist aber auch durch dieses Vorkommnis recht peinlich berührt worden.

Ein Prauerkautischer D. hatte am 10. März seine fränke Frau in das städtische Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Um nicht seines Wahlrechts verlustig zu gehen, hatte er so gleich bei der Aufnahme für die ersten 30 Verpflegungstage einen Kostenvorschuß von 75 Mark (pro Tag 2 50 Mark) eingezahlt. Nach vor Ablauf dieser 30 Tage, in der Nacht vom 8. zum 4. April, starb die Kranke. Durch amtliches Schreiben der Krankenhaus-Direktion, das noch am 4. April einging, wurde D. davon benachrichtigt, Herr D. ließ die Leiche aus dem Krankenhaus abholen und sie am 7. April beerdigen. Da die Verstorbene nur 25 Tage in der Anstalt verpflegt worden war, so wurden dem Mann von dem eingezahlten Kostenvorschuß noch 12 50 Mark für fünf nicht geleistete Verpflegungstage zurückgezahlt. Die traurige Angelegenheit schien hiermit erledigt, als D. am 18. April, 14 Tage nach dem Tode seiner Frau, zu seiner großen Ueberraschung aus dem städtischen Kosteneinzahlungsbureau ein vom 16. April datiertes Schreiben erhielt, das also lautete: „Der für Ihre Ehefrau (folgt der Name), welche am 10. März 1904 in das städtische Krankenhaus Friedrichshain aufgenommen ist, bisher eingezahlte Kostenvorschuß von 75 Mark deut die Kosten bis zum 8. April 1904. Da die Fortsetzung der Verpflegung über diesen Termin hinaus notwendig geworden ist, ersuchen wir Sie, einen weiteren Vorschuß von 75 Mark im Krankenhaus einzuzahlen; andernfalls muß Armenpflege eingeleitet werden.“

Selbstverständlich liegt hier ein Versehen vor, das entweder auf dem Bureau des Krankenhauses Friedrichshain oder auf dem Kosteneinzahlungsbureau gemacht worden ist. Die Sache ist zwar, wenn die Folgen berücksichtigt werden, bei weitem nicht so schlimm wie die anderen Mißgriffe, aber die wir aus städtischen Kranken- und Irrenanstalten zu berichten gehabt haben, die Verdrigung verstorbenen Patienten ohne Wissen der Angehörigen, die rasche Ausweisung Kranken wegen geringer Uebertretungen, und so weiter. An sich ist aber auch dieser Fall ein starkes Stück, und er wirkt auf die in der städtischen Verwaltung herrschende Ordnung ein eigenartiges Licht.

Der Inselfpeicher, dessen Ankauf und Abbruch vom Magistrat und Stadtverordneten-Ausschuß beschlossen worden ist, war vor 100 Jahren Eigentum der Stadt Berlin. Das Grundstück wurde 1819 für 26 655 Thaler 18 Groschen an den Staat verkauft und 1823 zum Preise von 60 000 Thaler vom Kriegsministerium zurück erworben. Ein Jahr darauf wurde dann das Grundstück zum Selbstkostenpreise an die Berliner Kaufmannschaft wieder verkauft. Jetzt hat die Stadt es für den Preis von 3 1/2 Millionen Mark erstanden, das heißt für den achtzehnfachen Preis. Den jetzigen Besitzern soll das Grundstück 2 1/2 Millionen Mark kosten, sie würden demnach einen recht netten Kaugen von 750 000 M. einstreichen, also ein gutes Geschäft machen.

Abermals ist der Staat gerettet worden. In der Druckerei unsrer Parteigenossen Götte in Charlottenburg sowohl wie auch in der Wohnung des Genossen Strezelewitz in Pantow fand eine Hausfuchung nach der Niederlegung statt, die von der Sängergesellschaft Strezelewitz herausgegeben ist. Während in Pantow 148 Exemplare des sechsten Festes dieser Sammlung kon-

fiziert wurden, war das Resultat der Hausfuchung bei Götte gleich Null. Beide Parteigenossen sollen sich, wie es heißt, wegen angeblichen Vergehens gegen den Religionsparagrafen des Strafgesetzbuches zu verantworten haben.

Auslegung der Gewerbesteuerrolle. Gemäß der Vorschrift im § 31 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 wird die für das Steuerjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1906 festgesetzte Gewerbesteuerrolle bis einschließl. 30. April d. J. täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in dem Bureau der Steuerdeputation des Magistrats, Abteilung I, Poststr. 16, 1 Treppe, unter Aufsicht der dazu bestellten Beamten öffentlich ausliegen. Die Einsicht in die Steuerrolle ist nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirktes gestattet.

Graf Pädler vor Gericht. Graf Pädler begab sich gestern in Begleitung des Oberinspektors des Glogauer Gefängnisses, das seit einigen Tagen Pädlers Domizil war, auf das Gericht in Glogau, wo er sich vor der Strafkammer wegen Beleidigung des Haltestellenvorstehers zu Klein-Tschirne zu verantworten hatte. Die Beleidigung war in einem Schreiben Pädlers an die Posenener Eisenbahndirektion enthalten, in dem unter anderem gesagt wurde, der Vorsteher mache einen verbummelten und schlappen Eindruck und sei nicht geeignet, seine Stellung zu versehen. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe. Graf Pädler und sein Verteidiger beantragten Freisprechung. Graf Pädler sagte unter anderem: Er sei 17 mal auf der Anklagebank gewesen, aber die Behandlung, die ihm hier in Glogau zu teil werde, wäre ganz unüblich. In ganz Deutschland würde man darüber reden. Hunderttausend Reichsdeutsche würden mehr entstehen. Er ziehe jetzt mit scharfem Schwert gegen die Behörden und die Regierung los. Graf Pädler wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Pfingst-Sonderzüge werden in diesem Jahre von Berlin nach Dresden-Schandaу (Sächsische Schweiz), nach dem Riesengebirge (Grißberg, Schmeideberg, Petersdorf x.) und nach Hamburg-Altona (mit Anshluß nach Kiel, Glücksstadt, Helgoland, Westerland x.) zur Beförderung gelangen. Die Sonderzüge, zu denen, wie in den Vorjahren, Fahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgeben werden, gehen am Sonnabend vor dem Pfingstfest, 21. Mai, ab und zwar: die Sonderzüge nach der Sächsischen Schweiz vom hiesigen Anhalter Bahnhofe um 2 Uhr 10 Minuten, die nach dem Riesengebirge vom Götlicher Bahnhofe um 8 Uhr 12 Minuten vormittags und die nach Hamburg-Altona x. vom Lehrter Bahnhofe 3 Uhr 20 Minuten nachmittags bzw. 10 Uhr 28 Minuten abends. Die genauen Fahrpläne werden noch bekannt gegeben. Es tritt bei diesen Sonderzügen zum erstenmale die neue Einrichtung in Kraft, nach welcher, wie gemeldet, die Fahrkarten nur am Schalter der Ausgangsstation zu haben sind, im vorliegenden Falle also am Anhalter, Götlicher bzw. Lehrter Bahnhofe.

Zweitausend Landwehrmänner, darunter 600 Berliner, werden am 27. ds. Mis. beim 4. Armeecorps zu einer vierzehntägigen Übung eingezogen. Transporteure vom 147. Infanterie-Regiment trafen gestern hier ein, um die Berliner morgen ihren Standorten zuzuführen. Jedes Infanterie-Regiment des Corps stellt eine Landwehrcompagnie zusammen.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einer Gaspritze der Feuerwehrr erfolgte Montag gegen Abend an der Kreuzung der Jerusalem- und Schillingstraße. Hierbei zog sich der Fahrer Lehmann von der Gaspritze eine schwere Verwundung zu. Die Spritze kam vom Depot aus der Mauerstraße und befand sich auf dem Wege zur Hauptfeuerwache in der Lindenstraße. Obgleich nur im gemäßigten Tempo gefahren und auch fortwährend geläutet wurde, kam es doch beim Uebergang über die Jerusalemstraße zu einer Karambolage mit dem elektrischen Straßenbahnwagen 2083 der Linie Roabit-Götlicher Bahnhof. Der Anprall war so heftig, daß die 48 Centner wiegende Spritze samt der Mannschaft im Kreise herumgedreht wurde und der Straßenbahnwagen aus den Schienen sprang. Die auf der Spritze sitzenden Mannschaften mit dem Brandmeister Duwa hatten sich noch rechtzeitig kraussthaft festgehalten, nur der Fahrer Lehmann wurde in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geworfen. Hierbei wurde ihm eine Knieverletzung sehr schwer verletzt, auch zog er sich durch den Sturz noch Verstauchungen zu. Er wurde zunächst nach der Hauptwache gebracht. Die Pferde waren durch den Zusammenstoß so eingeschüchert, daß sie nicht wieder anziehen wollten, so daß sie vielleicht für den Feuerwehrrdienst untauglich geworden sind. Ein Rad der Gaspritze wurde vollständig zertrümmert. Während der durch den Unfall herbeigeführten Verlethungsförderung nutzten die vom Dönhofsplatz kommenden Straßenbahnwagen einwilligen durch die Lindenstraße abgelassen werden. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Schuld den Feuerwehrräthchen insoweit treffen, als er erst kurz vor der Kreuzung das Signal abgegeben hat.

Ein Unhold wurde am Sonntagmittag in der Kaunhstraße festgenommen. Der Maler Victor Gursli aus der Dranienstraße 187 stand schon länger im Verdacht, ein gefährlicher Freund kleiner Mädchen zu sein. Schon im Jahre 1901 war er einmal verhaftet, mußte aber wieder entlassen werden, weil das Verlastungsmaterial nicht ausreichte. Am Sonntag wurde er auf frischer That ertappt. Ein Junge beobachtete ihn auf der Treppe und benachrichtigte die Mutter des Mädchens. Als diese nun kam, ließ Gursli davon, um sich in einer Schankwirtschaft zu verbergen. Die Frau verfolgte ihn aber und ließ ihn festnehmen. Am 19. dieses Monats verurteilte er sein lichtschues Treiben mit einem Kinde, das vorher schon gewarnt war und schreiend entflohen. Leider wurde in diesem Falle keine Anzeige erstattet. Wahrscheinlich ist das auch in anderen Fällen noch unterblieben; denn bei seiner Festnahme zeigte sich, daß die ganze Kinderkassette, die sich ansammelte, den Unhold lampte.

Auf der Straße schwer verunglückt sind der 31 Jahre alte Metallschleifer Paul Horchert aus der Remelerstr. 63 und der 15jährige Maurer Emil Fischel aus der Eberthstr. 2. Horchert glitt beim Uebersteigen des Fahrstuhnes an der Ecke der Remelerstraße und der Frankfurter Allee vor einem Straßenbahnwagen aus, fiel hin und wurde ungefähr 50 Schritte weit geschleift. Er zog sich einen Oberarmbruch und Quetschungen des Brustkastens und der Beine zu. Fischel glitt, als er Arm in Arm mit einem Arbeitsgenossen vom Mittagessen nach seinem Bauplatz am Säbuser 22 gehen wollte, auf dem Bürgersteige aus, schlug mit dem Kopf auf die Vordschwelle auf und blieb mit einer schweren Gehirnerschütterung bewußtlos liegen. Die Verunglückten wurden mit Küchischen Rettungswagen nach dem Krankenhause am Friedrichshain und in Roabit gebracht.

Die Einbrüche in Schulen haben nach der Festnahme des Weigenbiebes noch nicht aufgehört. Aus dem Dorottheenstädtischen Realgymnasium wurden zwei Schreibmaschinen im Werte von 800 M., die der kaufmännischen Fortbildungsschule gehören, gestohlen. Der Dieb verlegte sie auf gefällige Papiere, nach denen er sie bei Frißer u. Hofmann gekauft hätte. Die Papiere lauteten auf den Namen eines Kaufmanns Max Blumenreich. Die Kriminalpolizei ermittelte die Maschinen, beschlagnahmte sie und stellte sie der Eigentümerin wieder zu.

In des Waldes tiefsten Gründen. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde eine Räuberhöhle in der Weinmeisterstraße zwei Einbrecher festgenommen, während ein dritter entkam. Der eine ist ein Schlosser Julius Plath, der andre nannte sich Schiffer Schow. Bei diesem fand man Papiere auf den Namen Walthers, und als man ihn deshalb beim Erkennungsdienst nach, ergab sich, daß er ein von der Staatsanwaltschaft wegen eines Diebstahls in Stuttgart längst gesuchter ehemaliger Matrose Karl Meyer ist. Wo er wohnt, wollte Meyer durchaus nicht sagen, Plath aber gab schließlich an, daß er mit Meyer und mit Dorn, einem dritten im Bunde, seit Jahr und Tag in einer Höhle in der Zegeler Forst in der Tiefe des Gendarmenweges gehaust habe. Am Sonnabend fuhren nun Kriminalbeamte mit Plath nach der Heide hinaus und ließen sich nach der Befragung der Verdächtig-

Mären. Sie bildete eine Höhle in einer dichten Schöpfung. Nur ein schmaler Pfad, den die Vetrohner durch Zurechtziehen der Zweige hinter sich jedesmal wieder verbargen, führte zu ihr. Eine Bande von einigen zwanzig Stroichen und Frauzenzimmern, die in die Nähe des Berges erst neugierig heranlief, stob auseinander, sobald sie den ihr bekannten Pfad gefasst inmitten der fremden Männer sah. Nachdem die Beamten mit ihrem Führer in gebückter Haltung das Gestrüpp durchschritten hatten, kamen sie an einen engen Eingang, durch den sie sich nur auf dem Bauch liegend in die Höhle hineinschieben konnten. Diese war in die Erde eingegraben und mit dichtem Gezweig überdacht. Das geräumige Zimmer war mit Stroh, Blättern, Laos, getrockneten Leppichen, Federn und Säden ausgelegt und zum Lager bequem hergerichtet. Eine große Eisenplatte diente als Unterlage für eine Feuerstelle, auf der die Verbrenner mit Wasser aus dem nahen Kanal kochten. Der Rauchabzug war kaum zu sehen. In der Höhle fanden die Kriminalbeamten den entkommenen dritten Einbrecher, einen früheren Arbeiter Arthur Keder. Die Frauzenzimmer, die sonst mit den Verbrennern zusammen hausten, waren ausgegangen und nicht zu finden. Die Höhle barg eine Unmenge getrockneter Sachen, meistens mindertwertige, die die Verbrenner nicht sofort verschärfen konnten. Sie führten aus 50 verschiedenen Diebstählen her. Meyer hatte sich außerdem in den Räumen eine Fabrik für falsche Ausweispapiere eingerichtet, mit denen er in den Kaufmann einen schwindehaften Handel trieb.

Zur Bestimmung gekommen. Der Selbstmordversuch eines Liebespaars wird von Grünau gemeldet. Mit der Angabe, ihr Bräutigam, der Droßig Karl Anton, habe sich in der Dahnme ertränkt und sie habe darauf Gift genommen, wandte sich am Sonntag ein Mädchen aus Berlin, Helene Kramer, an einen Willensbesitzer beim Wendenhof. Kerze stellten fest, daß das Mädchen sich mit einer ätzenden Flüssigkeit eine Verbrennung des Mundes und der Nasenhöhle zugezogen hatte, und veranlaßten nach Verabreichung der ersten Hilfe dessen Ueberführung in das Köpener Krankenhaus. Der Bräutigam hat sich aber nicht ertränkt. Er lehrte gestern nach seiner Wohnung in der Kleinen Alexanderstraße zurück und erklärte seiner Wittin, daß er Gelenkrheumatismus habe, und legte sich ins Bett. Als nun die Frau von der Vergiftung des Mädchens Kenntnis erhielt und ihn zur Rede stellte, erzählte er, daß er ebenfalls Pöllenstein genommen habe. Mit verbranntem Munde sei er nach dem Wasser gelaufen und bei dem Versuche, von einem Kanne aus mit dem Gut Wasser zu schöpfen, in die Dahnme gefallen, aus der er sich gerettet habe. Der junge Mann, der über die Veranlassung zu dem Vergiftungsversuch ebensowenig Auskunft geben will wie seine Geliebte, wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Sein Zustand ist aber nicht gefährlich.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Montag wurde sie nach der Müllerstr. 166 gerufen, weil hier bald nach Mitternacht dichter Rauch aus dem Boden drang. Es brante der Fußboden, allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial, doch konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Die nähere Untersuchung des Brandherdes ergab, daß hier vorsätzliche Brandstiftung vorlag. Die Polizei ist verständig worden, um die weitere Untersuchung in betreff des Täters zu führen. Vormittags 9 Uhr hatte der 17. Löschzug längere Zeit in der Alexanderstr. 112 zu thun, um einen großen Schornsteinbrand zu beobachten. Gegen Mittag mußte der Wasserschiffwagen desselben Löschzuges nach der Künze-straße ausrücken. Hier galt es, ein gestülptes Pferd wieder auf die Weine zu bringen. Im übrigen hatte die Wehr in der Zwischenzeit verhältnismäßig wenig zu thun. Nur noch einige ganz unbedeutende Brände kamen zur Meldung, die ein sonderliches Eingreifen nicht erforderten.

Ein Volkslieder-Konzert gab es Sonntagmittag 12 Uhr im Circus Busch. Es wurde von dem sehr starken Chor der Berliner Liedertafel ausgeführt und erzielte unter der Leitung des Herrn Chormeisters Jander eine imposante Wirkung. Der Vortrag war tadellos und kam in dem akustisch gar nicht üblen Raum durchaus zur Geltung. Aber auch die Dauer wird einem selbst Kaviar beschwerlich, und hintereinander dreißig Lieder anzuhören, ist für den Konzertbesucher eine Leistung. Wir stellen uns vor, daß auch die Sänger und ihr Dirigent das Empfinden gehabt haben müssen, quantitativ ein bißchen viel geboten zu haben; die Hälfte der Nummern wäre bei künftigen Gelegenheiten auch genug. Unter den vielen bekannten Liedern gefielen vor allem Silchers „Nemchen von Tharau“ und „Es geht bei gedämpfter Trommel Klang“. Die oberen Galerien waren von Gemeindefürsinnern und Schülerinnen besetzt; da aber auch auf den unteren Rängen und in den Logen nur wenige Plätze leer waren, so wird der gute Zweck des Unternehmens, dem Verein „Kinderhort“ eine ordentliche Einnahme zu verschaffen, voll erreicht worden sein.

Theater. Im Central-Theater findet am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, eine interessante Premiere statt. Es gelangt zur ersten Aufführung das Schauspiel „Wahrheit“ von Fritz Oswald Wisse, Verfasser des bekannten Romans „Aus einer kleinen Garnison“. — Im Bürgerlichen Schauspielhaus (Carl Weich-Theater) hat das Gastspiel des württembergischen Schauspielers Emil Richard einen solchen Erfolg zu verzeichnen, daß die Direktion bemerkt gemessen ist, das Gastspiel noch auf einige Tage zu verlängern. So gelangt am Mittwoch die Fosse „Die beiden Reichenmüller“ von Anton Anno, mit Emil Richard als Träger der Hauptrolle, zur Aufführung. Am Dienstag geht „Dunkel Wälg“ zum lehrtenmal in Scene. — Lohlers Banertheater aus Tegernsee beginnt am 7. Mai ein zweimonatliches Gastspiel im Gebrüder Herensfeld-Theater. Bereits vor vier Jahren gastierten die Tegernseer im Bellealliance-Theater längere Zeit mit Erfolg.

Aus den Nachbarorten.

Ein scharfger Hund ist im Grunewald gemacht worden. Spaziergänger, die sich auf dem Wege von der Station Grunewald nach Schildhorn befanden, erblickten abseits vom Fußsteige einen Papplaffen, der verläutert war. Sie öffneten ihn und fanden darin die Arme und ein Bein eines kleinen Kindes. Ihren Hund gaben die Spaziergänger einem Gendarm, der die Gliedmaßen nach der Leichenhalle des Selbstmörder-Friedhofes bei Schildhorn schaffte.

Eine Schießerei zwischen Bogeldieben und einem Gendarm gab es Sonntagmorgen um 9 1/2 Uhr auf der Chaussee zwischen Lichtertrabe und Dulo. Der Gendarm des zuletzt genannten Ortes war in Zivilkleidung auf einer Streife begriffen und traf drei Personen bei der Bogelschießerei an. Als er ihnen zurief, stehen zu bleiben, fiel als Antwort ein Schuß, der den Gendarm an der rechten Hand verwundete. Im selben Augenblick hatte aber auch der Gendarm seinen Revolver abgefeuert und nach seiner Behauptung einen der Bogelschützen an der Hüfte getroffen. Während dieser Mann zusammenfiel, liefen seine beiden Begleiter davon und entliefen. Der Gendarm machte sich trotz seiner Verletzung auf den Weg nach Dulo, um von dort ein Fuhrwerk für den Transport des verwundeten Fremden herbeizuschaffen; als er jedoch nach einer Weile mit dem Bogen zurückkam, war auch der dritte Bogeldieb verschwunden. Nun begann anscheinend eine allgemeine Kazzia; in Lichtertrabe erhielten die Wirtse Weisung, alle Fremden der Beförderung anzuzeigen, die wie der Verwundete einen grauen Anzug trugen. Dieser Weisung fiel auch ein Steinmeyer aus Dahlwitz zum Opfer, der in Dirlholz Holz eingekauft hatte und nun in der erwähnten Angelegenheit ein scharfes Verhör zu bestehen hatte. Erst als die Beamten sich genau überzeugt hatten, daß die Kleidung des Steinmeyers nicht von Schüssen durchlöchert war, wurde er freigelassen. Die drei Bogeldiebe hat man bis jetzt noch nicht entdeckt.

Johannisthal. Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer findet heute Abend 8 1/2 Uhr bei Senflicheu statt. Herr Dr. Röder spricht über das Thema: Die Frau bei Krankheitsfällen in der Familie. Die Versammlung sollte bereits am

vorigen Dienstag bei Krause stattfinden, wurde aber aus „baupolizeilichen“ Gründen verboten.

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zunächst die neugewählten Vertreter in ihr Amt eingeführt. Zum Vorsitzenden des Gewerbeausschusses wurde der Amtsvorsteher Wille wieder gewählt. Dann wurde beschlossen, in Rücksicht auf die steigende Bevölkerungszahl (der Ort hat fast 20 000 Einwohner) und um den Bezug des zahlungsfähigen Publikums zu begünstigen, zum 1. April 1905 ein Realgymnasium nebst Vorstufe zu errichten. Während sonst die idyllische Ruhe im Dorfpark durch nichts gestört wird, kam es hierbei zu einer lebhaften Aussprache. Unsere Genossen Schilling und Oll forderten in erster Linie die bessere Gestaltung der Gemeindefchule. Der Amtsvorsteher hält es für selbstverständlich, daß nicht mehr wie 40 Kinder in einer Klasse des Realgymnasiums untergebracht werden. Für die Ueberfüllung der Volksschulklassen (70 Kinder) Abhilfe zu schaffen: ja, wer soll denn da die Steuern zahlen? Unsere Genossen gaben die treffende Antwort: Die Steuerzahler, die auch die Kosten des Realgymnasiums decken.

Ein Unfall ereignete sich am Sonnabend auf dem Neubau Badensche Straße 20 zu Wilmersdorf. Der aus Dänemark gebürtige Holzmaler Jbsen stürzte beim Glasieren eine Etage ab und blieb mit gebrochenem Arm und inneren Verletzungen unten liegen. Obgleich der Mauerpolier den Unfall sofort telephonisch meldete, erlitten doch erst nach etlicher Zeit ein Polizeibeamter, um danach zu fragen, ob der Verunglückte auch einer Krankenkasse angehöre und die Bestellung eines Transportwagens notwendig wäre. Es dauerte über eine Stunde, bis der Verletzte nach dem Elisabeth-Krankenhaus befördert werden konnte. Er ist verheiratet und hat seine Wohnung in der Logenstr. 10.

Gerichts-Zeitung.

Du hast mich zu Grunde gerichtet... Einen etwas romantischen Hintergrund hatte die Verhandlung gegen den 20jährigen Handlungsgehilfen Wilhelm Schmidt, welcher sich gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I wegen Unterschlagung und versuchte Erpressung zu verantworten hatte. Der Angeklagte war bei einer Firma in Stuttgart mit einem Gehalt von 100 M. monatlich angestellt. Er hatte das Unglück, sich in ein doriges Mädchen, welches unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand, sterblich zu verlieben. Er brachte ihm Opfer über Opfer, um Nebenbuhler aus dem Felde zu schlagen. Zu diesen gehörte auch ein junger Lieutenant. Der Angeklagte blieb Sieger, brachte aber Opfer, die seine Zukunft völlig ruinierten. Er unterschlug seinem Chef nach und nach 2500 M., die er in kurzer Zeit mit der Geliebten verpraute. Als dies Vergehen entdeckt wurde, gelang es seinen armen Eltern mit Mühe und Not, 3000 M. aufzutreiben. Sie dedien damit die bedingte Untererschlagung und mit dem Rest schickten sie den hoffnungslosen Sproßling nach Amerika. Demselben gefiel es drüben nicht, er kehrte nach acht Wochen zurück und landete in Berlin auf. Hier geriet er bald in bittere Not. Nun richtete er an den Lieutenant, seinen früheren Nebenbuhler, einen recht thörichten Brief. Er behauptete, daß er feinetwegen gewaltige Opfer habe bringen müssen und sogar zum Verbrecher geworden wäre. Er sei jetzt in Not und verlange von ihm Hilfe. Wenn der Adressat ihm nicht innerhalb drei Tagen 200 M. sende, so werde er unter die Schriftsteller gehen und einen Roman à la Wisse verfassen, der aber noch weit mehr Aufsehen erregen würde wie dieser. Er lenne die Antimitäten, die zwischen dem Lieutenant und noch andren von dessen Kameraden und dem Mädchen bestanden hätten, genau und werde alles unter Namensnennung veröffentlicht. Schide der Lieutenant das Geld nicht, so werde das erste fertige Exemplar an dessen Regimentskommandeur abgehen, und mit der Kaufbahn des Lieutenants sowie noch einiger andrer werde es ein Ende haben. — Der Bedrohte erstattete Anzeige. Im Termin gegen den Angeklagten ein, daß er furchtbar thöricht gehandelt, aber die Not habe ihn dazu getrieben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, der Verteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, dat mit Rücksicht auf die tiefe Neue des jugendlichen Sünders sowie auf die kaum glaubliche Dummheit, mit der der Erpressungsversuch begangen, um ein möglichst mildes Strafmaß. Der Gerichtshof belieh es bei acht Wochen Gefängnis, wovon zwei Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Der Bürgermeistersohn als Weichensteller. Eine ungewöhnliche Laufbahn hat der Weichensteller Karl Jordan durchgemacht, der wegen Unterschlagung im Amte gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II stand. Der 27jährige bisher unbefohlene Angeklagte stammt aus einer achtbaren Familie, sein Vater war früher Oberlieutenant und später Bürgermeister. Der Angeklagte hat das Abiturienten-Examen gemacht und seiner Militärpflicht als Einjährig-Freitwilliger genügt. Da starb sein Vater und da Vermögen nicht vorhanden war, geriet er in eine üble Lage. Er bewarb sich bei der königlichen Eisenbahndirektion um eine Anstellung und wurde auch nach der Probefristzeit im September 1902 als Weichensteller eingestellt. Er führte sich anfänglich auch zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten und wurde bald zum Vorerziehungsbediensteten als Weichensteller erster Klasse herangezogen. Er geriet dann in leichtsinnige Gesellschaft und die Folge war, daß man ihn von diesem Vorbereitungsdienst wieder zurückzog. Zu den dienstlichen Obliegenheiten des Angeklagten gehörte auch der Dienst an der Fahrkarten-Ausgabe in den Wohnhöfen Rummelsburg-Ort und Karlshorst. Bei einer Revision wurde in der vom Angeklagten verwalteten Kasse ein Planlo von 216 M. entbedt. Er war geständig, zwei Hundertmarkscheine unterschlagen zu haben, die er zur Dedung alter Schulden verwendet haben wil. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von einem Jahre.

Ein Brausebad. Ein Kampf zwischen Mieter und Vermieter lag einer Anlage wegen versuchter Kötigung und wörllicher und thätlicher Beleidigung zu Grunde, die gestern den Hausbesitzer Hendrych aus Vixdorf, dessen Portier Barth's und den Preiseur Paul Schulze vor die 4. Strafkammer des Landgerichts II führte. Der Kampf tobte in dem dem ersten Angeklagten gehörigen Hause Münchenerstraße 20, in welchem der Preiseur Schulze einen Laden inne hatte. Wegen unpünktlicher Mietzahlung kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Vermieter und schließlich zu einer Nämungslage, die noch nicht rechtskräftig entschieden war. Am 10. November vorigen Jahres erschien bei Herrn Schulze ein Schlossermeister im Auftrage des Hauswirts, der den Auftrag erhalten hatte, die etwas defekte Ladeuthür des Preiseurs herauszugeben und zu reparieren. Dies geschah, die Sache nahm aber eine so eigenartige Wendung, daß der Angeklagte Schulze annahm, es läge gegen ihn ein abgekartetes Spiel vor, das den Zweck hatte, ihn unfaust auf dem Hause hinaus zu fustieren. Als der Schlossermeister die Thür ausgehoben hatte, und auf kurze Zeit nach Hause gegangen war, um einige Nägel zu holen, nahm der Angeklagte Hendrych die Thür weg und brachte sie zu sich in Gewahrsam. Das war das Signal zu lebhaften Protesten des Preiseurs, der dem Hauswart gebot, die Thür stehen zu lassen, die sein Eigentum sei. So lange er die Wohnung inne habe. Der Wirt erwiderte, er solle nur seine Mierte erst bezahlen; es kam zu gegenseitigen Schimpfworten und Schulze schlug Herrn Hendrych mit der Faust gegen die Stirn, so daß das Auge anschwellte. Seine Thür erhielt er aber nicht wieder. Er wachte sich zu helfen. Da das Wetter so kalt war, daß er nicht darauf rechnen konnte, im offenen Laden Kunden frustieren oder barbieren zu können, hob er einfach eine hintere Korridorthür auf und hängte sie, obgleich sie weder oben noch unten paßte, vor dem Laden auf und vernagelte sie. Mit großen Buchstaben malte er darauf seinen Namen, fügte einen großen Pfeil und die Worte hinzu: „Eingang dort“, um seinen Kunden anzudeuten, daß sie von hinten in den Laden kommen könnten. Nun trat der Portier in Aktion, er wüchte die Inschrift auf Geheiß des Hausbesizers von der Thür ab und es kam wieder zu einem heftigen Aufriff. Der Preiseur erneuerte die Inschrift und als Barth's

am nächsten Tage wieder daran ging, sie auszulöschen, erhielt er plötzlich ein recht unbequemes Sturzbad. Der Preiseur Schulze hatte ein Hausgerät, welches in diskreter Weise unter dem Bett zu stehen pflegt, ergriffen und den ecken Inhalt auf seinen Begner ausgegossen, so daß dieser in nicht sehr angenehmem Duft stand. — Die Weisenaufnahme ergab den geschätzten Lathbestand. Der Gerichtshof erteilte die Strafen derart, daß er den Angeklagten Hendrych zu 30 M., Barth's zu 10 M., Schulze zu 30 M. Geldstrafe verurteilte.

Garantirt reine Salamawurst zum Preise von 64 M. den Centner, also das Pfund für 64 Pf., hatte im März dieses Jahres der Wurstfabrikant Otto Koch den Wiederverkäufern in den Fachblättern angeboten. Die „Allgem. Fleischer-Ztg.“ nahm Veranlassung, in ihrer Nr. 37 von diesem Jahre darauf hinzuweisen, daß es ganz unmöglich sei, bei den bestehenden Fleischpreisen ein einwandfreies Fabrikat herzustellen und ließ durchblicken, daß vielleicht Pferdefleisch dazu verwendet werde. Das Geschäftsgeschehen Kochs wurde als schädigend für das Fleischergewerbe bezeichnet. Koch strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Allgem. Fleischer-Ztg.“ Gustav Kunz, die Privat-Beleidigungsklage an, welche gestern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. Er behauptete, daß er sogenanntes Fahlfleisch verarbeite, d. h. Fleisch, welches zerstückelt aus dem Auslande eingeführt und hier tierärztlich untersucht werde. Er bezahle es mit 38 M. den Centner und könne daher gut den Centner Wurst mit 64 M. verkaufen. — Die Sachverständigen, Altmeyer Thomas und Fleischermeister Koch, begutachteten, daß sie das „Fahlfleisch“ nicht kannten; sie sowie reelle Schlächter verarbeiteten zu Salamawurst nur hier geschlachtetes Rindfleisch, wofür sie einen Preis zahlen müßten, der zwischen 70 und 75 Mark schwänke. Von ihrem Standpunkte aus müßten sie das Fahlfleisch als minderwertig und das Geschäftsgeschehen des Klägers als schädigend bezeichnen. Der Gerichtshof nahm von jeder weiteren Weisenaufnahme Abstand. Während der Verstand des Klägers, Rechtsanwalt Graps, die Verstrafung des Beklagten beantragte, wies der Verteidiger, Justizrat Bernstein, darauf hin, daß die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, das größte Fachblatt der Welt, die Interessen der gesamten Angehörigen des Fleischergewerbes wahrzunehmen habe und zugleich dem Publikum einen Dienst erweise, wenn es Schäden aufdecke, wie es im vorliegenden Fall geschehen sei. Er halte den Beweis der Wahrheit für erbracht und beantrage deshalb Freisprechung. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte auf kostenpflichtige Abweisung des Klägers.

Gültigkeit der Waffenschein-Verordnungen. Polizeiverordnungen, die das Waffensühren vom Besitz eines behördlichen Waffenscheins abhängig machen und es den Händlern verbieten, an Leute ohne Waffenschein Waffen und Munition zu verkaufen, sind jetzt auch vom Ober-Verwaltungsgericht für gültig erklärt worden. Das Gericht billigte eine polizeiliche Verfügung, durch die einem Waffenhändler aufgegeben worden war, ein Schild vom Ladeneingang zu entfernen, das die Aufschrift enthielt: „Hier werden Waffen und Munition ohne Waffenschein abgegeben.“

Versammlungen.

Eine allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer, die sehr zahlreich besucht war, fand am Sonntag im Gewerkschaftshause statt. Der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen war die Beratung über einen Nachtrag zu dem mit den Arbeitgebern geschlossenen Tarifvertrag. Hierbei kommt hauptsächlich der Punkt 15 in Betracht, der in der vorgeschlagenen Fassung wie folgt lautet:

„Wenn in einem Betriebe, der einer der vier Vereinigungen nicht angehört, die Arbeit zwecks Durchführung des Lohntarifs niedergelegt wird, so verpflichten sich diese Vereinigungen, nach dem der Obmann der Arbeitgeber in der Schlichtungskommission festgestellt hat, daß in der betreffenden Werkstätte der zu Recht bestehende Lohnarif hauptsächlich nicht innegehalten wird, ihre Arbeitsnachweise anzuweisen, dem betreffenden Arbeitgeber keine Arbeitskräfte zuzuwenden.“

Da diese Bestimmung keinerlei Gehalt dafür bietet, daß in solchen Fällen die Weigerung der Arbeitsvermittlung auch rechtzeitig geschieht und nicht erst, nachdem dem Arbeitgeber bereits die nötigen Arbeitskräfte zugewiesen wurden, beantragte die Versammlung einstimmig die Mitglieder der Schlichtungskommission, eine Sitzung der Schlichtungskommission zu veranlassen, um eine zweckentsprechende Abänderung herbeizuführen. — Ferner wies der Bevollmächtigte Wiesenthal darauf hin, daß die Rohrleger-Innung ihren Arbeitsnachweis nach der Dresdenerstraße verlegen und mit dem bekannnten Nachweis der Scharfmacher vereinigen wil, wodurch das System der schwarzen Listen auch für das Rohrlegergewerbe eingeführt werden würde. Die Versammlung beauftragte einstimmig die Gesellensauskunft der Innung, in der am 29. April stattfindenden Generalversammlung der Innung, wo über diese Sache verhandelt werden soll, Protest gegen einen Anschlag oder ein Stortellverhältnis der Innung zu der freien Vereinigung der Berliner Gas- und Wasserindustriellen, den Arbeitsnachweis betreffend, zu erheben.

Sodann befahte sich die Versammlung mit der Vorberatung zu der auf den 15. Mai einberufenen Konferenz der Rohrleger Deutschlands. Wiesenthal legte hierzu einen Tarifentwurf vor, der der Konferenz zur Grundlage dienen, jedoch zuvor noch von der Agitationskommission unter Hinzuziehung einiger erfahrener Kollegen geprüft werden soll. Als Delegierte wurden ein Wasser-, ein Heizungsrohrleger und ein Helfer gewählt.

Die Versammlung beschloß außerdem, bei der nächsten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiter-Verbandes zu beantragen, daß drei bis vier Kollegen auf vier Wochen Probezeit mit der Ausübung einer Baukontrolle betraut werden.

Folgende Inschrift geht uns zwecks Veröffentlichung zu: In Ihrer Nummer vom letzten Sonnabend wurde ein Bericht über den außerordentlichen Delegiertentag der Köbelpolizierer gebracht, in welchem es hieß: „Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden“. Hierbei wurde gesagt: „Schulze hatte auf eine Wiederwahl verzichtet“. — Ich bemerke hierzu, nicht allein der erste Vorsitzende Schulze, sondern auch der zweite, der ich bisher war, hatte auf eine Neuwahl verzichtet und dies auch dem Vorstände unter Darlegung der Gründe schriftlich vorher angezeigt. Ich sehe mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil aus der erwähnten Nummer geschlossen werden kann, daß irgend etwas vorgekommen sein könnte, was eine Nicht-Wiederwahl meiner Person rechtfertigen könnte, Achtungsvoll

N. Stramm.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. (Abteilung Berlin.) Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathhaues: Vortrag des Herrn Professor Dr. Bruno Reyer über: „Moderne Monumentalkunst in Berlin.“

Kaufmännische Kranten- und Sterbefälle von 1885 (S. 7.) Dienstag, den 28. April cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Frädrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Witterungsübersicht vom 25. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hoch mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (P. = 1000)	Stationen	Barometere hoch mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (P. = 1000)
Eintriede	758	SSW	3	heiter	10	Dararanda	752	SS	2	Rebel	0
Hamburg	758	SSW	4	Regen	8	Betersburg	758	SS	1	Rebel	4
Berlin	760	SSW	2	wolkig	11	Cort	—	—	—	—	—
Kranf.a.M.	762	S	2	zweifelnd	10	Werden	—	—	—	—	—
München	761	S	3	bedeckt	10	Paris	764	SSW	2	bedeckt	9
Wien	760	SSW	1	bedeckt	13						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. April 1904. Etwas kälter, vielfach heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Herren-Stoffe
Verkauf direkt an Private!

Warum

Herrengarderobe
fertig kaufen?

Warum

nach einem winzigen Probchen Herren-
stoffe von ausserhalb beziehen?

Verkauf direkt an
Private!

Ohne Kaufzwang

kann sich ein Jeder bei uns Herren-Stoffe
für Anzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. im Stück an-
sehen und sich von der Billigkeit überzeugen.

Damentuche, Damenkostümstoffe!
Billardtuche, Pulttuche.

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland
BERLIN C., Ross-Strasse 2.

Ziehung 10. Mal
Genehmigt durch Ministerial-Erlass f. d. ganze Preuss.
Monarchie. 77. Lott. z. Hebung d. Pferdeucht.

Stettiner Lose à 1 Mk. 11 Lose
110 Mark

(Parte u. Liste 20 Pf.) Gewinne können nach Ziehung
freihändig oder auf Auktion verkauft werden gegen

Baar-Geld.
4114 Gewinne im Gesamt-
wertes von

135,000 Mk.
davon 110 Reit- und Wagenpferde mit 7 Equipagen;

112,000 Mk.
4000 Silbergewinne mit

21,200 Mk.
und noch 10 elegante Fahrräder 1900 A

Stettiner Lose versendet der General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. (Telegr.-Adr.:
Glockenküder.)

Seltene Gelegenheit! Nur kurze Zeit!

Räumungs-Verkauf
der aus der 146/2*

Konkursmasse

Rosenthalerstr. 60 A. Levy, Goldschmidt & Co. Rosenthalerstr. 60
Avanti 1. Etage Sammelnden und anderer Waren. I. Etage Avanti

Ein Posten Herren-Anzüge in Jackett-Fassons soll nunmehr ab-
gegeben werden für den billigen Preis . . . von M. 6 an u. h.
Ein großer Posten, bestehend in Herren-Posen, jetzt herabgesetzt . . . von M. 1 1/2 an u. h.
Eine große Partie, bestehend in Frühjahr-Überziehern, jetzt herab-
gesetzte Preise . . . von M. 6 an u. h.
Ein Caseling, bestehend in Herren-Rock-Anzügen, zu dem jetzt
herabgesetzten billigen Preis . . . von M. 12 an u. h.
Ein Posten Herren-Zoppen und Jacketts aller Sorten zum herab-
gesetzten Preis . . . jetzt von M. 1 an u. h.
Eine große Partie Jünglings- und Burschen-Anzüge zu dem bedeutend
herabgesetzten Preis . . . von M. 4 an u. h.
Ein Posten Knaben-Anzüge zu dem noch nie dagewesenen Preis . . . von M. 1 1/2 an u. h.

Jede Uhr
zu reinigen kostet
bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Kleine Reparaturen
billiger. Trauringe in jedem Gold und Double zu billigsten
Ketten-Lager zu allen Preisen.

Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Genotal. geschützt. M.D. HOPOGAN-TABLETTEN od. PULVER
mit hochproz. Magnesiumperoxyd
von Autoritäten geprüft, vollkommen unschädlich.
Vielmehr ärztlich empfohlen bei
Blutschwäche, Anämie, Schwäche-
zuständen, Verdauungsstörungen
HERVORRAGENDES
MAGEN-DARM-ANTISEPTICUM
fördert den Appetit, regelt die Ver-
dauung. In d. Apotheken erhältlich.
Alleinige Fabrikanten:
KIRCHHOFF & NEKRATH
Medizinische Superoxyde
BERLIN N. 24.

Billige Kohlen

Hoya-Briquets Halbstoek Gr. 70 Stk.
100 Stück Hoya-Briquets 7 80 Stk.
In kleineren Coals Scheffel 55 Stk.
offert ab Wag: 655*

Willi Pieper
Hochmeisterstrasse 13.

Von und mit zu beziehen:
Karl Henckell
Gedichte für das Volk.
Eine Auswahl
mit Illustrationen von Filds.
28 Seiten.
Preis 30 Pf. - Porto 5 Pf.
Diese Sammlung enthält die
besten (sittlichen und weltlichen) Ge-
dichte von Handel und ist speziell
für die Arbeiter bestimmt, welche
sich die Eingekaufgaben der gemein-
lichen Dichtungen nicht erwerben
können.

Vorwärts Buchhandlung
Berlin SW. 68, Lindenstrasse 68.

Gelegenheitskäufe
in Damen-Konfektion!
Kostüme von 12 M. 50 Pf. an
Paletots von 7 M. 50 Pf. an
Röcke von 3 M. 50 Pf. an
Reisemuster spottbillig

Damenmäntel-Fabrik
Taubenstr. 20, I. Etage.

Herren-Anzugstoffe, Reste,
empfiehlt spottbillig 40442*

Tuchhandlung Ferd. Scholz,
Reinickendorf-West, Eichbornstr. 64.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restaurations billig veräußert, voller Schatz, Jubiläum, Verein, Ausschuss Krause, Cigarrengeschäft, Diebstahlstrasse 11. +110*

Restaurant mit Vorgarten um-
ständehalber zu verkaufen Oster-
heide 11. +14*

Wegen Todesfall verkauft gut-
gehendes Barbiergehäusschönhauser
Allee 50a. 7045

Oeringe, Kartoffelgeschäfte billig
zu verkaufen. Röhres Range,
Gmdenerstrasse 26, I. +85*

Gardineband Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. +87*

Herren-Garderobe nach Maß,
andere Arbeit, großes Stofflager,
Palast, Anzug 36 Mark an. Kauf
beim Handwerker, lässt den Hand-
werker verdienen. Teilzahlung ge-
stattet. F. Dörge, Dresdenstrasse 109.

Welche Herrenhüte, gute Qualität,
Etad 95 Pfennige. Bessere Sachen
einem billig. Gutfabrik, Comptoir
Reue Friedrichstrasse 81 I, Ecke Köpen-
strasse, und Holzmartstrasse 37a
parterre, früher Kaiserstrasse 25 A.
Sonntags geöffnet. 23395*

Ausgemietet. Nesterhandlung
Grüner Weg, Hausfur, jetzt Reine
Andreasstrasse 6. Großer Vorken Reite
Stoffmühle, Auszugstoffe, Angli-
sch-Biederhosen, Stoffhosen für Knaben,
billig. Scholz. +105*

Billig verkauft Stoffe, Arbeits-
sachen, Anabenanzüge Nesterhandlung
Haupt, Roabit, Turmstrasse 84, joriet
Geschäft Stadtbahnhofen Hensburger-
strasse, Ecke Klopffodstrasse. 113,30*

Nesterhandlung, Capesstoffe,
Seidenreste, Sammetreste, Reste zu
Röhrenhosen, Reste zu Anaben-
anzügen, Kostümstoffe enorme Aus-
wahl, spottbillige Preise, Aufschnitt
gratis. Kolender, Kottbulerdamm 98.

Steppdecken, großer Posten, sollen
zu jedem Preis verkauft werden.
Röhrenstrasse 62. 6915

Teppiche! (Lehrerbaste) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Godeler
Markt 4, Bahnhofstrasse. 93,22*

Teppiche, Betten, Gardinen,
Vertieren, Steppdecken, Wäpche, Tisch-
decken, Regulatorien, Anzüge, Sommer-
paletots, Remontotrübren, Uhrzeiten,
Spiegel, Bilder, Möbel spottbillig
Leibhaus, Reanderstrasse 6. Teil-
zahlungen gestattet. 89,19*

Steppdecken, Tischdecken, Teppiche
spottbillig Handlichhaus Weidenweg
Nr. 19. +55*

Betten, Gardinen, anerkannt spott-
billigste Bezugsquelle Handlichhaus
Weidenweg 19. +55

Herrenanzüge (Hiesemacher),
Prachtmöbel, spottbillig. Schön-
hauser Allee 72 b vom III. links. 109,17*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anschlag, Höhe 1,00,
gebrauchte 12,00, Köpferstrasse 60/61,
Brennauerstrasse 50/50 und Große
Frankfurterstrasse 43. +98*

Krawattenstoffe, größte Auswahl,
Ballnercenterstrasse 30. 4155

Regulatoren, Freilüftler,
Spiegel, Küchenrahmen spottbillig
Handlichhaus Weidenweg 19. +55*

Taschenuhren, Herrenketten,
Damenketten, Schmuckachen spott-
billig Handlichhaus Weidenweg 19.

Trauringe, Aussteuerwäpche spott-
billig Handlichhaus Weidenweg 19.

Verlieferte, Selbstzüge, Best-
läfen spottbillig Handlichhaus Weiden-
weg 19. +55*

Sommerpaletots, Gadelanzüge,
Herrenhosen, Damenanzüge, Klei-
denauswahl, spottbillig, Handlichhaus
Weidenweg 19. Verkaufzeit bis
9 Uhr abends. +55*

Möbelschrank empfehle meine
Möbelschrank für Wohnungs-Ein-
richtungen. Moderne Küchen, Kunden-
bare Farben, Reel, billig. Teil-
zahlung, Garantie. Garmad, Dres-
denstrasse 124. 22238*

Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstrasse 35 b. 21748*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinder-
betten, gedreht, zurückgelehnt
spottbillig. Schneider, Kurfürsten-
strasse 172. 1585*

Teppiche mit Farbenwebern Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstrasse 9,
parterre. +97*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
fünfzehn Mark, Invalidenstrasse 149
(Eingang Bergstrasse), Stahl-
strasse 40, Große Frankfurterstrasse 56.

Rahmschinken, Schnellnäher, Ring-
schiff, Bobbin, Langschiff, ohne An-
schlag, Höhe 1,00, großes Lager
von gebrauchten Ring- und Lang-
schiffmaschinen von 10 Mark an. Voll-
stark genügt. Frankfurter Allee 10,
am Ringbahnhof. +192*

Gaststubehaus! Einlog-Gas-
föcher 1,00, Smelochgasföcher 1 2/3,
Dreifachgasföcher! Gas-Bratföcher
6,00! Gas-Bügelapparate! Gas-
Wärmlöcher! 2/3! Gaslisen! Gas-
Bandagen 1/2! Gaslisen! Gas-
Theaterstrasse 82. (Schl. Str.-Theater). *

Walstraßbier, blühend, für
Blutarme, Brustkränke, Schwäche,
Gewichtszunahme, bessere Geschäfte-
stoffe, überaus, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Liter 3,50 erhaltbar,
Nicht Flaschengalt, Qualität
entscheidet. Vorker-Kellerer Ringler,
Seydewitzstrasse 119. 108/11

Vorjährige hochpreisige Herren-
hosen aus feinsten Wollstoffen, 9-12
Mark. Versandhaus Germania, Unter-
den Linden 21. 21098*

Vorjährige Herrenanzüge, Winter-
paletots, Beinkleider, aus feinsten
Wollstoffen spottbillig, täglich, Son-
tagsverkauf, Deutsches Versandhaus,
Fägerstrasse 63, I. 42548*

Steppdecken billig Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. +97*

Rintwaichsäfer, Schwannen,
Joker, in nur bester Ware. Teil-
zahlungen gestattet. Kottloff, Stahl-
strasse 108. 22125*

Rahmschinken sämtlicher Systeme
ohne Anschlag, wöchentlich 1,00,
fünf Jahre Garantie. Unterricht im
Sägen, Stopfen gratis. Kottloff
genügt. Wienerstrasse 6, Kieferstrasse 113,
Deussallee 78. 3266

Säulenrahmen, gefächelt, vierzig
Mark, elegantes Baneeibrett je
Mark. Straußbergerstrasse 6a I. 143,1*

Schlafsofa 20,00, wie neu, Voll-
ladenstrasse 23. 142/30

Von doppelter Wirtschaft verkaufe
eine Weidenweg 4, vorn II. 142/19

Wirtschaftsachen, Kleiderkränke,
Berlita, Sofa, Tisch, Stühle, Küchen-
möbel und andere sofort billig ver-
kauft. Schwanefeld, Seidenmänner-
strasse 57, am Westal III. +69

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Kessel, Betten, Teppiche,
Schirme spottbillig. Lude, Dramen-
strasse 131. 8055

Reisegläser, Operngläser, Koffer,
Revolver, Lehnstühle, Reizegen,
Röhren, Harmonikas, Seigen spott-
billig Lude, Dramenstrasse 131. 8055

Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten-
Goldfäden, Regulatorien, spottbillig
Lude, Dramenstrasse 131. 8055

Steppdecken, Teppiche, Gardinen,
Knabenanzüge spottbillig. Lude,
Dramenstrasse 131. 8055

Wasserpumpen, Sauger, Rohre,
Gartenbrillen, Gartenschläuche, ge-
brauchte, neue, Reparaturen. Pumpen-
fabrik Schreiber, Hochstrasse 43. 815*

Betten, hochfeine, 18,00, Michel,
Dresdenstrasse 38. 812b

Darlehen vergibt Selbstge-
dient. Liebe, Volenerstrasse 23. Hül-
paris. 8065*

Herrenmoden nach Maß, moderne
Stoffe, gutstehend, empfiehlt Barcus,
Kistnerstrasse 20, I. 8065*

Kochmaschinen, transportable,
14,00 an. Hochstrasse 43. 816b*

Kurbelmaschine, Platinenlich ver-
kauft Jakobstrasse 10, parterre.

Wisch, Grünfram- und Dorf-
schiff mit Fabriklieferung zu ver-
kaufen Pfandstrasse 4. +57

Restaurations, gutgehend, wegen
Krankheit billig veräußert, Brauer-
straße 6, Röhres vomittags Schön-
hauser Allee 184, Lokal. 822b*

Stogden oder Schlafsofa um-
ständehalber spottbillig. Grünlein
Gehler, Weinstrasse 61. 142/3

Rahmschinken, Bobbin, Weiter-
zahlter gesucht. Ulrich, Pfandstrasse 10.

Rechtsbureau. Klagen, Inter-
ventionen, Eingabegeldje fertigt an
Dramenstrasse 109, I. 2808*

Steueringaben, Interventionen,
Echelndungen, Alimentenfachen, Be-
teilungen, Eingaben, Denkschl, Fort-
strasse 10, III. 647b

Ausführung von Frau Kottloff,
Steinmetzstrasse 48, Lueregebäude hoch-
parterre.

Uhren, Goldfäden repariert Wilhelm
Hilde, Kottbulerstrasse 20. +148*

Rahmschinkenreparaturen wer-
den schnell und billig in meiner
eigenen Werkstatt ausgeführt. Bes-
mann, Gellmonstrasse 26, nahe der
Landbergerstrasse. 21142*

Auspolierung! Sofa 5,00, Matratze
4,00, auch auferm Hause. Bachmann,
Blumenstrasse 35 b. 21738*

Wandleiste, Weizenstrasse 63,
Ede Wannenstrasse, täglich 8-8, Son-
ntags bis 2 Uhr geöffnet. 22358*

Wandleiste kauft Handliche
Weizenstrasse 63. 22358*

Fahrräder kauft, beleiht, Reparat,
Schönhauser Allee 163a. 108/9*

Bücher kauft, beleiht, Antiquariat
Kochstrasse 56, I. am I. 8831.*

Bauwärmer mit Kopf, frisch in
Espiritus eventuell Wasser, kaufen a
2 Mark, Vilmara, Invalidenstrasse 105.

Wittigstich! Suppe, Gemüse,
Braten, Kompott, Bier oder Kaffee
0,50, Annenstrasse 16, Hof parterre.

Rechtsbureau Brunnenstrasse
dierzg, Langfahrlger Drogegeheim,
Steueringaben, Eingabegeldje, Rat-
erteilung (allerbilligst). 8245*

Rechtsbureau (Alexanderplatz),
Kurzstrasse achtzehn! Gerichtsachen,
Interventionen, Strafsachen, Rat-
erteilung, Eingabengeldje. 112/12*

Rechtsbureau. Unfallsachen, Ge-
richtsachen, Strafsachen, Eingaben-
geldje, Raterteilungen, Schant-
erlaubnis, Steueringaben, Kländungs-
sachen. Weich, Brunnenstrasse 97.

Rechtsbureau. Vorläufer, früherer
Händlerstrasse 15 (Ruhiger Platz). 729

Rechtsbureau! (Kandrasplatz),
Grünerweg vierundneunzig. Lang-
jähriger Gerichtsbeistand! Ra-
terteilung! Eingabengeldje! Steuer-
beratung! 8115*

Rechtsbureau Annenstrasse 16.

**Platina, alte Goldfäden, Bruch-
gold, Silber, Gedisse, alte Uhren,
Klappgold, Reizegold Brillanten, Wand-
scheine** kauft Brod, Weagenstrasse 4. *

Zimmer.

Möbliertes Parzimmer zwei
Herren. Senger, Langstrasse 50,
vorn III. +90

Möbliertes separates Vorder-
zimmer 13 Mark. Schlemmerstrasse 6,
II. Höhe. +84

Möbliertes Vorderzimmer, Schreib-
tisch, Herren oder anständige Damen.
Sternberg, Dramenstrasse 24. +98

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn.
Fr. Ding, Compahnenstrasse 3. *

**Schlafstelle, möbliert, Ball-
strasse 21/22, Lueregebäude, Gart.** *

Schlafstelle bei Schmidt, Wasser-
horstrasse 42, Hof links I. 7206*

Schlafstelle für Herren vermietet
Zimmermann, Schwebelstrasse 340.

Schlafstelle Straßburgerstrasse 12,
Schulze. +34

**Schlafstelle, Witwe Golze, Wan-
teufelstrasse 25, vorn III. 8225**

**Schlafstelle, Röhmer, Freilichstr-
strasse 5. 8035**

Möblierte Schlafstelle vermietet
Biedert, Jerusalemstrasse 34. 8045

Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren, Riete 13 Mark, Raum-
strasse 72, vorn I rechts. 8225

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Vollwäpger-Gesellschaft Lem-
donske, Beusselstrasse 25. +86*

Mischschreiber, spottbillig, gut
sitzend, schnell, geübt, Aenderungen,
Reparaturen, Garderoben-Reinigung,
kocht Rindfleisch, Wert, Brand-
strasse 46. 8225

Stellenangebote.

Von einer erstklassigen Lebens-
versicherungsgesellschaft werden So-
wohl in Berlin und Umgegend, wie
in einer größeren Anzahl Ortschaften
in der Provinz Brandenburg, die mit
Agenzien nicht oder nicht zufrieden-
stellend besetzt sind, tüchtige und
verlässliche Vertreter oder Vermittler
gesucht. Geeignete Bewerber mit
guten Referenzen und Ver-
bindungen, denen ulancenmäßige
Bergühungen gewährt werden, be-
liehen ihre Offertschreiben unter
O. 688 an Gertrudmanns Annoncen-
bureau, Berlin W. 9, einzureichen. *

Bantischler, tüchtige, aber nur
solche, verlangt Berlin N. 20, Bollan-
strasse 57. +89*

Farbigmacher, nur saubere, tü-
chtige Arbeiter, sofort, Berg, Chau-
lerstrasse 22. 817b

Rahmenfröper verlangt! Schulze,
Dramenstrasse 185. 827b

**Im Arbeitsmarkt durch
Besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Seite.**

Fraiser verlangt
Lebach & Co., Knappschiff,
Ende Wäpferstr. Reinickendorf (West),
Spandauerweg 5. 145/10*

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fern
zu halten von
Bantischlern, Einsehern
nach der Werkstatt 81/3
Maass, Vögtenberg, Hagen-
strasse 55.
Für Tischler, Drechsler,
Bildhauer, Polierer,
Machinensarbeiter:
Fränkel, Waldemarstr. 14.
Brann, Volkermöbel-Fabrik,
Chorinerstrasse 26.
Hemer ist Zuzug fern zu halten
nach Steglitz, Groß-Lichterfelde,
Lankwitz und Friedenau für Bau-
tischler und Einsehern.

Achtung, Eiselenre!
Bei der Firma Noack, Friedenau-
Berlin sind Differenzen ausgebrochen.
Demnach ist festlicher Zuzug zu ver-
meiden. 74/4

**Verband
der Graveure und Eiselenre** u.
Ortsverwaltung Berlin.